Österreichische Post AG MZ 09Z038142 M PBMedia GmbH, Lieblgasse 3/Top 9A, 1220 Wien, keine Retouren

www.gemeindemagazin.at Euro 4

public

Das Magazin für Entscheidungsträger in Politik & Verwaltung

9-10/2022

GÄNSEHAUT

ANGST VOR KÄLTE, VERSORGUNGS-PROBLEMEN UND BLACKOUT

TRINKWASSERSICHERHEIT

BEI UNS GEHT'S

JEDEN TAG UMS GANZE.

SYSTEMRELEVANT.

SORGFÄLTIG.

VERANTWORTUNGSVOLL.

UNVERZICHTBAR.

EINSATZBEREIT.

ZUVERLÄSSIG.

BELASTBAR.

GEWERKSCHAFTSMITGLIED!

Thomas
Müllaufleger
MA 48 - Müllabfuhr

younion
Die Daseinsgewerkschaft

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Bundespräsidentenwahl in Österreich steht kurz bevor, weswegen uns an dieser Stelle einige durchaus kritische Gedanken erlaubt seien.

Der amtierende 78-jährige Bundespräsident Alexander Van der Bellen stellt sich mit Unterstützung von ÖVP, Grünen, SPÖ und Neos der Wahl für eine zweite Amtszeit. Lediglich die FPÖ stellt mit Walter Rosenkranz einen eigenen Kandidaten und zusätzlich haben noch fünf weitere Personen die für ein Antreten zur Wahl nötigen Unterstützungserklärungen erreicht. Eine durchaus illustre Runde.
Bundespräsident Van der Bellen hat vor allem in den letzten Wochen und Monaten mit einigen sagen wir einmal mehr als irritierenden Aussagen und Wortmeldungen für Aufsehen und Unmut gesorgt. Exemplarisch sei hier nur sein Statement im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und der Leistbarkeit seiner Folgen für Teile der österreichischen Bevölkerung angeführt: „... und wenn jemand über kein eigenes Einkommen verfügt, ist es halt noch einmal härter." – Und weiter: „... Zähne zusammenbeißen. Es wird schon irgendwie gehen."

Als zumindest überheblich, wenn nicht sogar arrogant, kann man aber auch die Weigerung Van der Bellens bezeichnen, nicht an Diskussionsrunden, beispielweise im Fernsehen, mit seinen Gegenkandidaten teilnehmen zu wollen. „... Die Bürgerinnen und Bürger haben mich in den vergangenen fünfeinhalb Jahren als Bundespräsident kennengelernt. ... Wozu also Politik-Show? ..."
So einfach ist das aber mit Verlaub gesagt nicht. Diese Verweigerung ist nicht nur eine mehr als unhöfliche Herabwürdigung seiner Gegenkandidaten, sondern ist auch demokratiepolitisch betrachtet sehr bedenklich. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben das Recht zu erfahren und zu sehen, wie sich der amtierende Bundespräsident im Diskurs mit seinen Gegenkandidaten schlägt, und welche Argumente und Gegenargumente er einbringt – gerade in Zeiten von Pandemiebewältigung und den dramatischen Herausforderungen für Österreich verursacht durch den russischen Aggressionskrieg in der Ukraine.

Auch wenn es viele nicht gerne hören oder lesen wollen – sinnvoll, wenn nicht sogar notwendig, wäre es auch, eine Altersobergrenze, zum Beispiel 65, für die Bewerbung zur Bundespräsidentenkandidatur anzudenken. Die politischen Herausforderungen, die wir weltweit zu meistern haben, benötigen körperlich und geistig fitte sowie dynamische Führungspersönlichkeiten. Eine dementsprechende Altersobergrenze sollte aber auch für andere politische Spitzenfunktionen und Ämter überlegt und in Betracht gezogen werden. Es ist wahrlich nicht die Zeit, um in starren Konstrukten und machtpolitischen Wertvorstellungen zu verharren.

Bedenklich ist auch die Tatsache, dass diesmal keine Frau zur Bundespräsidentenwahl antritt bzw. von den politischen Parteien nominiert wurde.
Die SPÖ hat an dieser Stelle eine große Chance ausgelassen – warum Van der Bellen unterstützen und nicht eine eigene Kandidatin ins Rennen schicken. Aber auch in diesem Fall dürfte wieder einmal rein politisches Kalkül den Ausschlag gegeben haben. Nur nicht die Grünen vor den Kopf stoßen, denn die wird man nach den nächsten Nationalratswahlen möglicherweise brauchen.

Wie auch immer, möge der Bessere gewinnen – am 9. Oktober wissen wir jedenfalls mehr.

Ihre Herausgeber

go green
Initiative

Wir werden noch nachhaltiger.
Und Sie werden es mit uns.

Unsere Green Care Professional Familie wächst weiter. Finden Sie heraus welche Tana Professional Produkte wir bereits umgestellt haben unter
lets-gogreen.com

A circular future | lets-gogreen.com

Werner & Mertz Professional

Inhalt

3 | Editorial

5 | Impressum

Beachten Sie auch die interessante Aufstellung der vielfältigen Aufgaben, die unsere Gemeinden bewerkstelligen müssen, vom TÜV im Mittelaufschlag.

TÜV AUSTRIA

Debatte

6 | **RÜCKBLICK SONDERAUSGABE 2022** Tiefe Verneigung – das mediale Echo auf unser Top-250-Gemeinderanking war auch heuer wieder enorm.

7 | **RÜCKBLICK ZUM BONITÄTS-RANKING 2022** Gemeinderanking 2022 – Informationen vom KDZ im Rückblick auf das diesjährige Ranking.

8 | **ORTSGESPRÄCH** Großösterreichischer Gigawatt-Spagat – in Tirol wurde eine große Photovoltaikanlage in Betrieb genommen und im Burgenland ein Sonnenpark verhindert.

9 | **GASTBEITRAG** Starke Kommunen – starkes Europa – ein Gastbeitrag von Dr. Franz Schausberger.

10 | **COVERSTORY** Gänsehaut – die Angst vor Kälte, Versorgungsengpässen, Unternehmenspleiten und Blackout lässt erschaudern.

16 | **PUBLIC RUNDRUF** Urbane Kraftakte – wie handeln Landeshauptstädte in Krisenzeiten.

18 | **ANDERSWO** Im Gas-Rausch – Deutschland sucht wie alle anderen Länder nach Möglichkeiten russisches Gas zu ersetzen.

20 | **BRIEF AUS BRÜSSEL** EU auf dem Holzweg? – Die EU-Institutionen verhandeln neue Richtlinien, die die Energieversorgung sichern sollen.

Verwaltung

22 | **RECHTSTIPP** Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften – der Gesetzgeber hat im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz Möglichkeiten geschaffen, die auch für Gemeinden gute Möglichkeiten für die Versorgungssicherheit bieten.

SPEZIAL FINANZIERUNG

24 | **GEMEINDEFINANZEN IN SCHWIERIGEN ZEITEN** Was kommt auf die Gemeinden 2023 zu? – Das KDZ hat analysiert, wie sich die Krisen auf die Gemeinden auswirken, und was helfen kann.

29 | **FINANZEXPERTISE 2022** Infrastruktur ante portas – Finanzexperte Andreas Kettenhuber von der Kommunalkredit meint, dass Mut zur Investition in die Infrastruktur gut für das Klima und auch für die Gemeinden ist.

30 | **QUALITÄTSSICHERHEIT** Einfach, digital, sicher – wie Gemeinden mit Unterstützung des TÜV bei den vielen Aufgaben und Zuständigkeiten den Überblick bewahren können.

33 | **GASTBEITRAG** Marktmonitoring – Kommunalfinanzierung und neues Modul bei den Finanzexperten von FRC.

Infrastruktur

SPEZIAL SICHERHEIT

34 | **ZUTRITTSSICHERHEIT** Sicherer Zugang zu öffentlichen Gebäuden – digitale Zutrittssysteme für Verwaltungsgebäude bieten neue und verbesserte Möglichkeiten.

SPEZIAL WASSER- UND ABFALLWIRTSCHAFT

36 | **WASSERSCHUTZ** Trink- und Grundwasserschutz in Trockenzeiten – der Klimawandel wirkt sich auch auf ein wasserreiches Land wie Österreich aus.

38 | **WASSERVERSORGUNG IM KRISENFALL** Trinkwasserversorgung bei Blackout – regionale Unterschiede zeigen sich in der Blackoutvorsorge in Österreich.

40 | **TRINKWASSER** Österreichs Trinkwasser für die Zukunft absichern – Vizepräsident der ÖVGW Ing. Wolfgang Nöstlinger sieht Investitionen in die Infrastruktur als notwendig an.

41 | **ABFALL- UND WASSERWIRTSCHAFT RUNDBLICK**

42 | **UMWELTZEICHEN** Die Umwelt in Österreich – Experten des Umweltbundesamts mit Informationen zum aktuellen Umweltkontrollbericht.

44 | **INTERVIEW** Sichere Trinkwasserversorgung – Geschäftsführer Thomas Krenn von der Kontinentale im Interview mit *public*.

46 | **GESUNDHEIT 2022** Umfassende Überwachung – Experten der AGES informieren über die Sicherheit unseres Trinkwassers.

SPEZIAL SMARTE TECHNOLOGIE

48 | **INTERVIEW** Gemeinsame Infrastruktur aufbauen schafft Mehrwert – *public* sprach mit dem Energieberater und Lichttechniker DI Bernhard Gruber über Smart City und Straßeninfrastruktur.

50 | **E-MOBILITY** Intelligente Lösung für den Ladesäulenausbau – interessante Projekte zum Ladesäulenausbau in Österreich.

Gemeindeindex

Bad Wimsbach-Neydharting | 6
Bregenz | 16
Diex | 55
Elsbethen | 6
Gnas | 41
Gratkorn | 54
Graz | 16, 54
Heinfeld | 34
Hornstein | 8
Jenbach | 8
Linz | 17
Marchegg | 34
Neusiedl am Steinfeld | 37
Salzburg | 17, 58
Sankt Georgen am Walde | 52
Sattledt | 6
Villach | 39
Völkermarkt | 55
Wilhelmsburg | 57
Wimpassing | 8
Wien | 38, 55

Tunatura - Adobe Stock

10 | Coverstory

Kompakt

52 | STÄDTEDUETT

54 | PUBLIC RUNDBLICK

56 | PUBLIC MANAGEMENT IMPULSE DER FH OÖ

57 | TOPOTHEK

58 | LEKTÜRE UND APP

59 | EVENTS

Ruslan Mitin - Adobe Stock

24 | Gemeindefinanzen in schwierigen Zeiten

grafxart - Adobe Stock

36 | Wasserschutz

Michiel Verbeek

52 | Städteduett

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber PBMedia GmbH
Geschäftsführung Barbara Habicher, Mag. Peter Rauhofer
Verlags- und Redaktionsanschrift
Lieblgasse 3/Top 9A, A-1220 Wien
Tel. +43(0) 664 334 10 42
Internet www.gemeindemagazin.at
E-Mail public@gemeindemagazin.at
Chefredakteur Mag. Peter Rauhofer
E-Mail chefredaktion@gemeindemagazin.at
Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe Mag. Tony Bayer, Mag. Peter Biwald, Prof. Dr. Michael Breitenfeld, MMag. Dr. Franziska Cecon, Dr. Michael de Werd, Mag. Robert Ertl, MMag. Clemens Hödl, Mag. Erika Hofbauer, Mag. Heinz Hofstaetter, Alexandra Keller, Andreas Kettenhuber, Werner Lehner, Monika Mörth, MAS, Ing. Wolfgang Nöstlinger, MSc MBA, Philip Parzer MSc, Mag. Peter Rauhofer, Dr. Franz Schausberger, Mirjam Stöckel
Redaktion Brüssel Mirjam Stöckel
E-Mail bruessel@gemeindemagazin.at
Lektorat Mag. Angelika Mählich
Grafik und Layout Team Wagner, ichmachedruck.com
Coverfoto Tunatura- Adobe Stock
Leser- und Aboservice / Adressänderungen
office@gemeindemagazin.at
Abonnement 1-Jahres-Abo: 25,– Euro
Druck Walstead Leykam Druck
GmbH & CO KG

Die nächste public-print-Ausgabe erscheint am 23. November 2022.

Die nächste public-Online-Ausgabe erscheint am 14. Dezember 2022.

ÖAK
Auflagenkontrolle
Druckauflage
24.000

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Wortformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Tiefe Verneigung

Dass das mediale Echo auf das 11. Bonitäts-Ranking der österreichischen Gemeinden – präsentiert von KDZ und *public* – wie ein Lauffeuer im österreichischen Blätterwald wirkt, hat gute Gründe. Die 250 besten Gemeinden des Landes zeigen, welche Rahmenbedingungen entscheidend sind, um eine Kommune durch die krisenhaften Zeiten zu steuern. VON ALEXANDRA KELLER

Franz Tiefenbacher hatte die Motivation, die das jährliche Ranking der besten Kommunen Österreichs auszulösen versteht, ziemlich dynamisch auf den Punkt gebracht. „Hoffe, wir können 2023, meinem letzten Jahr als Bürgermeister, die Gemeinde Sattledt doch noch überholen", sagte der Bürgermeister der südlich von Salzburg gelegenen Gemeinde Elsbethen in einer ersten Reaktion auf das bemerkenswerte Abschneiden seiner Gemeinde im aktuellen *public*-Gemeinderanking. Die kommunale Silbermedaille Elsbethens strahlte weit über die Grenzen des Flachgaus hinaus, doch im Bezirk wurde sie selbstverständlich besonders gefeiert. So holte das *Bezirksblatt Flachgau* den siegreichen Bürgermeister auch gleich vor den Vorhang, wo er das erfreuliche Abschneiden mit der konservativen Finanzpolitik erklärte und betonte: „Wir haben viele gut laufende Firmen, denen auch Corona nichts anhaben konnte."

Bronze geht an Markgrafneusiedl

Bonitätsranking: Platz drei bei den 250 besten Gemeinden Österreichs

VON ULRIKE POTMESIL

Bürgermeister Franz Mathä auf der Ruine Markgrafneusiedl

Viele Zeitschriften in ganz Österreich haben über unser Ranking berichtet.

Ja, Corona. Die Krise beherrschte selbstverständlich das Arbeiten in Gemeindeämtern wie Rathäusern und schärfte auch den medialen Blick auf das Bonitiätsranking der 250 besten Gemeinden Österreichs, das heuer zum 11. Mal in der Sommerausgabe des Gemeindemagazins *public* erschienen ist. „Es ist eine Kombination aus gutem Management in den Gemeinden, also sparsamer Politik, aber auch hohen Einnahmen aufgrund der guten Lage", erklärte Peter Biwald die Geheimnisse einer guten Bonität gegenüber der *Wiener Zeitung*, die dem Ranking Anfang Juli 2022 einen umfangreichen Beitrag widmete und als einleitend erklärenden Blickfang festhielt: „Der Standort ist für die Bonität der Gemeinden entscheidend. Die Länder naschen aber an den Erträgen der Gemeinden mit."

Auch diese verquickten Finanzströme der Gebietskörperschaften aufzuzeigen, zu erklären und entwirrende Lösungsvorschläge zu liefern, zählt zur Expertise des KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung, dessen Geschäftsführer Peter Biwald ist, und dessen Analyse die Basis für das Gemeinderanking bildet. Welche Gemeinde ist die beste? Wo wird in der kommunalen Haushaltsführung angesichts der immer knapper werdenden Mittel die Quadratur des Kreises geschafft? Was haben die, was wir nicht haben? Was können wir tun, um noch besser zu werden? Der Quicktest, mit dem die Experten des KDZ jährlich die Gebarung der 2.095 Gemeinden anhand ihrer Ertragskraft, Eigenfinanzierungskraft, Verschuldung und freien Finanzspritze auf die Bonität „abklopfen" und sie vergleichbar machen, bekommt in harten Zeiten noch mehr Gewicht und es ist logisch, dass der *ORF Oberösterreich* die Siegergemeinde feierte und einen Beitrag wie folgt betitelte: „Sattledt finanzstärkste Gemeinde bundesweit." Zum dritten Mal in Folge siegte die Gemeinde im Bezirk Wels-Land, dessen Bezirksblatt Anfang August 2022 zudem hervorhob, dass die Marktgemeinde Bad Wimsbach-Neydharting es erstmals in die „Top-250-Gemeinden" – auf Platz 245 – geschafft hat. Bravo.

Die zahlreichen Beiträge in den Tages- und Wochenmedien waren schöne Multiplikatoren und brachten den Bürgern das Abschneiden ihrer Heimatgemeinden nahe. So erfuhren die Empfänger des *Bezirksblattes Kufstein*: „Zehn Gemeinden aus dem Bezirk Kufstein schaffen es im Ranking des Gemeindemagazins ‚public' unter die 250 Gemeinden mit der besten Finanzgebarung in Österreich. Damit hat der Bezirk im Tirol-Vergleich die Nase vorne." Wieder sind es sportliche Worte, mit denen das finanzielle Rennen der Kommunen begleitet wird. Wie bei Franz Tiefenbacher, dem Bürgermeister Elsbethens, der für 2023 die Goldmedaille anstrebt. Viel Glück. ■

Beiträge zum Nachlesen

- » https://www.meinbezirk.at/tag/bonit%C3%A4tsranking
- » https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2153704-Finanzschwache-Kaerntner-Gemeinden.html

Gemeinderanking 2022

Bereits zum 11. Mal wurde heuer das Top 250 - Ranking vom Gemeindemagazin public in Kooperation mit dem KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung veröffentlicht.

VON PETER BIWALD UND CLEMENS HÖDL

Das Ranking hat zahlreiche Reaktionen von Gemeinden aus den Top 250, sowie von Gemeinden, die keine Topplatzierung erreicht haben, hervorgerufen. Gemeinden, die das Ranking nicht erreicht haben, waren vor allem an der eigenen Platzierung außerhalb der Top 250 interessiert.

GUTE ODER SCHLECHTE BONITÄT? Das Top 250-Ranking stellt die 12 Prozent aller österreichischen Gemeinden mit der besten Bonität dar. Um unter die Top 250 zu kommen, war eine Bonitätsnote von 1,89 erforderlich, d.h. ein sehr guter Wert. Für Platz 500 war ein Bonitätswert von 2,26 erforderlich – also ein Gut. Für Platz 750 ein Wert von 2,49 und für den Platz 1.047 eine Note von 2,81. D.h. die Hälfte der österreichischen Gemeinden hat im Zeitraum 2018 bis 2020 über eine sehr gute bis gute finanzielle Leistungsfähigkeit aufgewiesen. Lediglich 150 Gemeinden weisen ein 4,0 und schlechter auf.

CORONA-JAHR 2020 MACHTE SICH IM AKTUELLEN RANKING BEMERKBAR. Das erste Pandemie-Jahr 2020 führte zu einer Verschlechterung der finanziellen Lage der Gemeinden. Der Einbruch bei den Ertragsanteilen und auch der Kommunalsteuer bei gleich hohen bzw. häufig höheren Aufwendungen hat zu einer Verschlechterung geführt. Nachdem für das aktuelle Ranking die Jahre 2018 bis 2020 die Grundlage bilden, hat sich die Verschlechterung vorerst nur zu einem Drittel im Bonitätswert niederschlagen. 2021 hat es aufgrund der Entwicklung der Ertragsanteile wieder eine Besserung gegeben, die sich im nächstjährigen Bonitätsranking niederschlagen wird.

TOP 11-GEMEINDEN DER LETZTEN 11 JAHRE. Die Top-11 Gemeinden der Jahre 2012 – 2022 zeigen einen durchschnittlichen Bonitätswert von 1,26 bis 1,33. Hinsichtlich der Größenklassen zeigt sich ein buntes Bild. Vier Gemeinden finden sich in der Klasse 1.001-2.500 EW, vier Gemeinden in der Klasse 2.501-5.000 EW, eine Gemeinde hat 5.001 bis 10.000 EW und zwei Gemeinden weisen 10.001 bis 20.000 EW auf.

WWW.OFFENERHAUSHALT.AT – KDZ-QUICKTEST-WERTE FÜR 2021. Die Transparenzplattform zu den Gemeindehaushalten bietet bereits die Möglichkeit, mit dem Hochladen des Rechnungsabschlusses 2021 neben dem Drei-Komponenten-Haushalt auch den KDZ-Quicktest darzustellen.

Am Beispiel des Zweitplatzierten – der Gemeinde Elsbethen – zeigt sich, dass 2021 mit einer Gesamtnote von 1,19 wieder ein sehr guter Wert erreicht werden konnte. Insbesondere der Überschuss in der operativen Gebarung (Öffentliche Sparquote) sowie die freie Finanzspitze weisen sehr hohe Werte auf. Die Verschuldungsdauer der Gemeinde beträgt Null Jahre.

Auf www.offenerhaushalt.at werden nun auch die Kennzahlen des KDZ-Quicktest Neu ausgewiesen. So ist die Nettoergebnisquote (und damit der Überschuss im Ergebnishaushalt) 17,4 Prozent. Die Nettovermögensquote zeigt, dass die Gemeinde Elsbethen 98 Prozent des Vermögens mit eigenen Mitteln sowie Zuschüssen finanziert hat. Die Substanzerhaltungsquote von 187 Prozent bedeutet, dass die Gemeinde 2021 fast doppelt so viel investiert hat, als der Wertverzehr der Infrastruktur (d.h. die Abschreibungen) ausmachten.

Aktuell nutzen 1.402 Gemeinden den Offenen Haushalt, nach Veröffentlichung der Gemeindefinanzdaten 2021 durch die Statistik Austria werden die Kennzahlenwerte für alle Gemeinden bereitstehen. ■

Abbildung 1: KDZ-Quicktest 2021 der Gemeinde Elsbethen

Quelle: www.offenerhaushalt.at

Großösterreichischer Gigawatt-Spagat

Während im Tiroler Jenbach die bis dato größte Photovoltaikanlage Westösterreichs in Betrieb genommen werden konnte, wurde der Bau eines Sonnenparks im Burgenland auf dem Altar kleinkarierter politischer Farbenduelle geopfert. VON ALEXANDRA KELLER

Es ist nicht belegt, dass sie sich kollektiv in den Hintern beißen, doch wären derartige Verrenkungen möglicherweise angebracht. Mehr noch. Die türkis-schwarzen Vertreter der burgenländischen Gemeinde Wimpassing und auch jene der Nachbargemeinde Hornstein müssten sich seit dem 24. Februar 2022 im straffen Takt der Energiekosten-Explosionen fast zwingend zu dieser Turnstunde treffen. Und auch wegen der bevorstehenden Gemeinderatswahl schwitzen – weil sie die treibenden Kräfte waren, als es darum ging, einen richtig großen Solarpark zu verhindern.
Die geplante Photovoltaik-Anlage hätte im Endausbau mehr als 50 Megawattstunden Strom pro Jahr produzieren sollen. Mit dem Strom der Photovoltaikanlage hätten die Bürger dieser beschaulichen Gegend an der Leitha weit entspannter die irren Entwicklungen auf der Welt und auf ihrem Haushaltskonto beobachten können. Neben dem Klima hätte die Anlage auch den Standort geschützt. Hätte, hätte, hätte.

FARBWECHSELSPIELE. Der Konjunktiv hat gar viele bittere Noten und der Grundtenor ist dieser: Knapp drei Wochen bevor mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine die Energie-Welt auf den Kopf gestellt wurde, folgten die Bürger von Wimpassing den Argumenten der ÖVP-Vertreter und lehnten den Bau der Photovoltaikanlage ab.
Der *STANDARD* wusste in dem Zusammenhang höchst herzhaft von parteipolitischen Grabenkämpfen zu berichten, die im Vorfeld die Sonne verfinsterten. Wimpassing wird von einem roten Bürgermeister geführt, Hornstein von einem schwarzen – beziehungsweise einem türkisen. Bürgermeister und Ex-Kanzler Kurz-Intimus Christoph Wolf war es bei der Gemeinderatswahl 2017 gelungen, das tiefrote Hornstein in ein tieftürkises zu verwandeln. Weil diese Farbe nun nicht mehr so en vogue ist, geht er aber mit dem „TEAMWOLF“ in die nahende kommunale Wahl. Andersherum war Ernst Edelmann im benachbarten Wimpassing 2017 der krasse Farbwechsel gelungen – von Schwarz zu Rot. Derartige Wechselspiele sind immer reizvoll und irgendwie müssen sich die parteipolitischen Vorboten der Gemeinderatswahl vom 1. Oktober 2022 im Solarpark verheddert haben, den die ÖVP-Anhänger beider Gemeinden massiv und mit viel Pipapo abzulehnen wussten. Auf Druck der ÖVP fand Anfang Februar 2022 dann auch eine Bürgerbefragung zum erneuerbaren Projekt statt, das dann über 61 Prozent der Wimpassinger in die Wüste schickten.

BJÖRN WYLEZICH - ADOBE STOCK

DOCH KEIN SIEG. Aus heutiger Sicht wirkt es höchst bizarr, dass der ÖVP-Bürgermeisterkandidat der Gemeinde Wimpassing, Johann Kauper, das Ergebnis gegenüber der BVZ mit den Worten „Heute ist der große Sieger die Bevölkerung von Wimpassing“ bedachte. Heute aber, wo alle Welt auf der Suche nach alternativen Energiequellen ist – vor allem nach Alternativen zu den Putin'schen Fossilien – darf dieser Sieg ähnlich groß in Frage gestellt werden wie die kleinklarierten politischen Farbenduelle, die das Lösen jedes regionalen Problems erschweren – und wenn dieses Problem global ist, erst recht. So dürfen die Hornsteiner und die Wimpassinger Bürger nun mit den gleichen Sorgen in die Heizzeit gehen wie alle anderen. Oder besser, wie fast alle anderen. Denn während im schönen Leithatal so viel Energie in die Verhinderung der großen erneuerbaren Energiequelle gesteckt wurde, wurde beispielsweise in der Tiroler Inntalgemeinde Jenbach viel Energie in den Bau einer großen PV-Anlage gesteckt. Ende August 2022 konnte die Tiwag-Tochter TINEXT dort eine der größten PV-Anlagen Westösterreichs fertigstellen – mit fast 8.000 Quadratmetern Kollektorfläche und einer Ausbeute von 1,65 Gigawattstunden Strom für 500 Haushalte. Tja, der großösterreichische Gigawatt-Spagat schmerzt. Im Osten auf jeden Fall. ■

Starke Kommunen – starkes Europa

Mit dem Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2007 sollte eigentlich in der EU eine Stärkung der Kommunen eingeleitet werden. Tatsächlich setzte mit dem Beschluss dieses Vertrages in vielen Mitgliedsstaaten eine spürbare Bewegung zur Stärkung der Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ein.

Kurz darauf war es auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 damit wieder vorbei. In manchen Staaten setzte die Gegenbewegung ein, Zentralisierung und Schwächung der Regionen und Kommunen war die Folge. Inzwischen ist dieses Thema in der EU leider praktisch völlig aus dem Blickfeld verschwunden.
Dabei hat sich gezeigt, welch wichtige Rolle vor allem die Kommunen in den folgenden und bestehenden Krisen - Migrations-, Klima-, Covid- und Energiekrise - spielen.

Ganz entscheidend sind die Kommunen auch in den Ländern, die auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft sind. Rund 70 Prozent der EU-Regeln und Gesetze betreffen die regionale und lokale Ebene. Europa fängt in der Gemeinde an. Dazu bedarf es aber informierter Kommunalpolitiker und einer gut ausgebildeten Kommunalverwaltung. Nur dann kann man davon ausgehen, dass gute und sinnvolle Kommunalprojekte ausgearbeitet und mit EU-Förderungen finanziert werden können. Außerdem sinkt damit auch die Abhängigkeit von den Zentralverwaltungen. Daher ist es auch so wichtig, dass die Gemeinden der Beitrittsländer möglichst frühzeitig von ihren Regierungen in den Erweiterungsprozess eingebunden werden. Das ist aber leider kaum wo der Fall.

„UNSER EUROPA.UNSERE GEMEINDE“
In Österreich gibt es etwa 1.500 sogenannte „EU-Gemeinderäte“, die regelmäßige Informationen über die EU erhalten, Fortbildungen machen, Unterstützung bei Veranstaltungen zu europäischen Themen in der Gemeinde erhalten. Sie sind die ersten Ansprechpartner in allen EU-Angelegenheiten in ihrer Gemeinde. Europaministerin Karoline Edtstadler hat noch zusätzlich neuen Schwung in diese Initiative gebracht.

EU-GEMEINDERÄTE FÜR GANZ EUROPA. Etwa mit dem Magazin „Unser Europa. Unsere Gemeinde“, durch aktuelle EU-News im monatlich erscheinenden Newsletter, durch Informationsreisen nach Brüssel mit dem Besuch der EU-Institutionen und regelmäßige Netzwerktreffen. In diesem Sinne sollten sich alle österreichischen Gemeinden entschließen, EU-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zu nominieren.

Dieses österreichische Modell möchten nun die Europäische Kommission und der Europäische Ausschuss der Regionen in ähnlicher Weise auch auf andere Länder Europas übertragen, besonders auf jene, die im Beitrittsprozess sind. Erst kürzlich hat das Institut der Regionen Europas (IRE) eine Vereinbarung mit dem Center for Local Government in Serbien abgeschlossen, die auch das Modell der EU-Gemeinderäte beinhaltet.

WICHTIGER INFORMATIONSAUSTAUSCH. Denn man darf nicht vergessen: Die in allen Gemeinden wichtigen wirtschaftlichen Investitionen hängen sehr entscheidend von gut und effizient arbeitenden Gemeindeverwaltungen mit bestens ausgebildeten Gemeindebediensteten ab. Hier gibt es vor allem in den (auch von der Verfassung her) schwachen Gemeindeverwaltungen der Beitrittsstaaten noch viel Aufholbedarf. Der Best-Practice- und Informationsaustausch der Gemeindeverantwortlichen in diesen Ländern mit jenen aus Österreich, die über große Erfahrung verfügen, wäre besonders wichtig.

Auch das in letzter Zeit rasant gestiegene Interesse an regionalen, heimischen Produkten, vor allem in den ländlichen Regionen, bedarf eines starken Engagements innovativer Verantwortlicher auf der Ebene der Gemeinden. Beide Bereiche sind wichtige Themen bei dem vom 23. bis 25. Oktober 2022 stattfindenden „Salzburg Europe Summit“, der vor allem auch für Kommunalpolitiker interessante Diskussionen bringen wird. ■

GASTBEITRAG

Beigestellt

Dr. Franz Schausberger
Univ. Prof. Dr. Vorstand des Instituts der Regionen Europas (IRE), ehemaliger Landeshauptmann von Salzburg.

Gänsehaut

Dass alle dazu aufgefordert sind, Energie zu sparen und alle Alternativen zum russischen Gas forciert werden müssen, ist das erste Gebot in diesen verwirrenden Zeiten. Gänsehaut vermag nicht nur die Angst vor einem kalten Winter zu wecken, sondern auch vor den viel zu realistisch gewordenen Worst-Case-Szenarien. Unternehmenspleiten zählen genauso dazu wie Versorgungsprobleme oder ein Blackout.

VON ALEXANDRA KELLER

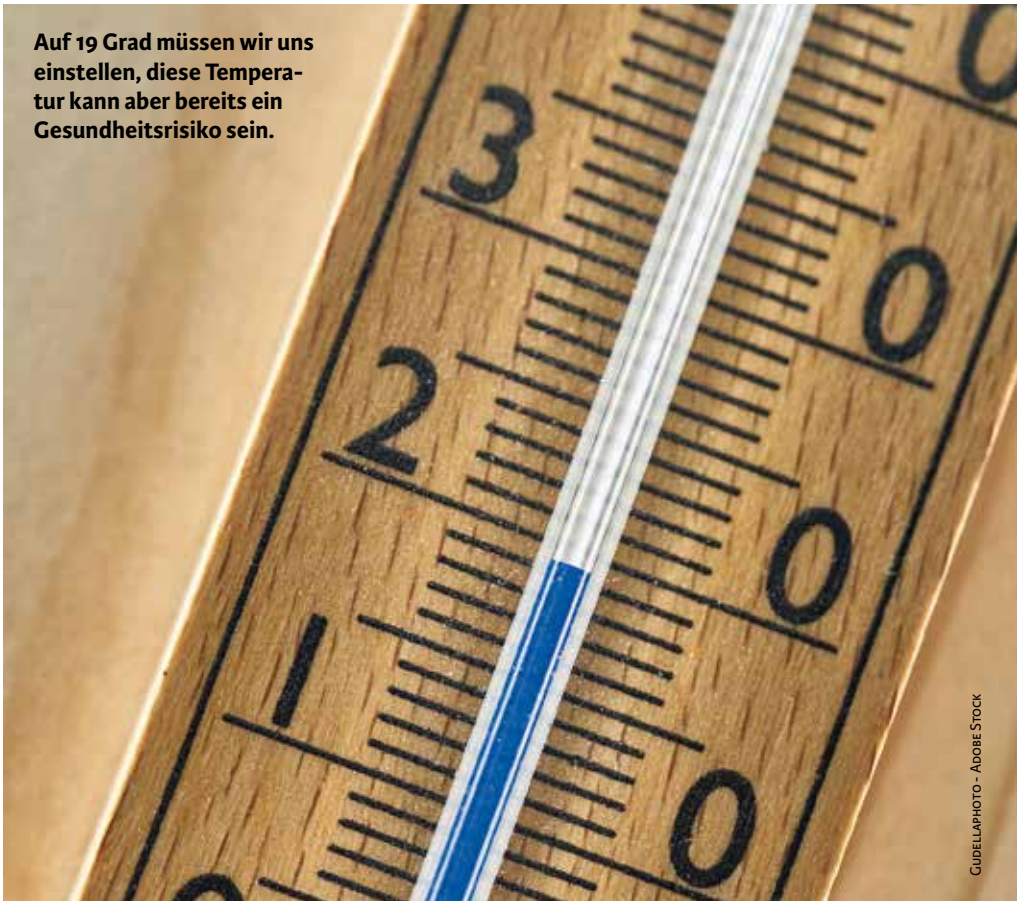
TUNATURA - ADOBE STOCK

19 Grad. Das ist die Temperatur, auf die sich die Menschen im kommenden Winter einstellen müssen. In Österreich soll das, laut Umweltministerin Leonore Gewessler, die Maximalgrenze in öffentlichen Gebäuden außer Schulen und Krankenhäusern werden. Über eine 19-Grad-Empfehlung in Unternehmen wird nachgedacht, Private bleiben in Österreich offenkundig verschont. Noch.

Italien etwa hat härtere Maßnahmen im Sinn. Dort plant die Regierung ein 19-Grad-Gebot auch für private Räumlichkeiten, deren wärmer lebende Bewohner mit 500 bis 3000 Euro sanktioniert werden könnten. Und für internationales Aufsehen sorgte in dem Zusammenhang die Schweiz. „Heizt der Nachbar die Wohnung über 19 Grad auf? Bitte informieren Sie uns“, steht auf einem Plakat zu lesen, das seit 10. September 2022 auf Signal, Telegram, Twitter, Facebook und Instagram die virtuelle Runde macht. Das Plakat wurde rasch als Fake entlarvt, doch können die Eidgenossen mit einem weiteren Energiespar-Bonmot aufwarten, das keine Falschmeldung ist, sondern echt und ernst gemeint.

Die Schweizer SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat jüngst vorgeschlagen, künftig nur noch zu zweit zu duschen, um Energie zu sparen. Sie erntete dafür durchaus Häme und löste medial genüsslich verbreitetes Amüsement aus. Doch abgesehen davon, dass auch Frischverliebte unter einem schmalen Duschkopf einfallsreich sein müssen, sollte Körperhygiene der Auslöser der feuchten Zweisamkeit sein, so wird der Doppel-Dusch-Vorschlag von derselben politischen Kälte gegenüber dem „gemeinen Volk“ begleitet wie die 19-Grad-Grenze.

Zwar sind alle Bürger dazu gezwungen, Energie zu sparen und auch aus ganz banalen Geldspargründen bereit, den Kostensteigerungen mit dicken Wollpullovern zu begegnen, doch ist nicht nur vermindertes Wohlbefinden die Folge einer kühlen Raumtemperatur.



Auf 19 Grad müssen wir uns einstellen, diese Temperatur kann aber bereits ein Gesundheitsrisiko sein.

GUDELLAPHOTO - ADOBE STOCK

DAS GESUNDHEITSRISIKO. Gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland skizzierte Heinz-Jörn Moriske, Innenraumexperte und langjähriger Geschäftsführer der deutschen Innenraum-Lufthygiene-Kommission, Ende August 2022 die Gesundheitsrisiken, die mit einer geringen Raumtemperatur einher gehen. 20 Grad seien schlicht gesünder und knapp unterhalb von 19 Grad werde es sogar kritisch, weil sich die Anfälligkeit für Infekte und Erkältungen erhöht. „Das gilt gerade bei älteren Menschen, bei Menschen mit niedrigem Blutdruck und solchen, die sich wenig bewegen“, so Moriske. Wenig bewegen sich nicht nur freiwillige oder unfreiwillige Couch-Potatoes, sondern auch Mitarbeiter in bald kühlen öffentlichen Ämtern, weil Bürojobs keine Fitnessangelegenheit sind. Niedrige Raumtemperaturen fördern zudem Schimmel, Schimmel wiederum Allergien oder Atemwegserkrankungen und laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) tragen kalte Wohnungen im Winter allgemein zu erhöhten Erkrankungsraten – wie etwa Herz-Kreislauf-Krankheiten – und Sterberaten bei.

DUNKELHEIT ALS SYMBOLIK. Nach unten sind dem Energiesparen mittels Senken der Raumtemperaturen Grenzen gesetzt, doch angesichts der ausufernden Preiserhöhungen und des viel zu denkbar gewordenen Schließens der Gasschleusen durch Welt-Agressor Putin ist ein steigender Blutdruck nicht zu verhindern - vor allem bei jenen, die für die Versorgung und die Versorgungssicherheit der ÖstereicherInnen verantwortlich sind.

Der energiepolitische Spießrutenlauf wird längst auf allen Ebenen praktiziert. Dass Kommunen oder auch große Stifte – wie Melk und Heiligenkreuz – als Energiesparmaßnahme die Fassadenbeleuchtungen reduzieren wollen, ist mehr ein symbolischer Akt, selbst »

wenn Dunkelheit als Symbolik nichts Gutes verheißen kann. Folgenschwerer sind jedoch die Aussichten, die der Präsident des Salzburger Gemeindeverbandes und Bürgermeister der Gemeinde St. Johann im Pongau, Günther Mitterer, jüngst in den Raum gestellt hat. Zwar seien die aktuellen steuerlichen Einnahmenzuwächse auch in Salzburg positiv, doch nicht hoch genug, um die Teuerungswelle aufzufangen.

„Man darf nicht vergessen, dass uns die Teuerung voll trifft – besonders bei der Energie. Viele Gemeinden können ihre Bauprojekte nicht mehr finanzieren und haben sie schon verschoben. Es kann sein, dass manches gar nicht mehr gebaut wird“, wurde Mitterer vor Kurzem vom ORF Salzburg zitiert. Er hielt bei der Gelegenheit auch fest, dass er in puncto Bauprojekte wenig Hoffnungen auf mehr Geld vom Bund habe.

Städtebund-General Thomas Weninger und KDZ-Geschäftsführer Peter Biwald haben schon Ende Juli 2022 auf diese Misere hingewiesen und festgestellt: „Gemeinden sind ein wichtiger öffentlicher Investor. Herausfordernd sind insbesondere Investitionen in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagsschulen sowie in den Klimaschutz. Die Umsetzung wird für die Gemeinden durch gestiegene Baupreise und fehlende Bewerber bei Ausschreibungen jedoch immer schwieriger“, sagten sie und stellten eine entscheidende Forderung: „Es braucht daher Maßnahmen, um entweder der massiven Preisentwicklung in der Bauwirtschaft entgegenzuwirken oder Finanzzuweisungen, um den Gemeinden trotz gestiegener Baupreise die Umsetzung der Investitionsprojekte zu ermöglichen.“

Was verschobene oder gar abgesagte Bauprojekte für die Gemeinden bedeuten, die ja nicht für Prestige-, sondern vielmehr für notwendige Nutzbauten bekannt sind, ist die eine düstere Seite. Die andere betrifft die Bauunternehmen, die im „ganz normalen“ Wirtschafts-Flow auf diese erzwungene Austerität reagieren. Weniger Aufträge, weniger Umsätze, weniger Arbeitsplätze, weniger Steuern ist ein ökonomischer Teufelskreis, der das Wirtschaftsgefüge ganz allgemein be-

Genehmigungs-Beschleunigung

INTERVIEW

MIT JÜRGEN STREITNER, WKÖ-LEITER ABTEILUNG UMWELT- & ENERGIEPOLITIK

Zwei Fragen zur brenzligen Energiesituation an WK-Präsident Harald Mahrer. Für ihn antwortete Jürgen Streitner, Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik in der WKÖ.

Beigestellt

public: Was ist aus Sicht der österreichischen Wirtschaft das Best-, was das Worst Case-Szenario für das kommende Jahr?
Jürgen Streitner: Der schlechteste vorstellbare Fall für die österreichische Wirtschaft wäre eine vollständige Unterbrechung der Gaslieferungen, wenn wir sie am meisten benötigen, also im Winter. Und wenn wir gleichzeitig nicht in der Lage sind, diese Lücken aus anderen Quellen, z.B. gespeicherten Reserven, neu errichteten erneuerbaren Energieträgern oder alternativen Energielieferungen zu decken. Die noch weiter explodierenden Preise und Lieferengpässe bedeuten dann das Ende für viele Unternehmen. Im besten Fall schaffen es die EU und Österreich schnell genug ihre Energieversorgung zu diversifizieren und damit die Unternehmen bei der Transformation ihrer Energieversorgung zu unterstützen. Das ist aber eine klare Zeitfrage. Klar ist: Die ausreichende Verfügbarkeit von Energie – sowohl Strom als auch Gas - zu wettbewerbsfähigen Preisen für alle Energiekonsumenten entscheidet die kommenden Wochen und Monate.

Welche Rahmenbedingungen sind Ihrer Meinung nach im Zusammenhang mit den bürokratischen „Zugängen“ unabdingbar? Lange und komplexe Genehmigungsverfahren behindern die ökologische Transformation und den Erneuerbaren Ausbau. Auch die EU-Kommission ist sich dieses Problems bewusst. Bereits Mitte Mai hat sie im Rahmen ihres REPowerEU-Plans Vorschläge zur Verbesserung dieser Situation vorgestellt. U.a. sollen die Genehmigungsverfahren auf maximal zwei Jahre beschränkt werden. Wichtig ist, dass diese Zielsetzung der EU-Kommission nun auch in Österreich umgesetzt wird. Für Großprojekte dauern Genehmigungsverfahren in Österreich im Durchschnitt 7-10 Jahre.

Die effizientere Gestaltung von Genehmigungsverfahren darf aber nicht nur auf den Bereich Erneuerbaren Ausbau beschränkt bleiben. Denn viele weitere Projekte, wie beispielsweise der Ausbau der Schiene, tragen indirekt indirekt zu einer nachhaltigen Transformation bei.

herrscht und sich stets auch auf die Standortgemeinden niederschlägt.

Besonders heikel wird der Winter beispielsweise in jenen Kommunen, in denen Thermen die touristischen Magnete sind. Wo gepflegte Hitze Kern des Geschäftes ist, schlagen sich die gestiegenen Energiepreise logischerweise besonders zu Buche und was kurzfristig vielleicht noch kompensiert werden kann, bedeutet mittelfristig eine veritable Existenzgefährdung und langfristig vielleicht sogar das Aus. Die drei Eurothermen in Bad Schallerbach, Bad Hall und Bad Ischl rechnen 2022 bereits mit Mehrkosten in Höhe von sieben bis acht Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Wellnesshotels blicken in eine ähnlich finstere Winterzeit, in der ihre Standortgemeinden viele Kerzen anzünden müssen, um die Hoffnung auf ein Stück Normalität wirklich zuletzt sterben zu lassen. Schließlich führt das Mitte Juni von der Bundesregierung präsentierte Teuerungs-Entlastungspaket zur Abfederung der Inflationsverluste mittelfristig zu Mindereinnahmen der Gemeindeebene in Höhe von 1,6 Milliarden Euro bis 2025. Dass diese Mindereinnahmen teilweise mit inflationsbedingten Mehreinnahmen gegenfinanziert werden können, mindert die folgenschweren Verluste nur bedingt.

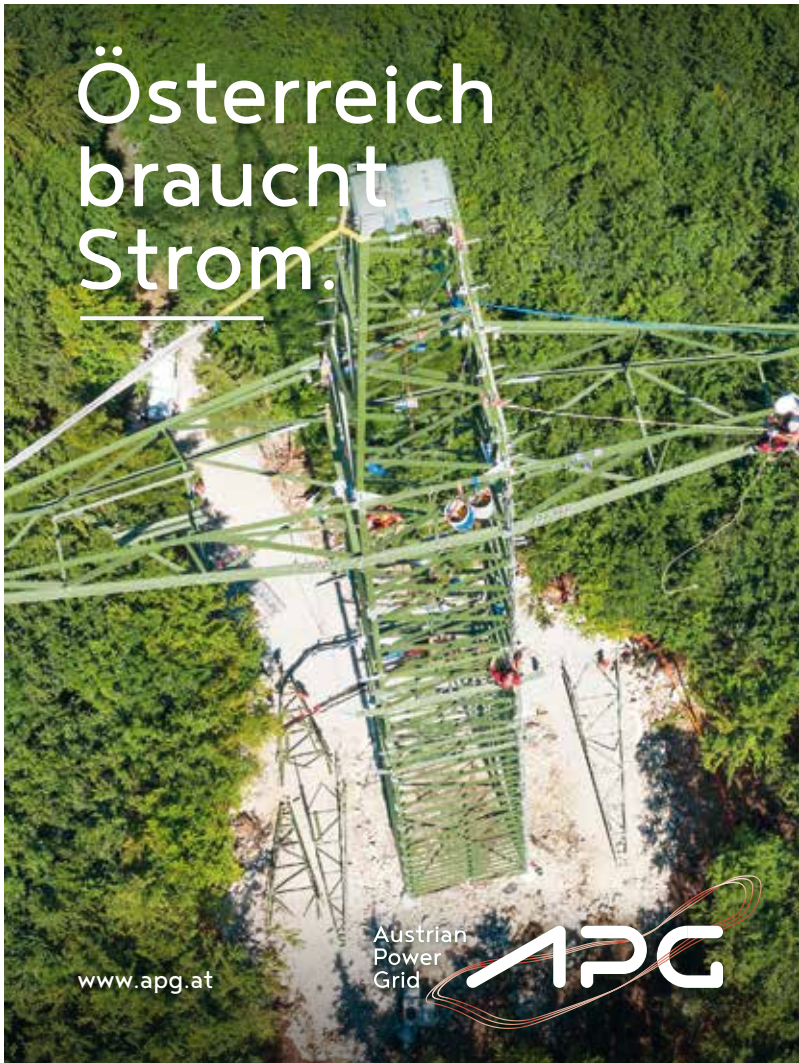
BUNDESWEITES VORGEHEN GEFORDERT. Angesichts der zu erwartenden kalten Füße, der wirtschaftlichen Turbulenzen und der allgemeinen Verunsicherung gibt es viele gute Gründe, die letzten sommerlichen Herbsttage des Jahres 2022 zu genießen. Herbert Saurugg kann das wohl nicht. Dazu weiß der internationale Blackout- und Krisenvorsorgeexperte sowie Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge schlicht zu viel. Auf die Frage, ob der Gasstress die Blackout-Gefahr verschärft, sagt Saurugg: „Definitiv und die Zusammenhänge werden leider auch hier häufig unterschätzt. Eine unsichere Gasversorgung wirkt sich mehrfach auf die Versorgungssicherheit in verschiedenen Bereichen aus. Einmal werden Gaskraftwerke für einen raschen Ausgleich benötigt, wenn es kurzfristig zu größeren Abweichungen bei der Stromproduktion aus Windkraft- oder PV-Anlagen kommen sollte, was immer wieder passiert. Im letzten Winter haben wir zudem bis zu 30 Prozent unseres Stroms »

» ES BRAUCHT MASSNAHMEN, UM DER MASSIVEN PREISENTWICKLUNG IN DER BAUWIRTSCHAFT ENTGEGENZUWIRKEN, UM GEMEINDEN TROTZ GESTIEGENER PREISE DIE UMSETZUNG DER INVESTITIONSPROJEKTE ZU ERMÖGLICHEN. «

KDZ-Geschäftsführer Peter Biwald

BLUEDESIGN - ADOBE STOCK

Die Bevölkerung muss im Falle eines Blackouts schnell gewarnt werden.



in Gaskraftwerken produziert, was im kommenden Winter zu erheblichen Problemen führen könnte, sollte es zu einer Lieferunterbrechung kommen. Zum anderen wird Gas nicht nur für die Stromproduktion oder fürs Heizen und Kochen benötigt, sondern auch in vielen Produktionsprozessen. Auch in der Verpackungs- und Lebensmittelproduktion, womit es bei Gasengpässen rasch zu Versorgungsproblemen kommen könnte. Viele Menschen haben sich zudem aus Sorge vor einer Gasknappheit elektrische Heizstrahler oder Ähnliches gekauft, was zu zusätzlichen und schwer vorhersehbaren Belastungen für das Stromnetz führen könnte."

Saurugg ist kein Schwarzmaler, sondern ein Realist, der die mit argen Mängeln und Versäumnissen behafteten Vorsorgemaßnahmen der offiziellen Stellen mit entsprechendem Unmut registriert. „Bisher gibt es noch immer keine offizielle Aussage dazu, wie und wie rasch die Öffentlichkeit über einen möglichen großflächigen Ausfall informiert wird. Das auch, weil Katastrophenschutz Ländersache ist. Ich halte es für grob fahrlässig, wenn das neunmal unterschiedlich geregelt und vor allem damit wichtige Zeit verschwendet wird. Denn Krankenhäuser, Supermärkte, Unternehmen usw. müssen sehr rasch Entscheidungen treffen und handeln, um unnötige Schäden abwenden und rasch in einen Notbetrieb übergehen zu können", sagt er.

Rasche Information ist im Katastrophenfall ein entscheidender Schlüssel. In Kärnten ist beispielsweise vorgesehen, im Falle eines Blackouts den dreiminütigen Sirenendauerton (Zivilschutzwarnung) auszulösen. „Das sollte bundesweit erfolgen", sagt Saurugg und stellt fest: „Wir steuern auf einen sehr problematischen Winter zu, wo es nicht darum geht, ob alles eintritt, was derzeit möglich scheint, sondern ob wir in der Lage wären, damit umzugehen." Stimmt. ■

» IM FALLE EINES BLACKOUTS DEN DREIMINÜTIGEN SIRENENDAUERTON AUSZULÖSEN SOLLTE BUNDESWEIT ERFOLGEN. «

Herbert Saurugg
internationaler Blackout- und Krisenvorsorgeexperte

Widerständen stellen

Zwei Fragen zur brenzligen Energiesituation an Franz Angerer, den Geschäftsführer der Österreichischen Energieagentur (AEA).

public: Einsparen, selbst produzieren und Diversifizieren sind die Eckpunkte für die von der Energieagentur erarbeitete Strategie. Bei welchem Punkt sehen Sie die größten Schwierigkeiten bzw. Hürden?
Franz Angerer: Wir befinden uns inmitten einer nie dagewesenen Transformation in der Energiewirtschaft. Unsere Versorgungssysteme sind bei Strom und Gas weitgehend europäischen Marktregeln unterworfen, bei Erdöl gelten weltweite Marktregeln. Bis vor einem Jahr war es noch absolut unvorstellbar, dass Preise in die aktuell bestehenden Höhen steigen können. Trotz dieser Preise wird immer noch Strom gekauft und auch Gas verbraucht. Das brennendste Thema heute ist die Suche nach neuen Lieferanten für Gas, aber auch die Suche nach alternativen Brennstoffen bzw. die Verfügbarkeit alternativer Brennstoffe und das Bewusstsein, dass Energiesparen – ob bei Strom, Gas, Fernwärme oder Treibstoffen – einen wesentlichen Hebel darstellt, um mit der Preis- und Versorgungskrise umzugehen.

Gibt es politische Entscheidungen auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene, die Ihrer Ansicht nach notwendig wären (zu treffen), um die Krise bzw. den Wandel zu schaffen? Um den Wandel hin zu einem von fossilen Importen unabhängigen System zu schaffen, braucht es in allen Bereichen der Politik die Bereitschaft, Schritte zu setzen, um von Erdgas, Öl und Kohle wegzukommen bzw. dieses durch Effizienz einzusparen oder durch heimische, in den Regionen verfügbare erneuerbare Energieträger einzutauschen. Das bedeutet auch ein aktives Bekenntnis für den Netzausbau sowie neue Windkraftanlagen und große PV-Anlagen sowie die dafür notwendige Widmung von Windkraft- und PV-Flächen. Die Energiezukunft mit Wind und PV wird in der Landschaft sichtbarer werden, wir werden uns daran gewöhnen, die Herkunft unserer Energie auch zu sehen. Es wird ein Bündel an Maßnahmen hin zu einer erneuerbaren und damit auch resilienten Energiezukunft brauchen und es wird auch Widerstände geben. Die Politik muss sich diesen Widerständen im Sinne der Ziele stellen. ■

INTERVIEW

MIT FRANZ ANGERER,
GESCHÄFTSFÜHRER AEA

Beigestellt

BBG BUNDES BESCHAFFUNG

Alles für die Schule, die Feuerwehr oder den Mobilitätsbereich bis hin zur IT, das Sortiment der Bundesbeschaffung GmbH für Gemeinden & Städte deckt all das und noch mehr ab.

Schließen Sie jetzt eine Grundsatzvereinbarung ab und bestellen Sie rasch und unkompliziert über den e-Shop der BBG.

Mehr als 2,5 Millionen Produkte und Dienstleistungen können von der öffentlichen Hand über die BBG bezogen werden. Ihr Vorteil dabei, Sie sparen nicht nur Kosten, sondern auch Zeit für ein aufwändiges Vergabeverfahren.

Entdecken Sie unser Portfolio für Kommunen mit Lösungen für IT-Sicherheit & Cybercrime-Vorsorge, Krisen-, Katastrophen- & Blackout-Vorsorge sowie Klimaschutz.

Wenden Sie sich an das Team der BBG und lassen Sie sich bei Ihrem Beschaffungsvorhaben unterstützen:

Helpcenter:
office@bbg.gv.at
+43 1 245 70-0

Urbane Kraftakte

Im aktuellen Rundruf lassen österreichische Landeshauptstadt-Vertreter hinter die Kulissen ihres Krisen- und Vorsorgemanagements blicken. Die Hebel, die angesetzt werden, sind vielfältig, diffizil und so unterschiedlich wie die Städte selbst. VON ALEXANDRA KELLER

Gewaltige Herausforderungen

BEIGESTELLT

„Wir stehen vor der gewaltigen Herausforderung, die Versorgung der Menschen, vor allem über den Winter hindurch, sicherzustellen. Und wir arbeiten an einer klimaneutralen Energieversorgung der Zukunft, deshalb haben wir zuletzt das Energiewerk Graz präsentiert. Ich verantworte gemeinsam mit den Abteilungen in meinem Ressort und der Magistratsdirektion die Erstellung eines Energiesparplan für die Stadt: Indem wir gemeinsam anpacken und miteinander arbeiten, können wir Krisen gut meistern. Der Führungsstab der Stadt Graz tagt seit über einem Monat laufend und arbeitet mit den ExpertInnen aus dem Umweltamt sowie aus dem Bereich der Energieversorgungsunternehmen, im Speziellen der Energie Graz, an einem 'Notfallplan Energie'. Hierfür wurden die Grundlagendaten aus den Sektoren Strom, Gas und Heizung erhoben, deren Abhängigkeiten und Einsparungspotenziale analysiert und darauf aufbauend ein 'Grazer Stufenplan Energie' entwickelt. Dieser beinhaltet neben kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen ebenso mittel- bis langfristige Szenarien, welche in Abstimmung mit vielen unterschiedlichen Projekten aus dem Haus Graz wie z.B. dem 'Klimaschutz-Plan' oder der 'Wärme Wende' identifiziert und priorisiert wurden.

Der Klimaschutzplan Graz wurde am 24. März 2022 beschlossen. Klimabedingt angetriebener Wandel wird nun durch den kriegsbedingt angetriebenen Wandel nur noch verstärkt – damit verbunden sind natürlich die erforderlichen mittel- und langfristigen Maßnahmen für den Energiewandel – hervorzuheben ist dabei die gewählte strategische Vorgangsweise. Aktuell läuft die Erstellung der Aktionspläne im Haus Graz, im Zusammenwirken mit Vertretern des Stadtgebietes (und Maßnahmen bezogen auf Unternehmen und private Haushalte). Der Führungsstab arbeitet intensiv mit den zuständigen Ämtern des Magistrats Graz sowie allen Beteiligungen aus dem Haus Graz, den Energieversorgungsunternehmen sowie Stellen des Bundes und Landes zusammen. Die Vernetzung und Abstimmung hierfür läuft zwischen allen Beteiligten sehr gut. Darüber hinaus verfügt die Stadt Graz über umfangreiche Grundlagendaten rund um das Thema Energie - also Strom, Fernwärme, Gas - welche aus abgeschlossenen und laufenden Projekten gewonnen werden konnten. Im Falle einer Krisensituation wäre für die Bewältigung ein finanzieller Ausgleich durch Land oder Bund wünschenswert."

Judith Schwentner
Vizebürgermeisterin Graz

Gerechtes Steuersystem

BEIGESTELLT

„Die Situation vieler Menschen, denen es finanziell nicht gut geht, bereitet mir große Sorgen. Es gibt Bürger, die nicht wissen, wie der Winter werden wird, weil sie sich schlicht und ergreifend den Strom und das Heizen nicht mehr leisten können. Die Landeshauptstadt Bregenz hat ein sehr gutes Sozialsystem, das auch in diesen schwierigen Zeiten so vielen Menschen wie möglich hilft. Solidarität ist jetzt das Gebot der Stunde. Gleichzeitig halte ich es für den falschen Weg, Energiespar- und Klimaschutzmaßnahmen immer bei den einzelnen Menschen abzuwälzen. Hier muss meiner Meinung nach der Hebel bei großen Konzernen und den wirklich Superreichen in unserer Gesellschaft angesetzt werden. Ein gerechtes Steuersystem, dass den vielen zugutekommt und sie entlastet. Die Landeshauptstadt Bregenz hat im Zuge der e5-Kampagne eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich seither aktiv mit energie- und klimawandelanpassungsspezifischen Themen auseinandersetzt. Darunter fällt auch die Energiewende. Die Landeshauptstadt führt seit 2008 über alle Gebäude und Anlagen eine Energiebuchhaltung und macht Energie-Controlling, um einen Überblick und Vergleich der Energieverbräuche zu haben und somit Maßnahmen zur Verringerung der Verbräuche ableiten zu können.

Außerdem gibt es eigens einen Budgetposten für Energiesparmaßnahmen. Weiter verfügt Bregenz über einen Energiemasterplan sowie eine Klima- und Energiestrate-

gie, einen Wärmeplan und treibt die Seewassernutzung aktiv voran. So werden in einem ersten Schritt das Festspielhaus und das neue Seehallenbad und in Zukunft ganze Bereiche der Innenstadt durch die Seewassernutzung mit nachhaltiger Wärme bzw. Kälte versorgt. Eine weitere Maßnahme zur Klimawende ist die Errichtung des Biomasse-Heizwerkes Rieden, welches nach nur sieben Monaten Bauzeit im Juni in Betrieb genommen wurde. In Kooperation mit illwerke vkw, Stadtwerke Bregenz GmbH und der Marktgemeinde Wolfurt ist geplant, möglichst rasch eine nachhaltige Biomassenahwärmeversorgung für die Bregenzer Ortsteile 'Weidach' und 'Im Dorf' sowie Ortsteile von Wolfurt umzusetzen. Außerdem erfolgt eine mittel- bzw. langfristige strategische Ausrichtung der 100%-Tochtergesellschaft Stadtwerke Bregenz GmbH zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung mittels regenerativer Energien."

Michael Ritsch
Bürgermeister Bregenz

Krisenstäbe eingerichtet

Robert Maybach

„Seit Februar 2019 befinde ich mich als Bürgermeister und Bezirkshauptmann dauerhaft im Modus der Krisenstabsarbeit. Das belastete mich vor allem in den ersten Monaten, weil wir damals die weitere Pandemie-Entwicklung schwer einschätzen konnten. Die Gespräche mit Bürgern drehen sich verständlicherweise vor allem seit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine überproportional um Zweifel und Zukunftsängste. Deshalb bin ich noch mehr gefordert, Perspektiven und nachvollziehbare Lösungen zu kommunizieren. Ich bin jedoch überzeugt, dass wieder optimistischere Zeiten kommen werden. Derzeit sind die Erdgas-Speicherkapazitäten der LINZ AG zu 87 Prozent gefüllt. Mit Beginn der Wintersaison am 1. Oktober soll der Speicherstand aufgrund bereits getätigter Einkäufe über 90 Prozent betragen.

Die LINZ AG ist an zwei großen heimischen Erdgasspeichern – RAG Puchkirchen/Haag und 7Fields – beteiligt. Die LINZ AG benötigt Erdgas zur Versorgung von Erdgas-Kunden, vornehmlich Haushalte und Kleingewerbe, sowie zur Erzeugung von Strom und Fernwärme. Die Fernwärmeerzeugung weist einen Erdgas-Anteil von 60 Prozent auf. Im Sommer setzt die LINZ AG Erdgas nur auf Abruf zur Netzstabilisierung ein! Die Stadt Linz und die LINZ AG sind permanent und in enger Abstimmung. Aus aktuellem Anlass wurden zusätzliche (Krisen)-Stäbe eingerichtet, in denen die LINZ AG jeweils Vertretungen entsendet. Der aktuelle Krisenstab befasst sich mit den aktuellen Problemstellungen dazu und erarbeitet etwaige Maßnahmen, die in dieser Thematik entgegenwirken oder unterstützen können. Dieser setzt sich aus Vertretern der Stadt Linz aus den jeweils zuständigen Ressorts sowie aus der Feuerwehr und Polizei, dem Roten Kreuz und des Samariterbundes zusammen."

Klaus Luger
Bürgermeister Linz

Achtsamer sein

Nico Zuparic

„Einen Teil beizutragen fängt schon bei mir im Büro an, etwa nicht ständig das Licht brennen zu lassen. Ebenso versuche ich sofern es möglich ist, auf das Auto zu verzichten und so viel wie möglich zu Fuß zu bestreiten. Ich versuche einfach viele sinnlose Sachen nicht mehr einzuschalten bzw. darauf zu verzichten. Es schadet nicht, bewusster durchs Leben zu gehen und ein wenig achtsamer zu sein. Bei den Vorbereitungen auf den kommenden Winter und mittel- sowie langfristig auf den kriegsbedingt angetriebenen Energiewandel gehen wir mit gutem Beispiel voran. Bis auf die Straßenbeleuchtung – hier geht es um den Sicherheitsaspekt – werden wir, wo es irgendwie geht, runterfahren bzw. früher abschalten. Dies betrifft beispielsweise die Weihnachtsbeleuchtung. Diesbezüglich müssen wir natürlich erst Gespräche führen.
Dennoch ist es jedenfalls eine Notwendigkeit, über eine Festbeleuchtung in der Innenstadt zu diskutieren, in einer Zeit, in der alle anderen Strom sparen. Ebenso werden wir in den Amtsgebäuden die Heizung runterfahren. Die Stadt Salzburg informiert die Bürger seit Anfang Juni über Energie-Spar-Tipps der Smart-City-Experten. Dies erfolgt vor allem über unterschiedliche Kanäle, hauptsächlich über Social Media, Website und E-Mail-Newsletter.
Ebenso haben wir die rund 3.300 der Stadt bereits in der Sommerausgabe der beliebten Mitarbeiterzeitung auf dieses Themen sensibilisiert. 'Auffordern' werden wir niemanden, sondern wir geben Tipps und Empfehlungen. Ich sitze im Aufsichtsrat der Salzburg AG. Wir sind seit Wochen in engem Austausch zwischen Stadt und Land gemeinsam mit der Energie AG als Miteigentümer der Salzburg AG. Genauer gesagt geht es darum, einen Großteil der Dividende im Unternehmen zu belassen, um in weiterer Folge der Salzburg AG die Möglichkeit zu geben, die Strompreiserhöhungen nicht eins zu eins umsetzen zu müssen. Für heuer ist aber ohnehin keine Strompreiserhöhung mehr vorgesehen."

Harald Preuner
Bürgermeister Salzburg

In Deutschland und ganz Europa sucht man fieberhaft nach Alternativen, um russisches Gas zu ersetzen.

Guntar Feldmann - Adobe Stock

Im Gas-Rausch

Die Dynamik, mit der in Deutschland versucht wird, das russische Gas zu ersetzen, wirkt fieberhaft – wie überall. Der Alternativ-Bogen reicht vom Ausbau der Biogasanlagen bis hin zu Bohrlöchern, um bayerisches Erdgas selbst zu fördern. Ein spannendes Rennen. VON ALEXANDRA KELLER

Über die Grenzen hinaus, also nach Österreich hinein, ist Holzkirchen nicht so bekannt. Regelmäßigen Nord-Süd- oder Süd-Nord-Benutzern der deutschen Autobahn A8 am ehesten, weil sich der Ortsname in den zermürbenden Verkehrstau-Momenten auf diesem oberbayerischen Abschnitt einzuprägen versteht. Holzkirchen ist ein Markt mit fast 17.000 Einwohnern.

In guter bayerischer Tradition ist die CSU größte Fraktion im Gemeinderat, selbst wenn sie bei der Kommunalwahl 2020 ein paar Federn lassen musste. Rosenheim liegt knapp 40, die bayerische Landeshauptstadt knapp 30 Kilometer entfernt und auch, weil der Markt im Zuge der dann mit tragischer Erinnerung behafteten Olympischen Spiele 1972 an das S-Bahn-Netz angeschlossen wurde, ist dieser Ort im südlichen Speckgürtel Münchens rasant interessanter für Pendler geworden, deren gepflegte Gärten und blitzblank geputzte SUVs das neuere Bild prägen.

BEGEEHRTE RESSOURCE. Vor einigen Jahren wurde Holzkirchen zielgerichtet durchgeschüttelt, als Rüttellaster Schwingungen erzeugten, um mittels Sonartests herauszufinden, in welcher Entfernung Erdschätze schlummern. Auf Basis der geologischen Berechnungen wurde dann ab 2016 begonnen, das in knapp fünf Kilometern Tiefe brodelnde heiße Wasser zu fördern, um damit klimafreundlich zu heizen und Strom zu erzeugen. Die Vorteile dieser Erdwärmeanlage machen sich gerade logischerweise noch mehr bezahlt und der allseits bekannte und täglich beweinte Grund dafür heizt auch den Plan an, einen weiteren Schatz zu heben – Erdgas. Schätzungen zufolge schlummern unter Holzkirchen rund 650 Millionen Kubikmeter der begehrten Ressource. Mit dieser doch erklecklichen Menge könnte München ein Jahr lang versorgt werden, was angesichts der dort lebenden knapp 1,5 Millionen Einwohner und der dort tanzenden Industriebären beeindruckend ist.

Ein Energieunternehmen mit englischem Hintergrund hat seit Jahren schon ein Auge auf diesen Schatz geworfen, ihn erforscht und die Fördermöglichkeiten ausgelotet, doch Bohrerlaubnis gibt es bislang keine. Diese müsste das Wirtschaftsministerium des Freistaates erteilen, das aufgrund offener Haftungs- und sonstiger Fragen jedoch zögert. Auf keinen Fall soll die Gemeinde mit einer diesbezüglichen Entscheidung „überfahren“ respektive umgangen werden, weswegen die in den Löchern scharrenden potenziellen Gasförderer der Marktgemeinde bereits eine gemeine Rute ins Fenster gestellt haben. Sollte sich die Gemeinde nicht dazu entscheiden können, die Gasförderung zu unterstützen beziehungsweise zu ermöglichen, wolle man sich an private Grundbesitzer wenden, heißt es. Wie finanziell attraktiv eine derartige Bohrinsel inmitten der oberbayerischen Hügellandschaft wäre, lässt sich leicht fantasieren. Nicht nur die aktuell so irrsinnige Erdgassituation, sondern auch das (zumindest noch

aktuelle) Ziel Bayerns, ab 2030 komplett auf fossile Energie zu verzichten, heizt die Diskussion an. Und macht das Rennen ziemlich spannend.

SPANNENDE AMTSSCHIMMEL-RENNEN. Wenn sie dieses Rennen im südlichsten deutschen Süden denn verfolgen, so tun die Einwohner eines Ortes im nördlichsten deutschen Norden das möglicherweise satt von einer Portion Grünkohl mit Kochwurst gefolgt von einem Gläschen Korn oder Köm. Am anderen Ende der Bundesrepublik, in Schleswig-Holstein, liegt der Ort mit dem seltsamen Namen Klein Offenseth-Sparrieshoop. Richtig schnell zu sagen, wo sie wohnen, kann den knapp 3.000 Bürgern dieses nahe der Elbe gelegenen und für Europas größte Rosenbaumschule bekannten Ortes kaum gelingen. Auch für das Buchstabieren des Ortsnamens müssen sie die Geduld des aufmerksamen Gegenübers einfordern. Was ihnen aber flott über die Lippen kommen dürfte, ist das Wort Energieautarkie. Schließlich leben sie schon seit Jahren in dem zwischenzeitlich zwingend als glückselig zu bezeichnenden „Zustand“ totaler Gas-Unabhängigkeit. Das haben sie einem Bauern des Ortes zu verdanken, der Anfang der 2000er-Jahre eine Biogasanlage plante, sie baute, und 2006 damit begann, den Ort mit Energie zu versorgen. Die vom kleinen landwirtschaftlichen Unternehmen erzeugte Energie reicht nicht nur für die knapp 1.000 Haushalte des Dorfes aus, sondern kann über 8.000 Wohneinheiten Energie und vor allem stabile Preise liefern.

Deutschlandweit gibt es rund 9.500 derartige Biogasanlagen. Mal sind sie größer, mal kleiner, mal erzeugen sie neben Strom auch Wärme und immer bilden Gülle, Mist und andere organische Stoffe die Grundlage für ihre CO2-neutrale Energieproduktion.

Die begrenzte Menge an Nutztierausscheidungen, die vergleichsweise hohen Errichtungskosten, vor allem aber die „anderen Stoffe“ sind es, die diese Form der Gaserzeugung nicht zur ganz großen Alternative machen. Neben Gülle und Mist wird in den Anlagen meist auch Mais vergoren, was angesichts der unter Nahrungsmittelknappheit leidenden Menschen auf der Welt stark kritisiert wird.

Durch die ethische Brille betrachtet, ist dieses Bild nicht scharfzustellen, doch sind Biogas-Profis längst dran, andere Quellen zu erschließen. Unter ethischen Gesichtspunkten sind ja auch die Lebensmittel, die auf dem Müll landen, ein ethischer Watschentanz, doch pflanzliche Neben- und Abfallprodukte wären dazu geeignet, den Biogasanlagen zusätzliches Futter zu liefern. Es gibt – wen wundert’s – einige bürokratische Hürden auf dem Weg zu dieser Alternative für die Alternative. Die Not könnte den Amtsschimmeln aber Beine machen. Auch das ist ein spannendes Rennen. ■

Polizei-Einsatztrainingszentrum Süßenbrunn
Architektur: YF architekten zt gmbh, Foto: Andreas Buchberger

BIG

Als Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) sind wir unter anderem auf Immobilien spezialisiert, die hohe Sicherheitsanforderungen haben. Das neu errichtete Polizei-Einsatztrainingszentrum in Süßenbrunn bietet rund 200 Polizist*innen modernste Ausbildungs- und Trainingseinrichtungen.

www.big.at

Entgeltliche Einschaltung

EU auf dem Holzweg?

Egal, in welchem Medium: Gerade hört und liest man praktisch überall, wie Europa kurzfristige, schnelle Wege aus der Gas- bzw. Energiekrise sucht. Das ist angesichts der Lage natürlich dringend nötig. Nur: Das, was die EU in Sachen Energieversorgungssicherheit mittel- und langfristig vorhat, gerät da ein bisschen aus dem Blick. Dabei tut sich auch bei dieser Frage in Brüssel gerade einiges.

Die EU-Institutionen verhandeln nämlich gerade zwei wesentliche Richtlinien neu, die die Energieversorgung in Europa künftig sichern sollen: die sogenannte Energieeffizienz-Richtlinie – und die Erneuerbare-Energien-Richtlinie. Mitte September haben sich die EU-Abgeordneten zu beiden Richtlinien positioniert – und, grob zusammengefasst – die Vorschläge der EU-Kommission und der EU-Staaten nochmal verschärft.

In Sachen Energieeffizienz fordern die Parlamentarier, dass der Endenergieverbrauch bis 2030 um mindestens 40% sinkt – und der Primärenergieverbrauch um mindestens 42,5 Prozent, verglichen mit Prognosen aus dem Jahr 2007. Die EU-Staaten sprechen sich für eine Senkung um 36 bzw. 39 Prozent aus. (Bisher sind 32,5 Prozent Reduktion das Ziel.) Den Anteil der Erneuerbaren wollen die Abgeordneten bis 2030 auf 45 Prozent des Gesamt-Energiemixes erhöht sehen. Die EU-Staaten hatten sich bereits im Juli für eine Zielmarke von 40 Prozent ausgesprochen. (Derzeit ist die Vorgabe für 2030 32 Prozent.) „Nur der Ausbau der erneuerbaren Energien bedeutet echte Unabhängigkeit", so der deutsche CDU-Abgeordnete Markus Pieper, der die Parlamentsposition zur Erneuerbare-Energien-Richtlinie federführend ausgearbeitet hatte.

STREITPUNKT BIOMASSE. Ein nach wie vor ziemlich umstrittener Punkt in dieser Richtlinie ist das Stichwort Biomasse. Genauer: die Frage, ob die Verbrennung von Holz als erneuerbar gilt oder nicht. Die Abgeordneten sprachen sich mehrheitlich dafür aus, Holz als erneuerbare Energiequelle einzustufen und auf die Zielmarke anzurechnen – allerdings unter bestimmten Bedingungen und gedeckelt auf den durchschnittlichen Verbrauch von 2017 bis 2022.

Das EU-Parlament nehme – anders als Kommission und Mitgliedstaaten – eine kritische Haltung zur Bioenergie ein, so Franz Titschenbacher, Präsident des Österreichischen Biomasse-Verbandes. Das Abstimmungsergebnis sei „ein praxisferner, bürokratischer und teilweise inkonsistenter Vorschlag, der den Ausbau der Bioenergie behindern und nicht, wie für die Zielerreichung notwendig, forcieren würde." Einigen Umweltschutzorganisationen hingegen geht die Position der Abgeordneten längst nicht weit genug: Sie sehen in den Plänen „riesige Schlupflöcher". Es ist seit Jahren auch politisch strittig, ob es klimaschädlich ist oder nicht, Holz zu verbrennen – und dieser Streit ist offenkundig nicht geklärt.

Bevor die geplanten neuen Regeln überhaupt in Kraft treten können, müssen sich Parlament, Kommission und Mitgliedstaaten in Brüssel auf einen Kompromiss verständigen. Und angesichts der durchaus unterschiedlichen Positionen dürfte es in den nächsten Wochen noch einige harte Verhandlungen dazu geben. ■

Mit besten Grüßen aus Brüssel, Ihre Mirjam Stöckel

EU-Korrespondentin
Mirjam Stöckel
schreibt jeden Monat einen Brief aus Brüssel an *public*.

bruessel@gemeindemagazin.at

Gemeinden setzen auf nachhaltige Wärmeversorgung & Energieeffizienz

Die Rekordwerte der Strom- und Gaspreise und die ungewisse Versorgungslage erfordern ein radikales Umdenken. Unser aller Beitrag ist gefragt, weniger Heizen und Kühlen ist das Gebot der Stunde. Energieeffizienzmaßnahmen und alternative Energiequellen sind die Lösung, um unseren gewohnten Komfort bestmöglich aufrecht zu erhalten und gleichzeitig die Umwelt zu schonen.

Österreich verfügt über zahlreiche nachhaltige Wärmeversorgungsnetze. Viele davon sind in die Jahre gekommen und müssen saniert werden, um die CO2-neutrale Wärmeversorgung sicherzustellen. Die Bewohner:innen der Gemeinde Sulz im Wienerwald sind froh, dass das lokale Fernheizwerk 2020 von EQUANS (ehem. ENGIE), einem führenden Anlagen- und Energiedienstleister, übernommen und generalsaniert wurde.

EQUANS investierte mit einem hochmodernen Heizkessel in zukunftsweisende Technologie, baute ein neues Hackgutlager und ein Heizhaus. Zur Deckung des Eigenstrombedarfs ist eine PV-Anlage geplant. Damit sorgt die neue Biomasseanlage nicht nur für eine klimaneutrale Wärmeversorgung, sie ist auch noch besonders energie- und kosteneffizient.

„Die Übernahme des Nahwärmenetztes durch EQUANS sichert nicht nur die ökologische Wärmeversorgung der Gemeinde, sondern ist auch ein weiterer wichtiger Schritt für die lokale Wertschöpfung“, betont Bürgermeister Michael Krischke.

BEIGESTELLT – AGATA KADAR/STOCK.ADOBE.COM

Große Einsparungen durch EQUANS im städtischen Amalienbad in Wien.

ENERGIEEFFIZIENZ

Bei zahlreichen Immobilien von Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen haben die Expert:innen von EQUANS bereits signifikante Energie- und Betriebskosteneinsparungen erreicht. Der Energieverbrauch konnte im Schnitt über 30 % nachhaltig reduziert werden, angesichts der aktuellen Energiepreise sind die Einsparungen jetzt noch bedeutender.

„Zu den Objekten mit hohem Einsparungspotential zählen Schwimmbäder“, erklärt Sebastian Groß-Mertl, Experte für Energiemanagement bei EQUANS. „Besonders große Einsparungen konnten wir durch die Modernisierung der Wasser- und Gebäudetechnik für das städtische Amalienbad in Wien generieren“.

Bau- und gebäudetechnische Maßnahmen, etwa die Optimierung von Kälte- und Lüftungsanlagen, die Installation einer Photovoltaik-Anlage und der Einbau einer energieeffizienten Regelung, brachten eine Einsparung von 56 % des Energieverbrauchs.

Durch Optimierung der Wassertechnik konnte der Wasserverbrauch um mehr als 75 % reduziert werden. Der hygienische und sichere Betrieb wird durch die Services von EQUANS garantiert.

MARITA BITSCHNAU

In Sulz im Wienerwald wurde das Fernheizwerk von EQUANS übernommen.

EQUANS Österreich

Die mehr als 1.000 EQUANS Mitarbeiter:innen planen, bauen, betreiben und versorgen modernste technische Anlagen sowie Gebäude. Alles aus einer Hand: Bauleistungen, Wärme-, Kälte-, Klima- und Lüftungstechnik sowie Energieeffizienzmaßnahmen. EQUANS hat österreichweit über 400 Wärme- und Kälteversorgungsanlagen und Fernwärme- bzw. Mikronetze.

Mehr über nachhaltigen Lösungen für Gemeinden und öffentliche Betriebe erfahren?

Jetzt www.equans.at/gemeinden klicken.

EQUANS

Promotion

Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften

Ein regionaler militärischer Konflikt in Europa zeigt auf, welche Auswirkungen dieser auf die gesamte europäische Wirtschaft haben kann und in welcher Geschwindigkeit sich die Lage auf dem Energiemarkt ändert. Eine drohende Energiekrise ist nun in aller Munde.

Um ein Umdenken in der Energiewirtschaft auch rechtlich zu ermöglichen, hat der Gesetzgeber mehrere Möglichkeiten geschaffen. Eine davon ist die im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz verankerte Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft.

Laut Gesetz darf die Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft *„Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugen, die eigenerzeugte Energie verbrauchen, speichern oder verkaufen. Weiters darf sie im Bereich der Aggregierung tätig sein und andere Energiedienstleistungen erbringen."*

Der größte Unterschied zur bereits 2017 eingeführten *„Energiegemeinschaft Light"* besteht darin, dass die einzelnen Mitglieder dieser Gemeinschaft nicht direkt verbunden sein müssen, sondern das öffentliche Stromnetz als Verbindung genutzt werden kann. Vereinfacht dargestellt, während bislang alle Parteien in einem Mehrparteienhaus den Strom eines gemeinschaftlich genutzten Solarpanels nutzen, könnte in Zukunft ein ganzer Ortsteil davon profitieren. Das Ergebnis bringt für alle Vorteile. Einerseits ist auf die umweltfreundliche Stromerzeugung hinzuweisen, andererseits ist aber auch eine Versorgungssicherheit der jeweiligen dadurch energietechnisch autarken Gemeinde gegeben. Letztlich würde auch der einzelne Nutzer davon profitieren, da jedenfalls weniger und im Bestfall keine Energie „eingekauft" werden müsste.

G. Lombardo – Adobe Stock

Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften bieten neben den ökologischen Aspekten auch wirtschaftliche Vorteile, die Gemeinde und den Bewohnern zugutekommen.

VORAUSSETZUNGEN UND VERTRÄGE. Voraussetzung für eine Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft ist, dass diese Gemeinschaft eine eigene Rechtspersönlichkeit hat. Das heißt, es muss eine Gesellschaft, ein Verein oder eine Genossenschaft gegründet werden. Weiters muss die Gemeinschaft zumindest zwei Mitglieder haben, diese können Private, Klein- und Mittelunternehmen, aber auch Gemeinden sein.

Der Zweck dieser Gemeinschaft muss darin bestehen, eine gemeinsame Nutzung der erzeugten Energie sicherzustellen. Außerdem muss die Gemeinschaft vorwiegend gemeinnützig sein und ihren Mitgliedern einen ökologischen, wirtschaftlichen oder sozialgemeinschaftlichen Vorteil bringen. Der Verkauf der überschüssigen Energie ist zwar zulässig, darf aber nicht Haupt-

RECHTSTIPP

Prof. Dr. Michael Breitenfeld und Mag. Robert Ertl, Breitenfeld Rechtsanwälte GmbH & Co KG
» **www.kanzlei-breitenfeld.at**

zweck der Gemeinschaft sein. Da hauptsächlich der lokale Nahbereich versorgt werden soll, hat die Energiegemeinschaft einen Rechtsanspruch auf Nutzung der regionalen Mittel- bzw Niederspannungsleitungen (Netzebene 5 bis 7). Eine Nutzung der Ebenen 1 bis 4 ist allerdings nicht zulässig.

Als Nachteil der Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft kann der Verwaltungsaufwand angesehen werden. Insbesondere die Gründung der Gemeinschaft erfordert einen durchdachten Vertrag, der die besonderen Facetten wie einen möglichen Beitritt neuer Mitglieder und auch die Kostenverteilung berücksichtigt. Zusätzlich zu diesem Vertrag ist auch ein separater Netzzugangsvertrag mit dem Netzbetreiber abzuschließen. Es ist auch vertraglich zu regeln, wie mit dem überschüssig erzeugten Strom umgegangen werden soll. Hierzu besteht als Variante, dass die Gemeinschaft oder aber jedes einzelne Mitglied diesen Strom an den Netzbetreiber veräußert. Auch gilt es vorzusorgen für den Fall, dass die Energieerzeugungsanlage nicht ausreichend Energie produziert. Für derartige Fälle sollte ein entsprechender Stromliefervertrag als Back-up vereinbart werden.

VERSORGUNGSSICHERHEIT SCHAFFEN. Die Ausgestaltung einer Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft bedarf zwar eines erhöhten Aufwandes bei der Errichtung, allerdings bietet diese Form der Energieerzeugung langfristig viele Vorteile. Insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt zeigt sich, dass eine gewisse regionale Autarkie Versorgungssicherheit bietet.

Für Gemeinden sind derartige Projekte besonders relevant, da entweder die Gemeinde selbst als Mitglied einer Gemeinschaft beitritt oder einzelne Tochterunternehmen der Gemeinde gemeinsam eine Erneuerbare-Energie-Gemeinschaft bilden können. Hierzu wird beispielsweise auf die Stadtgemeinde Lilienfeld verwiesen, die auf ihren Schulgebäuden bzw. auf dem Sportplatz Photovoltaikanlagen betreibt. Damit werden die Schulen während der Schulzeit und in der Ferienzeit das örtliche Schwimmbad mit Energie versorgt.

Abschließend sei auch hervorgehoben, dass zahlreiche Fördermöglichkeiten für derartige Projekte bestehen, die sowohl den Anlauf unterstützen als auch laufend Prämien bzw. Vorzüge bei Netzgebühren bieten.

In Summe bieten Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften neben den ökologischen Aspekten auch wirtschaftliche Vorteile, die der Gemeinde und den Bewohnern zugutekommen. Daher sollten diese Möglichkeiten bei etwaigen strategischen Überlegungen der Gemeinde in Erwägung gezogen werden und könnten in Zukunft bei geplanten Bauvorhaben oder bereits bestehenden Anlagen berücksichtigt werden. ■

Achtung Waldbrandgefahr!
So verhalten Sie sich richtig:

bml.gv.at

1. Im Wald nicht rauchen.
2. Kein Feuer im Wald entzünden.
3. Vorsicht beim Umgang mit Brauchtumsfeuern und Feuerwerk.
4. Verbote bei Waldbrandgefahr beachten.
5. Waldbrände sofort der Feuerwehr (122) melden.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BML ILLUSTRATION: © BML/ZENZ

Bundesministerium
Land- und Forstwirtschaft,
Regionen und Wasserwirtschaft

Aufgrund des Klimawandels kommt es auch in Österreich immer häufiger zu Waldbränden. Allerdings werden 8 von 10 Bränden leider von Menschen ausgelöst. Daher hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft das „Aktionsprogramm Brennpunkt Wald“ erarbeitet. Es enthält 5 einfache Verhaltensregeln und zahlreiche Präventivmaßnahmen. Der Waldfonds stellt dafür 9,8 Millionen Euro bereit. Damit können zum Beispiel Löschteiche gebaut, spezielle Feuerwehrausrüstung angeschafft oder Drohnen angekauft werden. Selbst im Herbst ist die Gefahr noch hoch. Bitte beachten Sie daher die Regeln und beugen so Waldbränden vor.

Mehr Infos unter: www.bml.gv.at/waldbrand und www.waldfonds.at

Was kommt auf die Gemeinden 2023 zu?

Die Pandemie hat gezeigt, dass die kommunale Daseinsvorsorge funktioniert. Die Ver- und Entsorgung war gesichert, die Bildungseinrichtungen in den Kommunen in Betrieb, die Verkehrsinfrastruktur und -dienstleistungen waren und sind gewährleistet. Die Gebührenfinanzierung der Ver- und Entsorgung war in der Pandemie stabil. Wird dies auch in der aktuellen Krise mit steigenden Energiepreisen und Inflation möglich sein? Was kommt auf die Gemeinden zu?

VON PETER BIWALD, PHILIP PARZER

Für jene Bereiche, die stärker oder großteils steuerfinanziert sind, zeigte sich jedoch, dass sie mittel- bis langfristig krisenanfälliger sind. So haben 2020 mehr als 820 Mio. Euro an Ertragsanteilen und Kommunalsteuereinnahmen zur Finanzierung der Daseinsvorsorge gefehlt, die nur teilweise durch zusätzliche Transferzahlungen der Länder ausgeglichen wurden. Die Ausgaben in der Daseinsvorsorge sind weiter gestiegen, da der Betrieb aufrechterhalten werden musste (und konnte).

Auch wenn 2021 der Ausfall bei den Steuern wieder kompensiert werden konnte, und 2022 die Ertragsanteile um weitere 10 Prozent steigen werden, sind die Ausgaben in der steuerfinanzierten Daseinsvorsorge seit 2019 weiterhin stärker gestiegen als die verfügbaren Einnahmen.
Die durch die Pandemie entstandene Finanzierungslücke mag Ende 2022 geschlossen sein, es besteht nunmehr die Gefahr, dass eine neuerliche Lücke entstehen kann.

DIE KRISE BRINGT INFLATION UND STEIGENDE ENERGIEPREISE. Im heurigen Jahr wird die Inflation 8 bis 9 Prozent ausmachen, 2023 sind laut letzter WIFO-Prognose von Ende Juni 2022 weitere 5 Prozent zu erwarten. Der Baupreis-Index hat sich davon entkoppelt und liegt per Ende Juni 2022 bei 115 Prozent (Hoch- und Tiefbau) gegenüber 2020 (Quelle: Statistik Austria). D.h. die Baupreise sind somit stärker gestiegen als der Verbraucherpreis-Index.

Für viele Gemeinden stellt sich nun die Frage, was dies für das Jahr 2023 und die Voranschlagserstellung bedeuten wird. Vereinfacht gesagt, werden die **laufenden Ausgaben mit hoher Wahrscheinlichkeit stärker wachsen als die laufenden Einnahmen**. Aus heutiger Sicht kann von folgenden Entwicklungen ausgegangen werden, die als Orientierungswerte dienen. Der Personalaufwand wird abhängig von den Gehaltsabschlüssen für die Gemeindebediensteten um 6 bis 8 Prozent zunehmen. Der Material- und Betriebs-

Ruslan Mitin - Adobe Stock

aufwand wird um 11 bis 13 Prozent (gegenüber Voranschlag 2022) bzw. 5 bis 6 Prozent (gegenüber dem NVA 2022, wenn die Inflation 2022 bereits berücksichtigt wurde) steigen. Der Instandhaltungsaufwand kann um 10 bis 15 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2022 zunehmen. Die Energieausgaben können zwischen dem zwei- bis 10-fachen steigen. Dies ist abhängig wie lange die aktuellen Energieverträge noch laufen und von den konkreten Energie-Lieferanten der Gemeinde.

Die Sozialhilfe-Umlage sowie die Krankenanstaltenumlage wird voraussichtlich um 5 bis 8 Prozent zunehmen. (siehe umseitig Tabelle 1). »

Wir steuern auf schwierige Zeiten zu aber Kooperationen können den Gemeinden helfen.

Zinswende mit Chancen und Risiken für Kommunen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in ihrer Sitzung vom 8. September 2022 den Leitzinssatz aufgrund der anhaltend hohen Inflation im Euro-Raum um 0,75%-Pkte. angehoben.

Erst im Juli hatte die EZB mit einer ersten Anhebung die langjährige Nullzinspolitik beendet. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt somit aktuell bei 1,25%. Aus historischer Sicht war dies die stärkste Leitzinsanhebung der EZB seit 22 Jahren – die Geldmarktsätze hatten in den Tagen vor der EZB-Entscheidung diese Anhebung mehrheitlich eingepreist.
Aktuell wird von Marktteilnehmern erwartet, dass weitere Zinsschritte höchstwahrscheinlich noch 2022 (bevorstehende Zinsentscheide der EZB am 27.10. bzw. am 15.12.) und Anfang 2023 folgen.

PHILIPP DERGANZ

DIE BAWAG – IHR VERLÄSSLICHER FINANZPARTNER

Was bedeutet das sich aktuell verändernde Zinsumfeld für Österreichs Kommunen? Die Finanzierungskosten für Neuprojekte werden steigen, auch bestehende Darlehen mit variabler Kondition werden sich entsprechend der Entwicklung der Basisindikatoren verteuern. Schwierige und fordernde Zeiten verlangen nach einem verlässlichen Finanzpartner.

Die BAWAG verfügt über langjährige Erfahrung und Know-how im Bereich der Kommunalfinanzierung und im Zahlungsverkehr. Unsere BAWAG Finanz-Experten gehen gemeinsam mit unseren Kunden in persönlichen Gesprächen auf die jeweiligen Bedarfslagen ein und finden individuelle Lösungen – mit dem Ziel, aktuelle Chancen wahrzunehmen und potenzielle Risiken abzufedern.

Kommen Sie gerne auf uns zu und vereinbaren Sie schon jetzt einen Termin mit Ihrem BAWAG Finanz-Experten!

BAWAG

Mehr Infos

BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG
Wiedner Gürtel 11, 1100 Wien
Mail: peter.rauscher@bawag.at
Tel.: 43 5 99 05 43868

Promotion

Tabelle 1: Orientierungswerte für Voranschlag 2023 – Ausgabenseite

Personalaufwand	1 % Vorrückungstangente + 5-7 % Valorisierung Pensionierungen individuell berücksichtigen
Betriebs- und Materialaufwand	+11-13 % auf VA 2022 + 5-6 % auf NVA 2022
Treibstoffe	+ 100 % ggü. VA 2022
Instandhaltungen	+ 12-15 % auf VA 2022 abzüglich Mengenreduktion
Energie	3 bis 10-facher Wert von VA 2022 abzüglich Mengenreduktion abhängig von Vertrag und Lieferant
Transfers	Landesumlage minus 1-2% SH-Umlage + 5-8 % KA-Umlage + 5-8 %
Baukosten-Invest	2022 + 10-15 % ggü. 2021 2023 + 5-10 % ggü. 2022

Quelle: KDZ, Orientierungswerte zum Zeitpunkt Mitte September 2022

Tabelle 2: Orientierungswerte für Voranschlag 2023 – Einnahmenseite

Gemeindeeigene Steuern	+ 3-5 % ggü. VA 2022
Ertragsanteile	- 1-2 % ggü. NVA 2022
Gebühren	+ 6-7 % bei Valorisierung
Leistungs-, Mieterlöse	+ 3-5 %
Lfd. Transfereinnahmen	+ 3-5 %

Quelle: KDZ, Orientierungswerte zum Zeitpunkt 09/2022

Auf der Einnahmenseite ist folgende Entwicklung möglich bzw. wahrscheinlich. Die gemeindeeigenen Steuern können um 3 bis 5 Prozent steigen, aufgrund der inflationsbedingt höheren Lohnabschlüsse. Die Gebühren können um 6 bis 7 Prozent zunehmen, falls sie im Ausmaß der Inflation valorisiert werden. Die Ertragsanteile werden jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung 2023 um 1 bis 2 Prozentpunkte sinken (BMF-Prognose von Anfang Juli 2022) - siehe Tabelle 2.

In Summe bedeutet dies, dass die laufenden Ausgaben voraussichtlich um 10 bis 11 Prozent steigen werden (falls sich die Energiekosten verdreifachen) und die laufenden Einnahmen nur um 4 bis 5 Prozent zunehmen werden. Dies ergibt ein **Delta für den Saldo 1 von 6 bis 7 Prozent bzw. 1,0 bis 1,2 Mrd. Euro. (Gemeinden ohne Wien).** Dieser Betrag wird den Gemeinden 2023 für neue Vorhaben (z.B. Ausbau Kinderbetreuung und Nachmittagsbetreuung, Umstellung der Energieversorgung in Gemeindeobjekten, Klimaschutzmaßnahmen) fehlen. Die Anzahl der Abgangsgemeinden würde wieder deutlich ansteigen.

KONSOLIDIEREN DURCH KOOPERATION. Wie die finanziellen Prognosen zeigen, werden die Gemeinden zukünftig auch weiterhin den Fokus auf die Themen Konsolidierung, Effizienzsteigerung und nachhaltiges Investieren lenken müssen, um diese Entwicklungen zumindest teilweise abfedern zu können und sich „resilient“ für die Zukunft aufzustellen.

Ein möglicher Ansatz, der diese drei Dimensionen in sich vereint sind Gemeindekooperationen. Mit Gemeindekooperationen sollen nicht nur die Effizienz, sondern vielmehr auch die Qualität der Gemeindearbeit, die Dienste der Gemeinde und die Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger laufend verbessert werden. Ziel von guten Gemeindekooperationen ist es, neben Qualitätssteigerungen im Bürgerservice, auch Kosteneinsparungen durch Kostenteilung zwischen den Gemeinden, sowie Effizienzsteigerungen durch einen höheren Spezialisierungsgrad zu realisieren.

Darüber hinaus leisten Infrastrukturkooperationen (wie z.B. gemeinsamer Betrieb eines Bauhofes, Freibades, Sportanlagen etc.) einen wesentlichen Nachhaltigkeitsbeitrag, indem die gemeinsame Errichtung, der Betrieb und die Nutzung kostenintensiver Infrastruktur auch die Umwelt entlastet. Nicht viele Standorte und Angebote nebeneinander, sondern ein Angebot in der Region, das von allen Gemeinden und BürgerInnen gleichberechtigt genutzt wird.

Ziel von Gemeindekooperationen ist es natürlich auch ein optimales Kosten-/Nutzenverhältnis zu realisieren. Denn in Zeiten, wo es „enger“ wird und sich vor allem die Schwerpunkte und Aufgaben der Gemeinden verschieben, gilt es auch zwischen den Gemeinden zusammenzurücken, um gemeinsam große Dinge zu bewegen.

Der Kreativität sind dabei dem Kooperationsgedanken folgend keine „Grenzen“ gesetzt. So zeigt sich auch in Österreich ein buntes Bild an Kooperationsinitiativen. Von eher losen und informellen Kooperationen wie zum Beispiel

- anlassbezogene Abstimmung der Gemeinden in Kleinregionen (z.B. Veranstaltungswesen, Kindergartenbus, Radwegekonzepte, Betriebsansiedelung, Soziales, Jugendarbeit etc.) und »

Städte und Gemeinden als Organisatoren der Energiewende

Bei der Gründung nachhaltiger Energiegenossenschaften müssen Betriebe und Bürger einer Region an einen Tisch geholt werden. Die Kommunen sind für diese Koordinierungsfunktion wie geschaffen. Allerdings benötigen sie dafür Know-how aus mehreren Disziplinen. Die Volksbanken bieten gemeinsam mit ÖGV und PowerSolution umfassende Beratung an.

Fossile Energieträger sind teuer, zunehmend verpönt und das Angebot ist knapp. Zusätzlicher Handlungsdruck für die Bevölkerung entsteht durch immer strengere gesetzliche Vorgaben auf nationaler und europäischer Ebene. Bei der Umstellung auf erneuerbare Energien müssen allerdings zuerst zahlreiche Fragen geklärt werden: Welche Finanzierungsmöglichkeiten es gibt, welche Förderungen, welche Technologien oder welche Gesellschaftsformen für „Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften" (EEG) ideal sind. Bei der Beratung ist daher Know-how aus den unterschiedlichsten Disziplinen gefragt. Aus diesem Grund haben sich die Volksbanken mit dem Österreichischen Genossenschaftsverband (ÖGV) und der PowerSolution Energieberatung GmbH zusammengetan. Die drei Partnerorganisationen treten unter anderem bei Informationsveranstaltungen auf, bieten aber auch individuelle Termine in den Städten und Gemeinden in ganz Österreich an.

VERONIKA STEINBERGER / LAGOTA WERBEAGENTUR

Stehen den Städten und Gemeinden mit Rat und Tat zur Seite (v.l.n.r.): Roland Kuras (PowerSolution), Monika Tögel (Volksbank), Robert Walenta (Volksbank), Barbara Pogacar (ÖGV)

KOORDINATIONSROLLE VON STÄDTEN UND GEMEINDEN

Als äußerst effektiv hat sich die Gründung von Erneuerbaren Energiegenossenschaften erwiesen, wie Robert Walenta, stellvertretender Leiter Unternehmens- und Immobilienfinanzierung in der VOLKSBANK WIEN AG, erklärt: „Die einen Mitglieder haben zum Beispiel eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und speisen den Stromüberschuss ins lokale Netz der EEG ein. Andere Mitglieder können als Bezieher von diesem regional und nachhaltig erzeugtem Strom profitieren. Allerdings braucht es jemand, der die Gründung initiiert und die Bürger und lokalen Unternehmen an einen Tisch holt. Und hier können Städte und Gemeinden eine wichtige Koordinierungsfunktion übernehmen."

In Niederösterreich ergriff beispielsweise die Gemeinde Tattendorf die Initiative, in Wien hat Grätzl Energie Pionierarbeit geleistet. „Wir stoßen bei unseren Besuchen in den Städten und Gemeinden auf zunehmendes Interesse und sind sehr zuversichtlich, dass noch etliche weitere Projekte folgen werden", erläutert Walenta. Gerald Fleischmann, Generaldirektor der VOLKSBANK WIEN AG und Sprecher des Volksbanken-Verbundes, ist von den zahlreichen Vorteilen des Genossenschaftsmodells überzeugt: „Als Volksbanken sind wir selbst genossenschaftlich organisiert und sind daher sehr zuversichtlich, dass dieses Modell des kooperativen Wirtschaftens auch ausgezeichnet für die Umsetzung von Energieprojekten auf kommunaler Ebene geeignet ist."

UNTERSTÜTZUNG UND SERVICE

Die Gründungsberatung für die Energiegenossenschaften erfolgt duch den ÖGV. Der Verband unterstützt bei der Erstellung der Satzung, der Vorbereitung der Gründungsunterlagen bis hin zu den Firmenbucheintragungen. Als Service wird aber auch die Auslagerung der Mitgliederverwaltung und der Buchhaltung angeboten und eine externe Revision. Diese externe Kontrolle gewährleistet eine ordentliche Finanzgebarung zum Vorteil der jeweiligen Genossenschaftsmitglieder. In Frage kommen alle möglichen erneuerbaren Energiebereiche, angefangen von Photovoltaik-Anlagen, E-Speichern, bis hin zu Ladestationen. Das Wiener Unternehmen PowerSolution übernimmt die technischen Analysen, erstellt Umsetzungskonzepte und sorgt für die Umsetzung nachhaltiger Energieanlagen.

Die regionalen Volksbanken sorgen als Finanzierungspartner der Unternehmen, Privatpersonen und Energiegemeinschaften für die Bereitstellung sämtlicher Bankprodukte, wie beispielsweise der Kontoführung und dem Zahlungsverkehr, aber auch der Versicherung der Anlagen. Die Projekte werden entweder direkt finanziert oder in einer Contractinglösung gemeinsam mit PowerSolution.

Kontaktbox

Robert Walenta
stv. Leiter. Unternehmens- u. Immobilienfinanzierung – VOLKSBANK WIEN AG
Telefon: +43 1 40137 - 5474
E-Mail: robert.walenta@volksbankwien.at

Barbara Pogacar
Leitung Gründungsservice, Leitung Beratung Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften – Österreichischer Genossenschaftsverband
Telefon: +43 1 313 28 - 420
b.pogacar@genossenschaftsverband.at

Roland Kuras
Geschäftsführung
PowerSolution Energieberatung GmbH
Telefon: +43 1 895 79 32
r.kuras@power-solution.eu

Dies ist eine Marketingmitteilung und kein Angebot, keine Beratung und keine Risikoaufklärung. Nähere Informationen zur Volksbank finden Sie unter www.volksbank.at bzw. unter www.volksbank.at/nachhaltigkeit.

VOLKSBANK

Promotion

www.volksbank.at

- gemeinsame Projektinitiativen (z.B. gemeindeübergreifende Kinderbetreuung, Beschaffung, Betriebsansiedelung etc.)

bis hin zu strukturierten und klar organisierten Organisationsformen, die im Rahmen von Verwaltungsgemeinschaften oder Gemeindeverbänden abgewickelt werden, wie zum Beispiel

- Bau- und Wirtschaftshöfe – gemeinsame Organisation und Durchführung wichtiger kommunaler Infrastrukturleistungen wie z.B. Grünflächenpflege, Straßeninstandhaltung, Betreuung des Wassernetzes etc. bis hin zu einer gemeinsamen Bauhoflösung mit gemeinsamer Betriebsorganisation, Standort, Fuhrpark und Gerätschaften,

- Abgabenverwaltung – Zusammenschluss zu einem Abgabenverband zur zentralen Einhebung der Hausbesitzabgaben (Wasser, Kanal, Grundsteuer), Integration der Abgabenverwaltung in bestehende Verbandsstrukturen (z.B. Abfallwirtschaftsverbände),

- Bauverwaltung – Beratung der BauwerberInnen, Bausprechtage, Bearbeitung von behördlichen Genehmigungen, Sachverständigenleistungen etc.,

- Personalmanagement – gemeinsame Abwicklung der Personalverrechnung, Personalsuche und Ausschreibungen, Aus- und Weiterbildung etc.,

- Standesamtsverwaltung (Standesamtsverbänden) – gemeinsame Abwicklung klassischer Standesamtsagenden wie z. B. Ausstellung von Urkunden, Staatsbürgerschaftsnachweisen, Namensänderungen etc.,

- Musikschulen – gemeinsame Organisation des Musikschulunterrichts in der Region

- Kooperationen bei komplexen und Know-how-intensiven Aufgabenstellungen wie z.B. Baumkataster, Spielgeräteüberprüfungen, Datenschutzbeauftragte, Sicherheitsbegehungen, IT-Dienstleistungen etc.

Die Vorteile von Gemeindekooperationen sind vielschichtig und werden vor allem in folgenden Bereichen sichtbar:

- Auslastungssteigerung – geringerer Investitionsbedarf durch optimale Auslastung bestehender Gerätschaften und Fahrzeuge (z.B. gemeinsame Nutzung Kehrmaschine, Böschungsmähgerät etc.).

- Spezialisierung – Freiwerden von personellen Kapazitäten durch Leistungskonzentration. Beispielsweise können durch eine Zusammenführung von wichtigen und weitgehend standardisierbaren Verwaltungsleistungen (z.B. Personalverrechnung, Ausstellung von Urkunden, Bearbeiten von Bauanträgen etc.) Personalstunden für andere Tätigkeiten freigespielt werden.

- Kostenteilung – gerade bei kapitalintensiven Vorhaben wie der Errichtung eines Bauhofes, Sport- und Freizeitanlagen lohnt es sich die Region in den Fokus zu nehmen und sich gemeinsam die Frage zu stellen, ob sich für jede Gemeinde noch ein eigener Standort lohnt?

- Qualitätssicherung – gemeinsame Beratungsarbeit, Abwicklung des Winterdienstes etc. sichern gleiche Rahmenbedingungen und Services für BürgerInnen und Wirtschaft in der Region.

- Anschubfinanzierung – einige Bundesländer unterstützen hier durch spezielle Förderschienen die Kooperationsinitiativen der Gemeinden beispielsweise in Form von Projektfinanzierung und Investitionskostenbeteiligungen.

Ein weiterer konsequenter Schritt sollte in der Nutzung bestehender kommunaler Verbandsstrukturen und deren Weiterentwicklung zu „Kommunalen Dienstleistungszentren“ liegen, um hier Synergien bestmöglich zu nutzen. Dies spart Errichtungs- und Verwaltungskosten und kann die Gemeinden von zeit- und Know-how-intensiver Verwaltungsarbeit weiter entlasten.

Gut funktionierende Gemeindekooperationen bauen auf einem gemeinsamen Verständnis und einer guten Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung auf. So zeigt sich in der Praxis, dass erfolgreiche Kooperationen neben der Aufbereitung der notwendigen Planungs- und Entscheidungsgrundlagen vor allem eine gemeinsame Vision, eine starke und konstruktive Zusammenarbeit der BürgermeisterInnen, Gemeinden und all jener, die die Kooperation in die Umsetzung führen, braucht.

Die Experten des KDZ unterstützen Sie gerne bei der Haushaltskonsolidierung sowie Kooperationen. Nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

E-Mail: institut@kdz.or.at
Tel.: +43 1 8923492 ■

Kontakt

Mag. Peter Biwald
E-Mail: biwald@kdz.or.at
Tel.: +43 1 892 3492 15

Mag. Philip Parzer, MSc
E-Mail: parzer@kdz.or.at
Tel.: +43 1 892 3492 10

Infrastruktur ante portas

Der Stellenwert der Infrastruktur ist gerade in herausfordernden Zeiten ein sehr hoher. In Zeiten von Klimawandel, Energiekrisen, Pandemien und geostrategischen Auseinandersetzungen wird noch mehr bewusst, was eine intakte Infrastruktur zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Alltags bedeutet.

Der Umstieg auf nachhaltige Energieträger, die Erhöhung von Netzkapazitäten, die Modernisierung der Mobilität sind tragende Säulen unserer Zukunft. Wenn wir noch die Kurve kriegen wollen, müssen wir diese Themen jetzt angehen und Hemmschwellen überwinden. Geld ist vorhanden: Nutzen wir privates Kapital als Beschleuniger für mehr Nachhaltigkeit! Und lösen wir uns von langwierigen und schwerfälligen Genehmigungsverfahren.

ZEITENWENDE EINGELÄUTET. Othmar Karas, erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, unterstrich im Rahmen der diesjährigen KOMMUNALEN SOMMERGESPRÄCHE der Kommunalkredit Austria und des Österreichischen Gemeindebundes die Herausforderungen: „All diese Veränderungen, die aktuell sichtbar sind, waren in dieser Form nicht vorherzusehen und haben eine neue Epoche der Kommunalpolitik, der Regionalpolitik, der europäischen und der gesamten Weltpolitik eingeleitet und prägen seitdem unseren Alltag."

Österreichs Gemeinden haben die Herausforderungen der letzten Jahre gut bewältigt. Diese waren mannigfaltig und haben die Managementkapazitäten der Gemeinden und ihre Resilienz unterstrichen. Ein wichtiges Merkmal dabei war sicherlich die gute Abstimmung mit Bund und Ländern sowie deren Verständnis und Unterstützung bei Themen, Aufgaben und letztendlich auch Kosten, die auf kommunaler Ebene entstanden sind.

Mit den kommunalen Investitionspaketen wurden für elementare Infrastrukturmaßnahmen vorausschauend wirtschaftsstimulierende Maßnahmen gesetzt.

SCHRITTE JETZT SETZEN. Die aktuell großen Themen liegen auf der Hand: Daseinsvorsorge, Energiewende, Sicherheit. Die Klimaveränderung und die Energiepreisthematik stellen jeden von uns vor die Situation, rasch, aber auch gut geplant und durchdacht zu handeln. Viele Städte und Gemeinden arbeiten daran, ihre Energiesysteme umzustellen, Energie zu sparen und ihre Photovoltaik-Potenziale auszuschöpfen. Energieautarkie gilt als mittelfristiges Ziel. Grüner Wasserstoff, E-Ladestationen, Speicherinfrastruktur gewinnen an Relevanz. Dazu kommt der verstärkte Breitbandausbau zur Abdeckung des gestiegenen Bedarfs an Home Office und Distance Learning.

Die Kommunalkredit ist in all diesen Bereichen tätig. So forciert sie über ihre Tochtergesellschaft PeakSun (ein Joint Venture mit der eww Anlagentechnik) die Energieunabhängigkeit auf kommunaler Ebene via Contracting-Lösungen für Unternehmen. Durch die Schaffung von Energiegemeinschaften ist eine Nutzung der so erzeugten erneuerbaren Energien sinnvoll und nachhaltig wirtschaftlich.

Die Wetterkapriolen rücken zudem das Thema Wasserwirtschaft wieder zusehends in den Fokus. Hier ist die Kommunalkredit aktiv, insbesondere im Bereich der Hochwasserschutzmaßnahmen ein Lösungsmodell anzubieten, welches den Gemeinden einen rascheren Ausbau ermöglicht. So kann volkswirtschaftlich betrachtet größerer Schaden vermieden werden, was auch im Interesse der Versicherungswirtschaft steht.

Andreas Kettenhuber, Senior Sales Manager Infrastruktur & Public Finance Austria, Kommunalkredit Austria AG

Der Herbst läutet wieder die intensive Budgetierungsphase in den Gemeinden ein. Da werden die höheren Energiepreise und steigenden Zinsen markant ins Gewicht fallen. Mut zur Innovation und ein Bekenntnis zur Infrastruktur wirken sich nicht nur positiv auf das Klima und die Bürgerinnen und Bürger aus. Dies wird auch mittel- bis langfristig zu einer Stabilität im Gemeindebudget beitragen. ■

Weitere Infos

Andreas Kettenhuber
a.kettenhuber@kommunalkredit.at
+43 1 31631-170

Einfach, digital, sicher

Lebensqualität für Bürger, optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, Chancen für die Jugend, Wohlfühloase für Gäste. Die Aufgaben von Österreichs Gemeinden sind vielfältig, ebenso die Zuständigkeiten. TÜV AUSTRIA hilft die Übersicht zu bewahren.

Das Rathaus ist nicht nur Arbeitsplatz des Bürgermeisters und der Amtsleitung, es beherbergt auch die Filiale einer Bank und die Polizeiinspektion. Wer ist eigentlich dafür verantwortlich, dass die Klimaanlage technisch in Ordnung ist, dass die Heizungsanlage den aktuellen emissionstechnischen Vorschriften entspricht? Prüft die örtliche Feuerwehr nur ihre eigenen Feuerlöscher, oder auch jene in den Schulen und in der Parkgarage? Bei Spielplätzen, beim Brunnen am Hauptplatz und bei einer Raststätte an einem Wanderweg gibt es Wasserentnahmestellen. Wer ist verantwortlich für Trinkwasserhygiene? Im Wertstoffsammelzentrum steht eine Kartonagenpresse. Ist für deren regelmäßige Überprüfung der Platzmeister oder doch der Aufsteller der Anlage zuständig?

TÜV AUSTRIA Sachverständiger Andreas Schnitzer kennt diese Fragen zu Genüge. Seit vielen Jahren begleitet er Gemeinden in allen Bereichen der technischen Sicherheit. Seine Erfahrungen: „Alle Verantwortlichen verbindet das Ziel einer lebenswerten, lebendigen Gemeinde. Ähnlich einem Unternehmen gibt es klarerweise auch in Gemeinden Zuständigkeiten. Oftmals sind jedoch die Kompetenzverteilungen nicht so leicht auszumachen, beziehungsweise gibt es zahlreiche Überschneidungen."

» TAMI BEHÄLT ALLES, WAS WICHTIG IST, IM ÜBERBLICK. JEDERZEIT, MIT EINEM KLICK! «

TÜV AUSTRIA Sachverständiger Andreas Schnitzer

Wie kann TÜV AUSTRIA hier unterstützen? Andreas Schnitzer: „Gemeinsam mit allen in und für die Gemeinde verantwortlichen Personen helfen wir mit Zuständigkeiten zu klären, unterstützen dabei, was wann und nach welchem Regelwerk geprüft werden muss, wo bereits Dokumentationen liegen – und wie aktuell diese sind –, arbeiten unterschiedliche Sachverhalte auf und vieles mehr."

DATEN, INFORMATIONEN, SICHERHEIT MIT EINEM KLICK. TÜV AUSTRIA hat dafür den Online-Assistenten tami entwickelt, der Gemeinden auf die sprichwörtlich „sichere Seite" bringt. Schnitzer: „tami behält alles, was wichtig ist, im Überblick. Jederzeit, mit einem Klick."

Excel-Listen schaffen das nicht? „Die gute alte Excel-Liste hat ausgedient. Es gibt sie zwar überall, nur führt deren Informationen niemand zusammen." tami ist das perfekte Tool zur Erfassung von Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen mit entsprechenden Erinnerungen an Prüftermine, Archivierung von Prüfberichten und sämtlichen mit einem Gebäude, einer Anlage oder Einrichtung verbundenen Informationen bzw. Verweisen auf aktuelle rechtliche Grundlagen.

MEHR ALS KOMPETENTER PRÜFPARTNER. TÜV AUSTRIA steht Gemeinden mit vernetzten Dienstleistungen aus Technik, Sicherheit, Umwelt, Qualität und Recht zur Seite. Stefan Pfefferer, Bereichsleiter Real Estate Management, betont, dass bei den maßgeschneiderten Dienstleistungen neben Sicherheit und Qualität immer die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stünde.

„Wir begleiten von den ersten Überlegungen zu Projekten bis zur Realisierung und den laufenden Betrieb." Gleiches gelte auch für Sanierungen, Um- oder Zubauten, für Sicherheit und Hygiene in öffentlichen Gebäuden und Freizeiteinrichtungen. TÜV AUSTRIA liefert Support bei Windpark- oder Photovoltaikprojekten, bietet E-Mobility-Konzepte, begleitet beim Umstieg auf ökologisch vernünftige Heizsysteme – Stichwort „raus aus Öl und Gas".

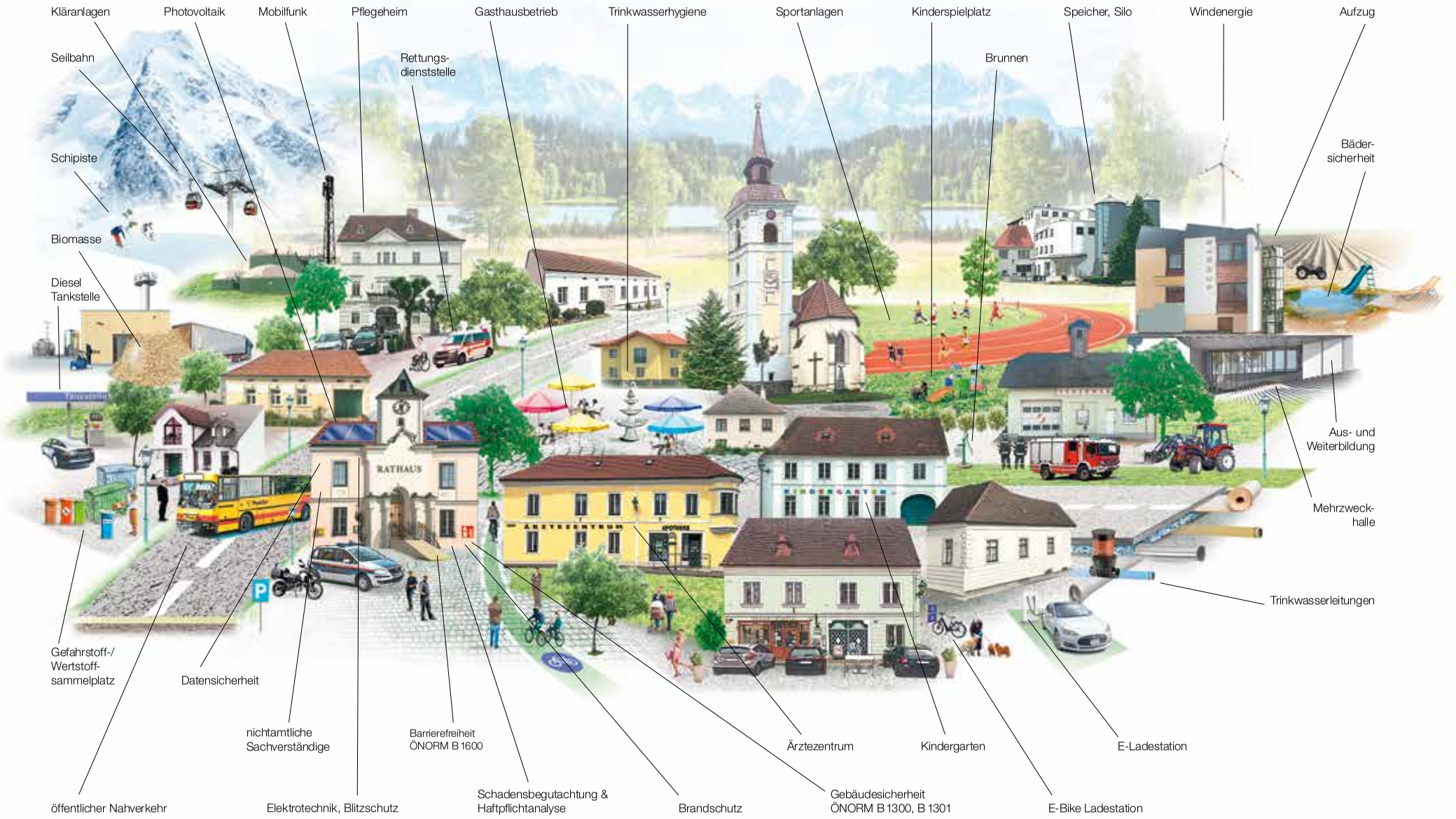
Zur vorausschauenden Planung – und gleichzeitiger Risikominimierung – gehört auch die Blackout-Vorsorge. TÜV AUSTRIA erarbeitet mit und für Gemeinden, gemeindeeigene Betriebe und Institutionen individuelle Vorbereitungs- und Vorsorgekonzepte.

Dazu kommen eigens konzipierte Übungen, die mithelfen sollen, einen Blackout ohne große Schäden zu überstehen. Stefan Pfefferer: „Damit nichts passiert, wenn einmal das Licht ausgeht." ■

Weitere Infos

» **tuvaustria.com/gemeinde/**

Gemeinden mit Sicherheit und Qualität



(C) TÜV AUSTRIA Group
tuvaustria.com/gemeinde

ZENTRUM FÜR VERWALTUNGS FORSCHUNG KDZ

Kompetenzzentrum für den öffentlichen Sektor
Forschung · Beratung · Weiterbildung

www.kdz.or.at

Das CAF-Gütesiegel

Auszeichnung für exzellente und innovative öffentliche Verwaltungen

CAF-ZERTIFIZIERTE ORGANISATIONEN SEIT 2019:

Gemeindeverband für Abfallwirtschaft im Raum Schwechat
Landesrechnungshof Kärnten
Lebenshilfe Ennstal
Lebenshilfe Bruck-Kapfenberg
Lebenshilfe Leoben
Landesrechnungshof Niederösterreich
Stadtgemeinde Pressbaum
Marktgemeinde Lassee
E-Learning-Center der Sicherheitsakademie im Bundesministerium für Inneres (BMI)
Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt-Land
Marktgemeinde Zwentendorf
Landesrechnungshof Steiermark
Bezirkshauptmannschaft Rohrbach
Studienbeihilfebehörde

SIE WOLLEN SICH ZUM THEMA CAF INFORMIEREN?
Besuchen Sie das Webinar CAF 2020 – Der neue Standard für gutes Management und Qualität in öffentlichen Verwaltungen

Anmeldung und weitere Informationen:
www.kdz.eu/de/seminare/21846o2btm22

www.caf-zentrum.at

CAF steht für **Common Assessment Framework und ist der Europäische Leitfaden für Good Governance und exzellente Organisationen des öffentlichen Sektors**. Das Ziel des CAF ist die Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung in Richtung Good Governance.

Kontakt:
KDZ · Zentrum für Verwaltungsforschung
Guglgasse 13 · A-1110 Wien
Tel.: +43 1 892 34 92 · E-Mail: institut@kdz.or.at

Zinsmonitoring

Kommunalfinanzierung mit neuem Zusatzmodul „Marktmonitoring“ bei FRC

Die aktuellen Zinserhöhungen der EZB machen das Zinsänderungsrisiko transparent. Bekanntlich hat die EZB im Juli und September 2022 in zwei Schritten den Leitzins von 0 % auf 1,25 % erhöht. Diese Maßnahmen dienen zur Bekämpfung der hohen Inflation.

Damit entfällt zwar die Verrechnung von Verwahrentgelten, die Zinsaufwendungen der Gemeinden werden jedoch steigen. Der nächste Zinsentscheid der EZB ist für Ende Oktober 2022 angesetzt und es könnten im laufenden Jahr durchaus noch zwei Zinsschritte kommen.

Hoffentlich kommen wir hier nicht von der Inflation zur Rezession. Aus unserer Sicht führt die Zinserhöhung zwar zu einer Eindämmung der Inflation, aber auch zu einer Eindämmung der Wirtschaft. Wir werden sehen, was kommt und was so ein Szenario auch für die langfristigen Kapitalmarktzinsen (SWAP-Sätze) bringen wird. Die Zinslandschaft bleibt somit volatil, auch am langen Ende und die Zinskurve könnte wieder flacher werden. Soll ich den Zinssatz nun fixieren und zu welchem Zeitpunkt?

Wir schätzen, dass weiterhin die Mehrzahl der Gemeinden auf eine variable Verzinsung setzt. Aber wann ist der richtige Zeitpunkt für eine Zinssatzfixierung? Gerade bei der kommunalen Mittelbeschaffung stellt die Transparenz einen wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Gleichzeitig wird es für die Entscheidungsträger laufend schwieriger, sich einen Überblick über aktuelle Marktentwicklungen zu verschaffen.

Je größer die Unbekannten für die Banken sind, desto höher fällt der Aufschlag auf den Referenzsatz und somit der absolute Zinssatz aus. Das trifft sowohl bei Angeboten mit variabler als auch mit fixer Verzinsung zu. Aus diesem Grund bedarf jede Kreditentscheidung einer sorgfältigen Vorbereitung und exakten Abwicklung. Neben den Zinssätzen ist dabei auch die vertragliche Umsetzung entscheidend.

Unsere Produktmodule, die Sie bei all diesen Fragen unterstützen, gestalten sich wie folgt. Eine modulare Buchung ist gewährleistet.

MODUL AUSSCHREIBUNGEN.

- Erarbeitung der Finanzierungseckdaten
- Platzierung der Ausschreibungen
- Laufende Kommunikation
- Ermittlung des Bestbieters
- Berichterstattung und Vergabeempfehlung
- Vertragsprüfung auf Ausschreibungs- und Angebotskonformität

NEU - ZUSATZMODUL MARKTMONITORING. So können Sie Ihre Finanzierung auch nach dem Zuschlag in Bezug auf eine kurzfristig geplante Konkretisierung oder Fixierung fit machen. Dabei erfolgt eine Beobachtung der Marktlage inklusive der relevanten Zinsindikatoren sowie eine Berichterstattung zur Marktentwicklung.

Wichtig für viele Gemeinden ist, dass der Prozess der Kreditaufnahme auch persönlich begleitet wird. Dabei spielen Themen wie unterschiedliche Ausnutzungszeitpunkte, tilgungsfreie Perioden, lange Laufzeiten, verminderte Anfangsannuitäten und spezielle Vertragsklauseln eine wesentliche Rolle. Unsere Financial Consultants verfügen dazu über langjährige Erfahrung.

Nach Abschluss der Ausschreibung kann die neue Finanzierung in unser Modul LAUFENDES PORTFOLIOMANAGEMENT übergeführt werden.

- Überprüfung der Finanzierungsverträge
- Analyseberichte und Optimierungsvorschläge inkl. Besprechung
- Umsetzung der Optimierungen
- Übernahme von Bankgesprächen
- Laufendes Reporting
- Entwicklung von Finanzierungskonzepten

Mit diesen Modulen ausgestattet sind Sie als Gemeindeverantwortliche von allen operativen Tätigkeiten befreit und müssen ausschließlich die Beschlussfassungen herbeiführen. Zusammen mit dem FRC Pooling-Effekt sind attraktivere Angebote und eine regelmäßige Dokumentation für Ihr gesamtes Finanzierungsportfolio gewährleistet. ■

GASTBEITRAG

Autoren: Mag. Heinz Hofstaetter und Werner Lehner

Mag. Heinz Hofstaetter
3100 St. Pölten, Birkengasse 53
und **Werner Lehner**
7000 Eisenstadt, Bergstraße 10

Geschäftsführer der
FRC – Finance & Risk Consult GmbH

Tel.: +43 5 1722
E-Mail: support@frc.at
» **www.frc.at** oder **https://onair.frc.at**

Sicherer Zugang zu öffentlichen Gebäuden

Im Bereich der Zutrittssysteme bietet die Digitalisierung für Verwaltungsgebäude wie beispielsweise Gemeindeämter, Schulen, Krankenhäuser, Vereine aber auch soziale Einrichtungen neue und verbesserte Möglichkeiten.

VON ERIKA HOFBAUER

Für Gemeinden gibt es grundsätzlich zwei Sicherheits-Bedürfnisse, die noch immer einen Trend darstellen: Erstens die Gewissheit, dass die gesamte Schließanlage sicher ist und keine Schlüssel unkontrolliert im Umlauf sind, und zweitens die Sicherheit, dass nur berechtigte Personen zu vorgegebenen Räumen oder Bereichen Zutritt haben. Und genau diese beiden Aspekte decken digitale Zutrittssysteme umfangreich ab." Das meint Johann Notbauer, Konzernbereichsleiter Marktinnovation & Technologie bei der EVVA Sicherheitstechnologie GmbH. Für Gebäude im öffentlichen Bereich gibt es oftmals noch spezielle Anforderungen, wie beispielsweise in Schulen an die Klassen-Türen, oder in Krankenhäusern aufgrund besonderer Hygienevorschriften. Weiters sind für öffentliche Gebäude auch zusätzliche Gesetze und Vorschriften zu berücksichtigen, wie Barrierefreiheit oder strengere Energieklassen, oder auch spezielle technische Anforderungen, wie im Bereich der sozialen Einrichtungen.

EVVA

„Gerade im Bereich der sozialen Einrichtungen verzeichnen wir verstärkt Anfragen im Zusammenhang mit betreutem Wohnen, denn Hilfsdienste und ihre Pfleger, aber auch Notfalldienste wie Rettung oder Ärzte, müssen problemlos Zugang zur Wohnung oder zum Haus haben", erklärt Notbauer. Wichtig sei dabei, dass nach Beendigung der Pflege die Wohnung oder das Haus wieder in den ursprünglichen Zustand der Sicherheit zurückgebracht werden kann – ohne Angst zu haben, dass noch Schlüssel im Umlauf sind.

SICHERHEITSLÖSUNGEN. Öffentliche und teilweise öffentliche Gebäude benötigten komfortable und leistungsstarke Sicherheitslösungen. Zugänge sollten pragmatisch auch per Schlüsselanhänger oder Karte oder auch per App am Smartphone möglich gemacht werden können, so der EVVA-Experte weiter. Die Möglichkeit der Protokollierung und der sicheren Datenverwaltung sind weitere Kriterien. „Mit den digitalen Schließsystemen Xesar und AirKey bieten wir vor allem auch für Gemeinden jene Lösung, die in Abhängigkeit von der Nutzung des Objekts flexibel anzuwenden ist. Wie beispielsweise in der Gemeinde Marchegg: dort regelt AirKey auf mittlerweile bewährte Art und Weise nicht nur den Zutritt zum Amtshaus, sondern auch zum Bauhof, zur Schule, zu gleich vier Kindergärten, zur Feuerwehr und auch den Zutritt zum errichteten Wasserdienst-Haus." Aufgrund dieser Vorteile rüsten zahlreiche Gemeinden derzeit auf Xesar und AirKey um, berichtet Notbauer weiter: „Die AirKey-Funktion wie beispielsweise „Send a Key" versendet die Registrierung einfach online an ein beliebiges Smartphone. Die berechtigte Person erhält eine SMS und kann einfach und sicher mittels End-to-end-Verschlüsselung eintreten. Das ist also keine Zukunftsvision mehr, sondern Realität." Doch nicht nur „Send a Key" erleichtert neben den bestehenden Funktionen Zutritte, so Notbauer weiter: „Neu hinzugekommen ist auch „Geo-Tagging". Dabei weiß das Smartphone, wo sich die Komponenten der Schließanlage befinden, die Navigations-App weist dann den Weg. Das ist besonders nützlich, wenn Personen temporär Zutritt erhalten und sich erst zurechtfinden müssen." Digitalisierung biete eben auch im Alltag von Schließzylinder und Schlüssel viele neue und sinnvolle Möglichkeiten, ist EVVA-Manager Notbauer überzeugt.

» DIGITALISIERUNG BIETET EBEN AUCH IM ALLTAG VIELE NEUE UND SINNVOLLE MÖGLICHKEITEN." «

Johann Notbauer,
Konzernbereichsleiter Marktinnovation & Technologie
EVVA Sicherheitstechnologie GmbH

BEISPIEL 1: LANDESPFLEGEHEIM HAINFELD. Die Entscheidung bei diesem Projekt fiel auf das mechanische Schließ-

HAINFELD

Das Landespflegeheim Hainfeld (NÖ) wurde mit einer kombinierten Schließanlage mit Xesar und 4KS gesichert.

system 4KS in Kombination mit dem elektronischen Zutrittssystem Xesar. Das Landespflegeheim möchte, dass sich seine Bewohner wohl fühlen. Mit dem Schließsystem 4KS wird dieser Komfort unterstützt, da das federlose System ein einfaches Anstecken des Schlüssels zulässt. Die Erweiterbarkeit des Schließsystems sowie die Komplexität der Schließanlage erlaubt 4KS ebenfalls, denn weitere Bauteile sind in Planung. Schon während der Bauphase wurde entschieden, die Außenhaut des Gebäudes und wichtige Türen mit einer elektronischen Schließanlage auszustatten. Xesar wurde hier als passendes Produkt ausgewählt. Somit ist die Flexibilität von Berechtigungsänderungen gegeben. Schlüsselverlust von Hauseingangstüren spielen nun keine Rolle mehr. Auch die Medikamentenaufbewahrung wurde mit Xesar ausgestattet, damit die notwendige Protokollierung dieses sensiblen Bereichs gegeben ist.

BEISPIEL 2: GEMEINDE MARCHEGG SETZT SYSTEM AIRKEY EIN. AirKey regelt nicht nur den Zutritt zum Amtshaus in Marchegg, sondern auch zum Bauhof, zur Schule, zu gleich vier Kindergärten und zur Feuerwehr. Gesichert wird auch das neu errichtete Wasserdienst-Haus, in dem der Feuerwehrnachwuchs für die Rettung ausgebildet und bereits erfahrene Feuerwehrleute in Weiterbildungskursen ihr Praxiswissen vertiefen können. Marchegg ist eine Gemeinde mit rund 3.000 Einwohnern im Bezirk Gänserndorf in Niederösterreich. Die erste Zusammenarbeit zwischen EVVA (über Elektronik-Partner FAXE) und der Gemeinde Marchegg erfolgte 2009, als die Ausschreibung für die Absicherung der Feuerwehr mit AirKey gewonnen wurde. Zunächst war es aufgrund der zahlreichen Schlüsselverluste über die Jahre nur ein AirKey-Zylinder, der den Haupteingang der Feuerwehr sichern sollte. Dank der kostenfreien Onlineverwaltung und der einfachen Handhabung von AirKey wurden aus einem Zylinder nun insgesamt fünf. Im Zuge dieser Zusammenarbeit wurde mit der Ausstattung von insgesamt neun weiteren Gebäuden begonnen. Das Amtshaus der Gemeinde Marchegg, der Bahnhof, vier Kindergärten, die Volksschule, die Neue Mittelschule Marchegg und zu guter Letzt auch noch das historischste aller Gebäude in der Umgebung: das Schloss Marchegg. Die öffentlichen bzw. teilweise öffentlichen Gebäude in Marchegg haben besondere Anforderungen: Einerseits müssen die Zugänge per Schlüsselanhänger, Karte oder auch per App am Smartphone möglich gemacht werden. Dazu kommt auch die Möglichkeit der Protokollierung und die sichere Datenverwaltung im Rechenzentrum von EVVA. Auch die Flexibilität und individuelle Einstellbarkeit des Schließsystems waren für die Gemeinde wichtige Anforderungen, die nun erfüllt wurden. ■

MARCHEGG

Die Gemeinde Marchegg hat eine umfassende Kooperation mit der Firma EVVA für die Sicherung Ihrer Gebäude.

GRAFEXART - ADOBE STOCK

Trink- und Grundwasserschutz in Trockenzeiten

Obwohl Österreich ein wasserreiches Land ist, wirkt sich der Klimawandel in Form sinkender Grundwasserspiegel und ausgetrockneter Feuchtgebiete aus. Welche Maßnahmen braucht es, damit die exzellente heimische Trinkwasserqualität auch in Zukunft erhalten bleibt? VON TONY BAYER

Dass der Klimawandel auch unsere Wasserressourcen stetig verringert, ist nicht neu. Vor allem in ohnehin schon trockenen Regionen sorgen vermehrte Hitze und Dürren dafür, dass noch weniger Regen fällt und damit der Nachschub für Gewässer und Grundwasser fehlt. Parallel dazu erhöht sich durch die schleichende Erwärmung auch die Verdunstung – schon jetzt verlieren Landflächen und Vegetation dadurch zehn Prozent mehr Wasser pro Jahr als noch 2003. Österreich kann sich übrigens glücklich schätzen, seinen Trinkwasserbedarf zu 100 Prozent aus gut geschützten Quellen und Brunnen decken zu können. Dieses Grundwasser ist im Gegensatz zu Oberflächengewässern durch die natürliche Filterfunktion des Bodens besonders gut vor Verunreinigungen wie etwa Mikroplastik oder Bakterien geschützt. Trotzdem findet sich unser zivilisatorischer Fußabdruck darin, da Grundwasser ein unentbehrlicher Teil des gesamten Umweltkreislaufes ist. Umso wichtiger ist es daher, dieses Trinkwasser aus Quellen und dem Grundwasser bewusst und proaktiv zu schützen, damit der unsichtbare Schatz auch für zukünftige Generationen in bester Qualität erhalten bleibt.

RECHTSRAHMEN NACHSCHÄRFEN. „Trinkwasser zu schützen heißt aus unserer Sicht, für strenge Regelungen einzutreten. Deshalb fordert die ÖVGW von den Entscheidungsträgern, einen entsprechenden Rahmen zu schaffen – damit Schadstoffe wie Mikroplastik, Pestizide, Nitrate und Industriechemikalien gar nicht erst in den Umweltkreislauf gelangen“, betont Wolfgang Nöstlinger, ÖVGW-Vizepräsident und Sprecher im Wasserfach. Faktum ist, dass viele Chemikalien bei der Gewinnung, Herstellung, Verarbeitung, in der Nutzungsphase von Produkten, beim Recycling und in der

Österreich kann seinen Trinkwasserbedarf zu 100 Prozent aus Quellen und Brunnen decken.

Entsorgungsphase die Umwelt nachhaltig schädigen. Je nach Verwendungsbedingungen und chemisch-physikalischen Eigenschaften lassen sich diese später auch in Umweltmedien wie Luft, Grundwasser, Oberflächengewässer, Klärschlamm, Boden und somit auch in Organismen nachweisen. Die vielfältigen daraus resultierenden Gefahren bleiben dem menschlichen Auge allerdings meist verborgen.

NACHHALTIGES WASSERMANAGEMENT. Die veränderten Witterungsverhältnisse mit anhaltenden Hitze- und Trockenperioden stellen speziell die Landwirte in vielen EU-Ländern vor ziemlich große Herausforderungen. Pflanzen wie Mais, Gemüse und Sonderkulturen, aber auch Energiepflanzen für Bio-Kraftstoff brauchen bekanntlich sehr viel Wasser. Da die Bewässerung in der Landwirtschaft aber nicht beliebig ausgeweitet werden kann, müsse nach Aussagen vieler Experten eben die landwirtschaftliche Nutzung an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. „Wir müssen sehr rasch zu einem sorgsamen Umgang mit unseren Wasserressourcen kommen, da Wasser leider nicht unbegrenzt zur Verfügung steht. Oberstes Ziel bei der Anpassung an die veränderten klimatischen Bedingungen ist eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung, die Bewässerung auf ein Minimum beschränkt“, sagt Kira Heinemann, Sprecherin des Arbeitskreises Wasser beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND). Künftig müssten beispielsweise standortgerechte Fruchtfolgen unter Berücksichtigung des Klimawandels viel stärker genutzt werden, die mit der Trockenheit besser zurechtkommen.

GRUNDWASSERRESERVOIRS GARANTIEREN WASSERVERSORGUNG. Die 29 Wasserspeicher der Stadt Wien verfügen insgesamt über ein beachtliches Volumen von 1,6 Millionen Kubikmetern. Diese 1,6 Milliarden Liter Wasser entsprechen etwa dem Vierfachen des normalen Tagesverbrauchs von 390 Millionen Litern Trinkwasser. Einige der Speicher werden derzeit sogar ausgebaut. Der größte unter ihnen ist das 1959 in Betrieb genommene Wasserreservoir in Neusiedl am Steinfeld im südlichen Niederösterreich. Aktuell wird es von einem Fassungsvermögen von 600.000 Kubikmetern auf eine Million Kubikmeter (eine Milliarde Liter Wasser) erweitert.

Auch wenn das aus den Alpen sprudelnde Hochquellwasser das unumstrittene Rückgrat der Trinkwasserversorgung Wiens ist, komme Grundwasserreservoirs eine wichtige Bedeutung zu, erklärt MA 31-Chef Paul Hellmeier: „Für die Sicherheit der Wasserversorgung brauchen wir die Grundwasserwerke dringend als Kompensation.“

Dass eine Wiener Wasserversorgung ohne Grundwasserwerke völlig undenkbar ist, zeigt sich vor allem bei Reparaturen, Instandhaltungsarbeiten, Gebrechen und Rohrbrüchen. Weil es in diesen Fällen zu einer temporären Außerbetriebnahme von Teilen des Wiener Hochquellnetzes kommt, sind die Grundwasserwerke von essenzieller Bedeutung. ■

Die Witterungsverhältnisse mit Hitze- und Trockenperioden stellen speziell die Landwirte vor ziemlich große Herausforderungen.

Trinkwasserversorgung bei Blackout

Wie sicher ist es, dass während eines flächendeckenden Stromausfalls weiterhin frisches Trinkwasser in hoher Qualität aus unseren Leitungen kommt? VON TONY BAYER

Nicht wenige Experten gehen mittlerweile davon aus, dass in den nächsten fünf Jahren mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein großflächiger Stromausfall Österreich oder gar weite Teile Europas betreffen wird. Laut STANDARD-Journalist Günther Strobl, der sich im Wirtschaftsressort auf Energiethemen spezialisiert hat, würde alleine ein einziger ganz Österreich betreffender Blackout einen materiellen Schaden von 1,2 Milliarden Euro verursachen – ganz zu schweigen von den chaotischen Zuständen durch streikende Verkehrsampeln oder stillstehende Aufzüge. Im Ernstfall stellt sich wohl auch sofort die Frage, wie es dann mit der Wasserversorgung in der Alpenrepublik aussehen würde. In Österreich sorgen aktuell rund 5.500 Trinkwasserversorger – von großen Wasserwerken bis zu kleineren, regional organisierten Wassergenossenschaften – für eine reibungslose und sichere Versorgung mit Trinkwasser. Die Art der Trinkwasserversorgung ist jedoch landesweit durch die unterschiedlichen topographischen Gegebenheiten – von der pannonischen Tiefebene über alpines Hochgebirge bis hin zu ausgedehnten Seenlandschaften – extrem vielfältig. Entsprechend divers sind auch die Vorkehrungen für ein mögliches Blackout in den Regionen.

HYRMA - ADOBE STOCK

Bei einem Blackout ist die Wasserversorgung wichtig und muss von den Wasserversorgern sichergestellt werden.

REGIONALE UNTERSCHIEDE IN DER BLACKOUT-VORSORGE. Bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts fließt das Wiener Wasser aus den steirisch-niederösterreichischen Alpen im natürlichen Gefälle bis in die Stadt. Das bedeutet, dass das Wiener Wasser über die beiden Hochquellenleitungen aus der Schneeberg- und Hochschwabregion ganz ohne Strom und Pumpe in die Bundeshauptstadt gelangt. Denn das Wiener Stadtgebiet liegt größtenteils topographisch tiefer als die Wasserbehälter, sodass die Wasserversorgung mithilfe reiner Schwerkraft erfolgt. Dies gilt ebenso für viele gebirgige Regionen Österreichs. Laut Paul Hellmeier, Betriebsleiter von Wiener Wasser (MA 31), sind trotzdem rund vier Prozent der Bevölkerung in Wien auf elektrische Hilfe bei der Wasserversorgung angewiesen. „Für die ca. 80.000 betroffenen Bürger in höher gelegenen Wohngebieten haben wir einen eigenen Maßnahmenplan erstellt und einen ausreichenden Zeitpuffer von 24 Stunden, um bei einem längeren Stromausfall die Pumpen mit Notstromaggregaten zu versorgen."

AUS TRINKWASSER WIRD ELEKTRIZITÄT. Da die MA 31 auch selbst Strom produziert, werden insgesamt 16 Kraftwerke mittels Wiener Trinkwasser betrieben. „Wir produzieren deutlich mehr Strom als wir brauchen. Der Überschuss wird in die Versorgungsnetze eingespeist", erzählt Hellmeier. So könne man mit den Trinkwasser-Kraftwerken, wo Wasser über eine stromerzeugende Turbine geleitet wird, mehr Elektrizität produzieren, als etwa eine Stadt in der Größe Wiener Neustadts (ca. 47.000 Einwohner) verbrauche. In einigen Bereichen, wie in den Quellschutzgebieten, könne Wiener Wasser vollkommen energieautark arbeiten. Anders hingegen

sorgt man im Süden Österreichs vor: Das Wasserwerk der Stadt Villach hat ein „Wassermobil“ entwickelt, mit dem im Krisenfall energie- und witterungsunabhängig die Trinkwasserversorgung für einzelne Netzbereiche, Objekte oder Gewerbebetriebe aufrechterhalten werden kann.

GRUNDBEDÜRFNISSE HABEN VORRANG. Bei einem Blackout ist es jedenfalls ratsam, Ruhe zu bewahren und die Informationen der Behörden ernst zu nehmen. „Die Wasserwerke sind darauf eingerichtet, auch im Notfall den täglichen Bedarf an Trinkwasser zum Kochen, Trinken und Duschen liefern zu können“, beruhigt ÖVGW-Vizepräsident Wolfgang Nöstlinger. „Denn die Trinkwassernutzung als Lebensmittel und für Hygienezwecke hat im Krisenfall absoluten Vorrang.“ Zu den wichtigsten Vorsorgemaßnahmen der österreichischen Trinkwasserversorger zählen neben schriftlichen Notfallplänen auch spezielle Schulungen und Übungen, laufende Wartungsarbeiten, der Zusammenschluss mit anderen Wasserversorgern zu einem Leitungsverbund, die Ausstattung wichtiger Anlagenteile mit Notstromaggregaten sowie ein 24-Stunden-Bereitschaftsdienst in den Wasserwerken.

Um die Trinkwasserversorgung für den Krisenfall und damit im Fall eines Blackouts flächendeckend zu sichern, seien aber in jedem Fall weitere Investitionen zur Modernisierung der Infrastruktur wichtig: „Als Interessenvertretung der Trinkwasserversorger steht das Thema Blackout-Vorsorge ganz oben auf unserer Agenda und wir fordern die Politik auf, entsprechende Rahmenbedingungen für weitere Investitionen in den Ausbau der Trinkwasser-Infrastruktur zu ermöglichen“, konkretisiert Nöstlinger und ergänzt: „Dazu gehören etwa auch Förderungen für präventive Maßnahmen, die über Leitungsausbau und Behälterbau hinausgehen.“

» DIE TRINKWASSER-NUTZUNG ALS LEBENSMITTEL UND FÜR HYGIENEZWECKE HAT IM KRISENFALL ABSOLUTEN VORRANG. «

ÖVGW-Vizepräsident
Wolfgang Nöstlinger

Österreichs Trinkwasser für die Zukunft absichern

Damit trotz Klimawandel auch in Zukunft genug Trinkwasser bester Qualität zur Verfügung steht, sind jetzt Investitionen in die Infrastruktur nötig.

Die gute Nachricht: Derzeit ist in Österreich sauberes Trinkwasser selbst bei längeren Trockenperioden wie im heurigen Sommer gesichert. Doch die Betonung liegt auf „derzeit".

Damit es auch so bleibt, sind vermehrte Anstrengungen nötig. Eine langfristig sichere Trinkwasserversorgung braucht Investitionen in die Infrastruktur sowie verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen zum Schutz des Grundwassers.

ERHEBUNG ZUR VERSORGUNGSSICHERHEIT. Die Österreichische Vereinigung für das Gas und Wasserfach (ÖVGW) – sie vertritt die Interessen der österreichischen Wasserversorger – hat im August 2022 eine Erhebung unter 53 großen Versorgungsunternehmen durchgeführt. 51 davon gaben an, dass sie den durchschnittliche Haushaltsbedarf von 130 Liter pro Person und Tag auch bei anhaltender Trockenheit auf Monate hinaus sicherstellen können. Allerdings nicht völlig ohne Einschränkungen. 14 der 53 Versorger wollen bei längeren Hitzeperioden sehr wohl Maßnahmen wie etwa ein Verbot der Gartenbewässerung setzen. 20 von 53 Versorgern stellen sich auch auf mögliche Nutzungskonflikte ein: Die Versorgung der Haushalte mit Trinkwasser muss Vorrang vor der Nutzung durch Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie haben.

RAWPIXEL.COM - ADOBE STOCK

INVESTITIONEN IN DIE INFRASTRUKTUR. Doch solche Negativszenarien können vermieden werden, wenn wir rechtzeitig in die Infrastruktur investieren. Es wird nötig sein, zusätzliche Quellen zu erschließen, die Speicher auszubauen und in manchen Gebieten Verbindungsleitungen zu Nachbarregionen zu errichten.

Für die Investitionen sind zu den regulären Budgetmitteln rund 150 Millionen Euro zusätzliche Fördergeldern notwendig. Hier ist die öffentliche Hand gefordert. Der zuständige Wasserwirtschaftsminister Norbert Totschnig hat auch bereits zugesagt, sich für die Bereitstellung der notwendigen Budgetmittel einzusetzen.

Nicht zuletzt müssen strengere Regeln dafür sorgen, dass die Grundwasserreserven besser gegen Schadstoffe wie Industriechemikalien sowie Pestizide und Nitrate aus der Landwirtschaft geschützt werden. Extreme Trockenperioden werden künftig häufiger auftreten. Wir sollten dafür gewappnet sein. ■

GASTBEITRAG

EWW.AG

Ing. Wolfgang Nöstlinger, MSc MBA ist Vizepräsident der ÖVGW und Sprecher für das Wasserfach

» **www.ovgw.at**

Bei Müllvermeidung vorbildhaft

Vorarlberg ist österreichisches Musterland bei der Müllvermeidung und -trennung: Nur 72 kg Restmüll fallen im Ländle pro Person und Jahr an, in Wien sind es hingegen 280 kg. Je niedriger dieser Wert, desto eher werden Ressourcen und die Geldbörse geschont, denn die Entsorgung von Restmüll ist vergleichsweise teuer. Effizienter ist es, Abfall so gut wie möglich zu vermeiden und Wertstoffe wie Glas, Metall oder Papier in keinem Fall im Restmüll, sondern getrennt zu entsorgen. So können sie recycelt und wiederverwertet werden. Gabriele Jüly, Präsidentin des VOEB: „Um die Restmüllmenge zu reduzieren, hat die Vermeidung von Abfall oberste Priorität. Dazu gehört zum Beispiel der achtsame Einkauf von Lebensmitteln, die Reduzierung von Verpackungsmüll oder der Verzicht auf Produkte, die eigentlich gar nicht gebraucht werden. Ideal wäre österreichweit eine Restmüllmenge von höchstens 80 kg pro Person und Jahr."

» **www.voeb.at**

Digitaler Recycling-Guide für einfache Mülltrennung

Beigestellt

Digi-Cycle wurde 2021 als Lösung für eine digitalisierte und incentivierte Sammlung von Getränkeverpackungen gelauncht. Nach der erfolgreichen Pilotphase im steirischen Gnas setzt die Altstoff Recycling Austria AG (ARA) einen weiteren strategischen Schritt und gründet ein eigenes Tochterunternehmen. Dabei nutzt Digi-Cycle die Chancen der Digitalisierung, um Konsumenten mit dem Recycling-Guide Sicherheit bei der richtigen Sammlung ihrer Verpackungen zu geben. Durch Incentivierung soll die Sammelmenge und -qualität mit Blick auf die EU-Recycling-Ziele 2025 gesteigert werden. Lidl, Nestlé und SPAR sind als starke Partner bereits mit an Bord.

Um das EU-Ziel von 50 Prozent beim Recycling von Kunststoffverpackungen zu erreichen, muss Österreich seine Quote bis 2025 verdoppeln. Dazu bündelt die ARA nun ihr langjähriges Know-how in der getrennten Sammlung und digitalen Innovation in einem eigenen Tochterunternehmen: Digi-Cycle. „Die Erhöhung der Sammelquote ist unverzichtbar, um die EU-Recyclingziele bei Kunststoff zu erreichen. Digitalisierung und Incentivierung sind dafür zwei wirksame Hebel. Denn wir wollen und brauchen jede Verpackung zurück fürs Recycling, um die Kreislaufwirtschaft in Österreich weiter voranzubringen", erklärt Digi-Cycle-Geschäftsführer Felix Badura, der vor seiner Zeit bei der ARA bereits ein länderübergreifendes Digital-Start-up mitaufgebaut hat.

RECYCLING-GUIDE UND INCENTIVE-SYSTEM. Digi-Cycle stellt der österreichischen Bevölkerung einen digitalen Leitfaden für die richtige Sammlung von Verpackungen zur Seite. Dieser soll Konsumenten mit Blick auf die österreichweite Vereinheitlichung des Sammelsystems begleiten und vorhandene Fragezeichen auflösen. Digi-Cycle greift auf Erfahrungswerte vom 2021 im steirischen Gnas gestarteten Pilotprojekt zurück. Die dort gemeinsam mit Partnern aus der Ressourcen- und Getränkewirtschaft erfolgreich erprobte App wurde von den teilnehmenden Haushalten durchwegs positiv bewertet und konnte unter Beweis stellen, dass man mit smarten Anreizen den Anteil falsch entsorgter Verpackungen reduzieren kann.

JUNGE MENSCHEN ERREICHEN UND ZU MÜLLTRENNUNG MOTIVIEREN. Vor allem junge Menschen sind hinsichtlich getrennter Sammlung gewillt, mehr zu tun: So will jeder Zweite zwischen 14 und 29 Jahren laut kürzlich durchgeführter IMAS-Studie künftig seinen bzw. ihren Abfall noch genauer trennen. Eben jene Zielgruppe, die aufgrund ihrer digitalen Affinität maßgeblich zum Erfolg des Systems beitragen kann.

» **www.ara.at**

Batterien erstmals mehrfach recyceln

Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft wollen gemeinsam nachweisen, dass die wertvollsten Bestandteile von Antriebsbatterien durch Recycling mehrfach nacheinander zurückgewonnen und wieder eingesetzt werden können. Das Forschungskonsortium „HVBatCycle" hat das Ziel, Kathodenmetalle, Elektrolyt und Graphit dauerhaft im geschlossenen Materialkreislauf (Closed Loop) zu führen. Unter Führung des Volkswagen Konzerns arbeiten TANIOBIS GmbH, J. Schmalz GmbH, Viscom AG zusammen mit Forschern von RWTH Aachen University, TU Braunschweig sowie Fraunhofer-Institut für Schicht- und Oberflächentechnik (IST) drei Jahre lang an der Erforschung und Entwicklung der dafür erforderlichen Prozesse. Das Projekt wird vom Bundeswirtschaftsministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert.

Es gibt Lösungen für eine umweltfreundliche Zukunft in Österreich – das Umweltbundesamt unterstützt mit Daten, Fakten und Analysen wie dem Umweltkontrollbericht.

Die Umwelt in Österreich

Wo steht Österreich im Klimaschutz, beim Erhalt der biologischen Vielfalt und auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft? Welche positiven Entwicklungen und Herausforderungen gibt es? Antworten liefert der neue Umweltkontrollbericht, in dem das Umweltbundesamt den Zustand der Umwelt in Österreich analysiert.

Alle drei Jahre zeigen die Experten im Umweltkontrollbericht Umwelttrends auf und liefern Perspektiven. Der aktuelle, 13. Bericht zeigt: Wichtige Maßnahmen zum Klimaschutz und in der Klimawandelanpassung, im Mobilitäts- und Energiebereich sowie in der Abfallvermeidung zeigen Wirkung, in vielen Bereichen bleiben die Herausforderungen aber groß.

In den nächsten Jahren und Jahrzehnten gilt es, Energieverbrauch in den nächsten Jahren deutlich reduzieren, die Artenvielfalt wirkungsvoller schützen und den rasanten Bodenverbrauch in den Griff bekommen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass gut umsetzbare, verbindliche Maßnahmen wirken und wesentlich zur Verbesserung der Umweltsituation beitragen.

UMWELTZEICHEN

Experten des Umweltbundesamts beleuchten in Kooperation mit *public* aktuelle Umweltthemen

Umweltbundesamt/B. Gröger

Autorin:
Monika Mörth MAS
Umweltbundesamt
Geschäftsführerin

KLIMASCHUTZ UND KLIMAWANDEL.

Die Treibhausgas-Emissionen steigen in Österreich nach einem kurzfristigen Rückgang durch die COVID-19-Pandemie 2021 wieder an. Die Ziele der Europäischen Union bis 2030 und bis 2050 werden ohne zusätzliche Maßnahmen nicht erreicht. Um bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen, braucht es die Senkung des Energieverbrauchs, den Ausbau erneuerbarer Energieträger und den Ausstieg aus fossiler Energie in allen Sektoren. Da der Klimawandel in Österreich rascher vor sich geht als im globalen Mittel und jetzt schon große finanzielle Schäden verursacht, werden seit 2012 Maßnahmen zur Klimawan-

UMWELTBUNDESAMT/B. GRÖGER

delanpassung umgesetzt. Sie müssen deutlich ausgeweitet werden und alle Sektoren und Lebensbereiche umfassen, um den Folgen der Klimaerwärmung besser begegnen zu können.

ENERGIE- UND MOBILITÄTSWENDE. Der Anteil Erneuerbarer Energieträger steigt und erreichte 2020 den Höchstwert von 36,5%. Allerdings liegt der gesamte Energieverbrauch trotz pandemiebedingtem Rückgang noch immer deutlich über den gesteckten Zielen. Für die rasch erforderliche Energiewende sind weitere Maßnahmen nötig. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, die österreichische Wärmestrategie und der Fokus auf Energieraumplanung sind nächste wichtige Hebel für die Energiewende.
Im Verkehrssektor steigt die Anzahl der Fahrzeuge mit alternativem Antrieb kontinuierlich, jedoch auch Verkehrsleistung und Motorisierungsgrad. Im Jahr 2019 erreichten die Treibhausgas-Emissionen des Verkehrssektors fast den Höchstwert von 24 Millionen Tonnen aus dem Jahr 2005; der Anteil an den gesamten Treibhausgas-Emissionen (ohne Emissionshandel) beträgt fast 45%.

RESSOURCEN: BODEN- UND BIODIVERSITÄTSSCHUTZ. Österreichs Böden sind gigantische Kohlenstoffspeicher und damit wichtige Faktoren im Umgang mit dem Klimawandel. Die tägliche Flächeninanspruchnahme ist trotz steigendem Nutzungsdruck in den letzten Jahren stabilisiert bzw. leicht zurückgegangen. Sie liegt dennoch bei 11,5 Hektar pro Tag und damit weit weg von den im österreichischen Regierungsprogramm angestrebten 2,5 Hektar täglich.

Um die Ressource Boden nachhaltig zu sichern, ist auch dieses Ziel noch zu hoch. Rasches und entschiedenes Gegenlenken ist demnach gefordert. Erste Schritte dazu setzen Bund, Bundesländer, Städte und Gemeinden mit der Erarbeitung nationalen Bodenstrategie, die derzeit erarbeitet wird und dem Brachflächendialog. Dabei handelt es sich um ein Förderprogramm des Klimaschutzministeriums mit dem Ziel, leerstehende Standorte wieder zu nutzen.

Die Artenvielfalt in Österreich nimmt stark ab. Rund 72% der Tier- und Pflanzenarten und rund 80% der Lebensraumtypen weisen keinen günstigen Erhaltungszustand auf. Verbauung und Zersiedelung zerschneiden zusammenhängende Lebensräume und schaffen u.a. Barrieren für die Wildtierwanderung. Zu den Gefährdungsursachen der Artenvielfalt zählen intensive Nutzung von Boden und natürlichen Ressourcen, Klimawandel, Umweltverschmutzung und invasive gebietsfremde Arten. Um den Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen, wurde die Biodiversitäts-Strategie Österreich 2030+ erarbeitet, die kurz vor der Veröffentlichung steht.

NACHHALTIGE PRODUKTION UND KREISLAUFWIRTSCHAFT. Der Einsatz von Energie und Rohstoffen in den wirtschaftlichen Kreisläufen ist nach wie vor zu hoch. Für die Verringerung des Ressourcenverbrauchs und die Erhöhung des Recyclinganteils sind große Umstellungen in den Produktionsprozessen und bei der Nutzung von Produkten notwendig. Auch wenn Österreich bei der Abfallvermeidung und -verwertung unter den Besten Europas ist - bei der Ressourcennutzung besteht dringender Aufholbedarf. Die Trendwende bis 2050 soll die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie bringen. Sie macht Österreich fit für die zukünftigen ambitionierteren EU-Recyclingziele, indem Altstoffe besser erfasst, Märkte für Sekundärrohstoffe gestärkt und die Zusammenarbeit über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg verbessert werden sollen.

FAZIT: ES GIBT VIEL ZU TUN – PACKEN WIR'S AN! Seit den 80er und 90er Jahren hat sich die Umweltsituation in einzelnen Bereichen durch wirkungsvolles Gegenlenken deutlich verbessert, z.B. in der Reduktion von Schadstoffen in Luft und Gewässern oder im Altlastenmanagement. Die aktuellen Herausforderungen, etwa bei der Mobilitäts- oder bei der Energiewende, sind komplex und erfordern tiefgreifende Veränderungen in unseren Konsum- und Produktionsmustern. Lösungen für eine umweltfreundliche Zukunft in Österreich gibt es. Um sie umzusetzen, braucht es vor allem Zusammenarbeit von allen Beteiligten und ganzheitliche Lösungen.
Denn Klimaresilienz ist nicht ohne Energieunabhängigkeit zu denken, Umwelt nicht ohne Gesundheit, Lebensqualität nicht ohne Artenvielfalt, Umwelteffekte der Industrie nicht ohne wirtschaftliche Prosperität und Maßnahmen zum Umweltschutz nicht ohne soziale Akzeptanz. Das Umweltbundesamt unterstützt dabei mit Daten, Fakten und Analysen wie dem Umweltkontrollbericht, aber auch durch Szenarien für eine nachhaltige Entwicklung. ■

Sichere Trinkwasserversorgung

Warum Kommunen wichtige Kunden im Wasserversorgungs- und entsorgungsbereich sind und welche Verbesserungen bei Prozessen, Kundenservice, Investitionen und gezieltem Lageraufbau geplant sind, berichtet Thomas Krenn, Geschäftsführer des Rohrleitungs- und Tiefbauspezialisten Kontinentale.

INTERVIEW VON TONY BAYER

Die Trinkwasserversorgung ist eine der wichtigsten Aufgaben von Gemeinden.

public: Die Sanierung und Erneuerung von Trinkwassernetzen sind für Gemeinden in ganz Österreich oberstes Gebot, um die Versorgung für eine rasch wachsende Bevölkerung auch in Zukunft sicherstellen zu können. Worin liegen die Herausforderungen bei der Umsetzung von individuellen Systemlösungen für diese spezielle Zielgruppe?

Thomas Krenn: Trinkwasserleitungen bestehen aus einer Vielfalt von Materialien. Auch bei der Verbauung gibt es viele Möglichkeiten, diese fachgerecht zu verlegen. Da es sich beim Trinkwasser um eines der kostbarsten Lebensmittel handelt, müssen die Ausfallszeiten bei Sanierungen und Erneuerungen, aber auch bei kurzfristigen und unerwarteten Rohrbrüchen auf ein Minimum reduziert werden. Die große Herausforderung besteht für uns darin, die unterschiedlichen Rohre

JOZSITOEROE - ADOBE STOCK

» BESONDERS IN KRISENZEITEN HABEN WIR HANDSCHLAGQUALITÄT UND OFFENE EHRLICHE KOMMUNIKATION BEWIESEN. «

Thomas Krenn, Geschäftsführer Kontinentale

FRAUENTHAL

in unterschiedlichen Dimensionen und das vielfältige Zubehör auf Lager zu führen, um so kurzfristig unseren Kunden beliefern zu können. Aber auch die Planung einer Baustelle im Vorfeld wird immer wichtiger, da die Zeitspanne von der Planung bis zur Ausführung immer geringer wird.

Welches konkrete Produktportfolio im Bereich Tiefbau wird von den Gemeinden derzeit am häufigsten nachgefragt? Welche Vorteile ergeben sich für Kommunen aus dem „Systemanbieteransatz" Ihres Unternehmens? Da jede Trinkwasserleitung aufgrund ihrer topografischen Lage individuell ausgeführt ist, kommen je nach Bedarf Trinkwasserleitungen aus Kunststoff, Guss oder Stahl zum Einsatz. Das bedeutet, dass wir als Systemanbieter in der Lage sein müssen, auch auf kurzfristige Überraschungen reagieren zu können – entweder indem wir selbst das passende Rohr auf Lager haben oder mit unseren Partnern kurzfristig den Kunden beliefern. Natürlich gibt es immer wieder wellenartige Schwankungen bezüglich der Rohrmaterialien. Dies hängt meistens von den Anfragen und der Art der Projekte ab. Eine Tendenz zu einem bestimmten Material lässt sich daraus aber nicht ableiten.

Aktuell leidet die Bauwirtschaft enorm unter den massiven Preissteigerungen, angefangen von den ausufernden Energiepreisen bis hin zum allgegenwärtigen Mangel an benötigten Baustoffen. Wie geht die Kontinentale als führendes heimisches Großhandelsunternehmen für Rohrleitungs- und Armaturentechnik damit um? Egal ob C-Stahl, Edelstahl, Guss oder Kunststoff – mit einer Verdoppelung bis hin zu einer Verdreifachung der Preise innerhalb kürzester Zeit waren wir an allen Fronten mit extremen Preissteigerungen konfrontiert. Einkauf, Vertrieb und Produktmanagement mussten in dieser herausfordernden Phase ganz eng kooperieren, um unseren Kunden einen bestmöglichen Preis zu offerieren. Um unsere Lagerkapazitäten zu erhöhen, wurden Lagerflächen zur Gewährleistung einer optimalen Lieferfähigkeit zusätzlich angemietet. Aufgrund dieser Maßnahmen konnten wir auch kurzfristige Preissteigerungen abfangen und Projekte mit unseren Kunden zu den vereinbarten Preisen abwickeln. Besonders in solchen Krisenzeiten haben wir mit Handschlagqualität und offener ehrlicher Kommunikation bewiesen, dass uns langjährige Partnerschaften zu Partnern und Kunden sehr am Herzen liegen.

Stichwort Digitalisierung: Inwieweit hilft diese mit, alte Arbeitsweisen zu überdenken sowie neue und effizientere Prozesse zu schaffen? Was tut sich in dieser Hinsicht im Wasserversorgungs- und entsorgungsbereich? Wir sind in Sachen Digitalisierung branchenweit ein Vorreiter und versuchen, unsere Kunden damit noch effizienter zu machen. Dies betrifft aktuell hauptsächlich den Bereich der Materialbeschaffung. Je nach System und Arbeitsweise unserer Kunden haben wir die passende technische Lösung parat. Über unterschiedliche Schnittstellen können wir uns mit den ERP Systemen unserer Kunden vernetzen, um von der Lagerstandsabfrage bis zur Bestellung, Auftragsbestätigung und Rechnung alles elektronisch abzuwickeln. Hilfreich sind dabei auch unsere brandneue App sowie unser moderner Webshop. Aber auch Trink- und Abwassernetze werden hinsichtlich Leckagen, Auslastung und Zustand laufend überwacht und standardmäßig gemonitort. ■

Weitere Information

Die Frauenthal Handel Gruppe besteht aus den beiden Sanitär- und Installationstechnik-Großhändlern SHT Haustechnik GmbH und Frauenthal Handel GmbH (vormals ÖAG AG), dem Rohrleitungs- und Tiefbauspezialisten Kontinentale sowie Frauenthal Service als kompetentem Logistikpartner und zentralem Dienstleister. Zielgruppen sind Installateure, Bauherren, Bauträger, Architekten und Kommunen. Am Markt agieren alle Unternehmen als eigenständige Marken.

» **www.kontinentale.at**

Untersuchung von Trinkwasser in Österreich darf nur von berechtigten Personen und Instituten wie z. B. der AGES durchgeführt werden.

BLUEDESIGN - ADOBE STOCK

Umfassende Überwachung

Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Die meisten österreichischen Haushalte beziehen ihr Trinkwasser über Trinkwasserversorger, die das abgegebene Wasser in regelmäßigen Abständen untersuchen lassen müssen.

Die Untersuchung und Begutachtung von Trinkwasser sowie die Überwachung von Wasserversorgungsanlagen in Österreich darf nur von berechtigten Personen bzw. Instituten wie z. B. der AGES durchgeführt werden. Die AGES untersucht österreichweit Wasser aus Gemeinde-Wasserversorgungsanlagen und Stadtwerken über Wassergenossenschaften bis hin zu privaten Brunnenbesitzern und Lebensmittelbetrieben. Jedes Jahr werden über 10.000 Trinkwasserproben auf chemische, physikalische und mikrobiologische Parameter untersucht. Wesentlich für eine exakte Analyse ist die korrekte Probenentnahme. Zu dieser gehört unbedingt ein Lokalaugenschein, bei dem Umwelteinflüsse, Betriebsbedingungen und bauliche Rahmenbedingungen miterfasst werden. Nur so können Einflüsse, die das Ergebnis der Wasseruntersuchung verfälschen könnten, ausgeschlossen werden.

In den AGES-Labors werden die Proben nach international anerkannten und akkreditierten Standards auf die gesetzlich festgelegten chemischen, physikalischen und mikrobiologischen Parameter hin analysiert.

ÜBERPRÜFUNG VON WASSERVERSORGUNGSANLAGEN. Die Institute des Geschäftsfeldes Öffentliche Gesundheit (Institut für Hydroanalytik Linz, Institut für medizinische Mikrobiologie und Hygiene Wien und Institut für medizinische Mikrobiologie und Hygiene Graz) sind als Prüfstellen gemäß EN ISO 17025 und als Inspektionsstellen gemäß EH ISO 17020 akkreditiert. Im Rahmen der Trinkwasseruntersuchung klären die Trinkwasser-Experten der AGES in einem ausführlichen Beratungsgespräch den genauen Untersuchungsbedarf ab, der üblicherweise eine chemische und mikrobiologische Untersuchung beinhaltet, oder auch die Überprüfung auf Umweltchemikalien, wie zum Beispiel Pflanzenschutzmittelrückstände. Darauf basierend werden eine sorgfältige Inspektion durchgeführt, Proben an ausgewählten Stellen gezogen und analysiert und Prüf- bzw. Inspektionsberichte inklusive lebensmittelrechtlichem Gutachten erstellt.

Neben der Funktionsprüfung der Wasseraufbereitungsanlagen erstellen die Trinkwasser-Experten der AGES Mischbarkeitsgutachten (verschiedene Wasserqualitäten) und analysieren die Wasserproben auf sämtliche Parameter der Trinkwasser-Verordnung und des österreichischen Lebensmittelbuches. Dazu zählen die mikrobiologische Untersuchung auf Keime wie Escherichia coli, Enterokokken, Pseudomonas aeruginosa, Legionellen etc., die

GESUNDHEIT 2022

Experten der AGES – Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH – beleuchten in Kooperation mit *public* aktuelle Gesundheitsthemen.

» **www.ages.at**

Untersuchung der chemischen Standardparameter pH-Wert, elektrische Leitfähigkeit, Wasserhärte, Calcium, Magnesium, Natrium, Kalium, Chlorid, Nitrat, Sulfat, Nitrit, Ammonium, Eisen, Mangan, Phosphat, Fluorid, die chemische Spezialanalytik (Schwermetalle, Uran, BTX, chlorierte Kohlenwasserstoffe etc.), Pflanzenschutzmittelrückstände (Pestizidwirkstoffe und relevante/nicht relevante Metaboliten), Antibiotika-, Arzneimittel- und Hormon-Rückstände sowie Abwasserindikatoren und Radioaktivität (Gesamtrichtdosis, Radon, Radium-Isotope etc.).

Bei privater Wasserversorgung wie z. B. Hausbrunnen oder eigener Quellen können bei Baumängeln durch Unwetter oder Schadensereignisse Hygieneprobleme auftreten. Rund 16 Prozent von 5.860 Trinkwasser Untersuchungen privater Einsender entsprechen nicht den Vorgaben der Trinkwasserverordnung, da Keime wie E. coli, Enterokokken oder Pseudomonas aeruginosa nachgewiesen wurden. Das bedeutet nicht zwingend, dass Menschen an diesem Wasser erkranken, sondern dass im Wassersystem eine Quelle für Verschmutzungen besteht. Die AGES-Experten stehen auch bei privater Wasserversorgung wie Hausbrunnen für eine fachkundige Beratung zur Verfügung. Sie erläutern die Ergebnisse der Gutachten und zeigen Maßnahmen auf, die gesetzt werden müssen, falls das Wasser nicht verkehrsfähig ist. Über Stufenkontrollen (Quelle, Hochbehälter, Einzelstränge der Leitungen) können sie die Ursache einer Verunreinigung meist schnell finden.

TRINKWASSERUNTERSUCHUNGEN. Zusätzlich zu den routinemäßigen Kontrollaufgaben beteiligt sich die AGES regelmäßig an Schwerpunktaktionen aus der amtlichen Lebensmittelkontrolle.

Damit lassen sich spezielle und aktuelle Fragestellungen der Lebensmittelsicherheit effektiv und effizient untersuchen und beantworten. Im Bereich Trinkwasser beteiligen sich die Trinkwasser-Experten der AGES an folgenden Schwerpunktaktionen:

- Österreichweite Untersuchung der Belastung des Trinkwassers mit ausgewählten organischen Kontaminanten wie z. B. Abwasserindikatoren, Arzneimittelrückständen und per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS), das sind Industriechemikalien, die in der Umwelt weit verbreitet sind

- Österreichweite Überprüfung der Trinkwasserqualität bei z. B. Märkten, Jahrmärkten, Sportveranstaltungen, Eventgastronomie, Freizeiteinrichtungen oder öffentlichen Plätzen, wo durch Armaturen, Leitungsprovisorien oder transportable Behälter die Qualität des Trinkwassers nachteilig beeinflusst werden kann

- Österreichweite Untersuchung des Einflusses einer Trübung des Wassers auf die Effizienz der verwendeten Desinfektionsmaßnahmen wie z. B. UV-Geräte oder Chlorungsanlagen bei Wasserversorgungsanlagen (≤ 100 m³/Tag), die ihr Wasser bevorzugt aus fluss- oder bachnahen Brunnen und Quellen bzw. Karstquellen beziehen.

INFORMATIONSPFLICHT TRINKWASSER. Trinkwasserversorger müssen ihre Kunden in regelmäßigen Abständen über die Qualität des gelieferten Trinkwassers informieren: Das geschieht über den Trinkwasserbefund. Die Information der Verbraucher muss gemäß Trinkwasser-Verordnung mindestens einmal jährlich erfolgen und zumindest die Analysenwerte folgender Parameter enthalten: Nitrat, Pestizide, Wasserstoffionenkonzentration (pH-Wert), Gesamthärte, Carbonathärte, Kalium, Kalzium, Magnesium, Natrium, Chlorid und Sulfat. ■

Link

» **https://www.ages.at/service/service-oeffentliche-gesundheit/wasseruntersuchungen/**

Amiblu®

Löschwasser sicher und verlässlich speichern

Fertigteilbehälter aus GFK

Langlebige Lösungen für Ihre Projekte

- Geprüfte & zertifizierte Qualität
- Individuell anpassbar & erweiterungsfähig
- Wartungsarm & korrosionsfrei
- Geringes Gewicht, einfache Verlegung
- Befahrbar bis SLW 60
- Mehr als 150 Jahre Lebensdauer

Pipes designed for generations

austria@amiblu.com I www.amiblu.com

Gemeinsame Infrastruktur

Über die Herausforderungen einer „Smart City“ im Bereich Straßeninfrastruktur und mögliche Lösungsansätze in Form von zukunftsweisenden digitalen Technologien sprach *public* mit dem Energieberater und zertifizierten Lichttechniker Bernhard Gruber.

VON TONY BAYER

» L.U.X. GMBH ENTWICKELT NACHHALTIGE UND UMWELTFREUNDLICHE ENERGIEKONZEPTE FÜR IHRE GEMEINDE UND DEN KLIMASCHUTZ. «

Dipl.-Ing. (FH) Bernhard Gruber, Geschäftsführer

CHRISTOPH SMAHEL

public: Welche Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz sowie der künstlichen Intelligenz und Vernetzung sollten Kommunen angesichts rasant steigender Energiepreise beim Thema Straßenbeleuchtung keinesfalls versäumen?
Bernhard Gruber: Empfehlenswert wäre die Umrüstung auf energieeffiziente LED-Beleuchtung mit einer 2-stufigen automatischen Nachtabsenkung. Weiters sollten die Leuchten auf eine situative Beleuchtungssteuerung umgestellt werden, weil durch diesen maximalen Einspareffekt ein wesentlicher ökologischer Beitrag geleistet wird. Hierfür müssen die Leuchten jedoch entsprechend vorbereitet werden – dafür sind intelligente Vorschaltgeräte und entsprechende Normstecker und Schnittstellen notwendig.

Wohin entwickelt sich der globale Markt für Smart-Street-Technologien? Welche aktuellen Innovationen und zukunftsweisenden digitalen Technologien konnten sich in den letzten Jahren am ehesten durchsetzen? Man muss klarerweise global von national unterscheiden, denn hier liegen teilweise Lichtjahre dazwischen. Der Innovationsgrad hängt von vielen geopolitischen Faktoren ab. In Mitteleuropa ist mit Sicherheit die Digitalisierung und Vernetzung der Leuchten mit der mehrstufigen Absenkung in Abhängigkeit des Verkehrs und der Wettersituation der größte sinnvolle Trend.

Jede smarte Stadt muss sich heute auch mit dem zentralen Thema Daten und deren intelligente Verarbeitung auseinandersetzen. Wie kann eine intelligente Stadt diese nutzen, um einen Mehrwert für die Bürger zu schaffen? Ein Mehrwert kann erst geschaffen werden, wenn es eine gemeinsame Infrastruktur gibt. Es wäre daher wichtig, standardisiert ein Rohrsystem mit Schächten und Anbindung an die Lichtmasten im Gemeindegebiet aufzubauen, um Infrastrukturträgern genauso wie Dienstleistern eine zeitgemäße Nutzung von diversen Applikationen zu ermöglichen. Der Lichtmast spannt sich über das gesamte Gemeindegebiet und ist etwa alle 30 Meter verfügbar, dieser wäre ideal zur Abnahme von Daten und Energie. Wenn diese Infrastruktur im Besitz der Gemeinde ist, sind die Möglichkeiten enorm vielfältig. Es sollte und muss daher Standard werden, bei Bauarbeiten diese notwendigen Investitionen proaktiv vorzusehen. Dazu ist es aber erforderlich, dass eine Spannungsversorgung 24 Stunden zur Verfügung steht und nicht wie bisher nur in den Abendstunden. Das ließe sich aber bei entsprechender Planung und Vorausschau gut umsetzen. Der Austausch von Daten wird zukünftig enorm wichtig sein, die Kommune kann quasi der Marktplatz dafür werden.

Eine nachhaltige Mobilität auf kommunaler Ebene stellt einen immens wichtigen Hebel zur CO_2-Reduktion und zur Erreichung der weltweiten Klimaschutzziele dar. Mit welchen Finanzierungsmodellen lässt sich eine ressourcenschonende Integration in die bestehende Straßeninfrastruktur am ehesten erreichen? Die Verbindung zwischen nachhaltiger Mobilität und Straßeninfrastruktur sehe ich derzeit nur über den niederschwelligen Ausbau von Ladeinfrastruktur. Ich denke, dass eine Kombination aus Ladeplätzen im öffentlichen Raum (Parkplätze bei diversen Einrichtungen wie z.B. Gemeindezentrum, P&R-Anlagen, Freizeit- und Kultureinrichtungen usw.), das Laden mit geringsten Leistungen über die

aufbauen schafft Mehrwert

Lichtmasten und ein entsprechendes Lastmanagement helfen kann. Dies bedarf hoher Investitionen, die Gemeinden derzeit nicht stemmen können. Hier bieten sich Dienstleistungsmodelle mit Unternehmen an, die die Schaffung der Ladeinfrastruktur vorfinanzieren und die Ladepunkte kostenfrei für die Kommunen betreiben. Letztere verdienen am Stromabsatz sogar mit und können selbst durch die Umstellung des Gemeindefuhrparks auf Elektroautos als Vorbild dienen und die Bevölkerung animieren. Einige Gemeinden setzen auch schon auf Carsharing-Modelle mit Elektroautos, dadurch wird der Zugang erleichtert und in entlegenen Gemeinden schließt sich die Transportlücke.

Immer mehr städtische Entscheidungsträger kooperieren mit wichtigen Akteuren aus Wirtschaft, Industrie und Forschung, um die zahlreichen Herausforderungen bei der Umsetzung von Smart Cities besser zu bewältigen. Welche Rolle spielt dabei die Erhöhung der Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer? Durch das stetig erhöhte Verkehrsaufkommen aufgrund der rasant steigenden Anzahl an elektrobetriebenen Fahrzeugen (inkl. E-Roller, E-Bikes etc.) kommt es immer häufiger zu Konflikten unter den Verkehrsteilnehmern.

Zukünftig wird die Vernetzung der Fahrzeuge untereinander sowie mit der „Smart Street“ ein entscheidender Baustein für mehr Verkehrssicherheit sein. Dadurch ist eine Erhöhung der 5G+ Verfügbarkeit im kleinzelligen Bereich notwendig, was sich beispielsweise über die Nutzung der Lichtmasten und der entsprechenden Infrastruktur lösen lassen würde. Eine lukrative Einnahmequelle für die Kommunen wäre dabei ein schöner Nebeneffekt ... ■

Link

» **www.tb-lux.at**

Die Zukunft der Beleuchtung ist LED und mehrstufige Absenkung sowie Investitionen in die Infrastruktur.

Milan Noga reco - Adobe Stock

Intelligente Lösung für den Ladesäulenausbau

Ein innovatives Ladesäulenfundament ermöglicht die vorausschauende und kostengünstige Planung des Ladeinfrastrukturausbaus. Dazu kommen geringe Transportkosten und einfache Montage. Eine Übersicht.

In Österreich hat die Entwicklung der Elektromobilität an Dynamik zugenommen. Waren 2021 noch 76.539 E-Autos auf Österreichs Straßen unterwegs, sind es laut Bundesverband Elektromobilität Österreich[1] in diesem Jahr bereits 93.811 (Stand: Juli 2022). Mit der Zunahme an Elektrofahrzeugen wächst die Nachfrage an Ladestationen. Doch selbst für Experten gleicht die Frage nach dem künftigen Bedarf einem Blick in die Glaskugel.

FLEXIBLE AUSBAUMÖGLICHKEIT. Den Ladesäulenausbau vorausschauend zu planen und investitionssicher zu kalkulieren, gestaltet sich für Gemeinden und Unternehmen, insbesondere für die Wohnungswirtschaft, als besondere Herausforderung. Für diese Problemstellung hat die in Garmisch-Partenkirchen ansässige Langmatz GmbH mit einem innovativen Ladesäulenfundamt eine intelligente Lösung entwickelt. „Mit unserer Lösung besteht die Option, jetzt Ladeinfrastruktur vorzubereiten und erst zu einem späteren Zeitpunkt den Anforderungen entsprechend mit Ladesäulen zu bestücken“, erläutert Dominik Wagner, Sales Manager bei Langmatz in Österreich. Das Ladesäulenfundament mit der Typbezeichnung EK980 verfügt über eine Auswahl von Adapterplatten, die bereits die spezifischen Lochbilder werksseitig integriert haben und so für die Aufnahme aller gängigen Ladesäulen und Wallbox-Stelen geeignet sind.

AUSBAUPROJEKTE IN ÖSTERREICH. Seit Juli 2021 wurden in Zusammenarbeit mit verschiedenen Energieversorgern, unter anderem EVN und Energie Burgenland, bereits in fast allen Bundesländern Ladesäulenfundamente von Langmatz eingesetzt. So beispielsweise auf dem Bio-Landgut Esterhazy in Donnerskirchen oder in Wiener Neustadt. Neuestes Projekt ist ein Ausbauvorhaben auf dem Gelände der ehemaligen Konservenfabrik „die Erbse“ in Bruckneudorf. Um zu vermeiden, dass der neue Dorfplatz in den nächsten Jahren durch spätere Grabungsarbeiten wieder aufgerissen werden muss, hat die Gemeinde in Zusammenarbeit mit Energie Burgenland und Langmatz eine ausreichende Anzahl Leerschächte für einen späteren Ausbau der Infrastruktur verbaut.

PILOTPROJEKT SCHNELL-LADESTATION. Gemeinsam mit Energie Burgenland wurde kürzlich auch ein Pilotprojekt für DC-Charger erfolgreich durchgeführt. Dabei geht es um Schnell-Ladestationen, die auf Grund ihrer deutlich kürzeren Ladezeiten in Österreich zurzeit stark im Trend liegen. Für die mit Gleichstrom betriebenen Schnell-Lader ist ein größeres Fundament notwendig, für das der EK980 von Langmatz entsprechend angepasst wurde. Der Start für die Serienproduktion soll noch in diesem Jahr erfolgen.

ZUKUNFTSSICHERE INVESTITION. Beim Setzen des Ladesäulenfundaments EK980 kann entweder eine Adapterplatte oder ein überfahrbarer Gussdeckel (Belastungsklasse bis D400) für den Ausbau vorbereitet werden. Das Ladesäulenfundament wird fertig geliefert und kann auf der Baustelle ohne Kran schnell gesetzt werden. „Da heute noch keiner weiß, welche Ladesäulen und wie viele wir in fünf oder zehn Jahren nutzen, können unsere Adapterplatten einfach angepasst und getauscht werden. So wird ein Ladeinfrastrukturprojekt zu einer zukunftssicheren Investition“, erläutert Gerhard Rucker, Leiter Produktmanagement bei Langmatz in Deutschland.

» **www.langmatz.de**

[1] https://www.beoe.at/statistik/

FOTOS: LANGMATZ

Auf dem neuen Dorfplatz in Bruckneudorf werden die Ladesäulenfundamente gesetzt. Damit sind für den Ladeinfrastrukturausbau in der Gemeinde nur einmal Tiefbauarbeiten notwendig.

Unscheinbar und in kürzester Zeit mit einer Ladesäule bestückbar: Leerfundament EK980 mit sicher verschlossenem Gussdeckel auf dem Dorfplatz in Bruckneudorf.

Beleuchtung im öffentlichen Raum – es ist Zeit für Innovationen!

Eine der vielen Aufgaben der Gemeinde ist, dafür zu sorgen, dass ihre Straßen ausreichend beleuchtet sind. Hintergrund hierfür ist, dass eine Haftung für die Gemeinde bestehen kann, sollte sie als Straßenhalterin ihre Pflicht nicht ausreichend erfüllen und ihre „Wege" und deren Beleuchtung nicht in einem mangelfreien Zustand halten.

Dabei handelt es sich stets um eine Gratwanderung zwischen den Kosten für die Installation und Erhaltung sowie der Funktionalität. Für die Gemeinde als öffentliche Auftraggeberin stellt sich nunmehr die Herausforderung, eine vergaberechtskonforme Ausschreibung durchzuführen und dennoch die vielen Innovationen im Bereich der öffentlichen Beleuchtung berücksichtigen zu können.

MQ-ILLUSTRATIONS – STOCK.ADOBE.COM

Gemeinden haben die Möglichkeit, auch die neuesten Innovationen in ihrer Ausschreibung zu berücksichtigen.

FUNKTIONALE LEISTUNGSBESCHREIBUNG

Eine mögliche Herangehensweise besteht darin, der Ausschreibung anstelle einer konstruktiven eine funktionale Leistungsbeschreibung zugrunde zu legen. Anders als bei einer konstruktiven Leistungsbeschreibung, worin die einzelnen Teilleistungen ausgepreist werden sollen, stellt die öffentliche Auftraggeberin bei einer funktionalen Leistungsbeschreibung jene Anforderungen fest, die das angebotene System jedenfalls erfüllen muss, sowie jene, welche das angebotene System lediglich erfüllen soll. Daher unterscheidet man zwischen „MUSS-Kriterien" und „SOLL-Kriterien".

Eine derartige Leistungsbeschreibung hat den Vorteil, dass sich die Gemeinde nicht im Vorfeld auf ein mögliches System festlegen muss, sondern nur die technischen Spezifikationen und allfällige bewertungsrelevante Besonderheiten bestimmt. Beispielsweise könnte das Beleuchtungssystem mit einem „Radar"-System angeboten werden, welches sowohl die Haltbarkeit als auch die Energieeffizienz enorm steigern würde. Auch eine drahtlose Verbindung der einzelnen Beleuchtungen bietet viele Vorteile für die Gemeinde.

Eine funktionale Leistungsbeschreibung kann auch nicht nur genutzt werden, um ein gänzlich neues System einzuführen, sondern auch um ein bestehendes System zu ergänzen bzw. zu erweitern. Durch Festlegung einer erforderlichen Kompatibilität mit dem bestehenden System kann auch dieser Umstand in die Bewertung miteinbezogen werden.

VERGLEICHBARKEIT MUSS GEGEBEN SEIN

Allerdings muss bei einer funktionalen Leistungsbeschreibung das Leistungsziel bei den technischen Spezifikationen so hinreichend genau und neutral beschrieben werden, dass alle für die Erstellung des Angebotes maßgebenden Bedingungen und Umstände erkennbar sind. Die Gemeinde muss dabei sicherstellten, dass eine Vergleichbarkeit der einzelnen Angebote gegeben ist.

Bei der Erstellung einer funktionalen Leistungsbeschreibung ist zwar sowohl technisch als auch juristisch mit einem höheren Aufwand zu rechnen, allerdings wird der Gemeinde die Möglichkeit geboten, auch die neuesten Innovationen in ihrer Ausschreibung zu berücksichtigen.

Prof. Dr. Michael Breitenfeld und Mag. Robert Ertl

Breitenfeld Rechtsanwälte GmbH & Co KG

» www.kanzlei-breitenfeld.at

Promotion

Gemeinde Sankt Georgen am Walde

Die sechs Lindens

In Österreich gibt es nicht gerade einen Mangel an Gemeindepartnerschaften. Manchmal sind auch mehr als zwei Ortschaften involviert, aber dass gleich sechs eine internationale Partnerschaft unterhalten, ist doch etwas Besonderes. Seit Jahrzehnten gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen Orten in sechs verschiedenen europäischen Ländern, die alle - mit gewissen Varianten – den Namen Linden tragen. Die meisten sind kleine Dörfer. Nur das spanische Lalin, das an einer Nebenstrecke des Jakobswegs liegt, kann mit mehr als 20.000 Bewohnern als Stadt bezeichnet werden. Wahrscheinlich ist aber gerade die geringe Größe ein Grund für den Erfolg. VON MICHAEL DE WERD

Die Initiative ging aus von Linden in Schleswig-Holstein. Obwohl es nur 900 Einwohner zählt, ist es bis heute eine eigene Gemeinde. Wie Toni Wölbung, der Obmann der dortigen Abteilung von *Linden grüßt Linden* erzählt, begann das Ganze als eine Privatinitiative des damaligen Schuldirektors Gerhard Schwabe: „Er hat 1961 mit seinen Schülern angefangen, in Deutschland, aber auch international, andere Ortschaften mit dem Namen Linden zu suchen, um Briefkontakte aufzunehmen ... Zuerst haben sich nur Schulklassen getroffen, aber vor allem mit Österreich gab es auch bald Kontakte zwischen den Musikvereinen.“ Von den Bauern bis zu den Krankenschwestern gab es immer mehr Gruppen, die sich beteiligten. 1974 kam es zu einer offiziellen Partnerschaft, zu denen inzwischen Ortschaften aus Österreich, den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Spanien gehören.

WIEDERSEHEN NACH CORONA. Normalerweise findet jedes Jahr in einem der sechs Lindens ein Treffen statt. Nachdem die Reihe wegen Corona erstmals unterbrochen wurde, war im Mai dieses Jahres Linden in Oberösterreich an der Reihe. Obwohl das eigentliche Linden nur 400 Einwohner hat, gehört es zur Gemeinde Sankt Georgen am Walde. Die Dorfschule, wo die Partnerschaft angefangen hat, ist schon längst geschlossen. „Heutzutage ist Linden eine Wohngegend“, erzählt Gerhard Steiner, der Sekretär des lokalen Vereins. „Das soziale Leben findet in Sankt Georgen statt. Obwohl es die Initiative noch immer *Linden grüßt Linden* heißt, wird die Partnerschaft heutzutage von der ganzen Gemeinde getragen.“

Heinrich Haider, der Bürgermeister von Sankt Georgen, ist allerdings ein geborener Lindener. Für ihn ist vor allem der Vergleich zwischen den verschiedenen Ortschaften interessant: „Es ist klar, dass größere Gemeinden andere Mittel haben, aber in Prinzip haben alle dieselben Herausforderungen wie die demografischen Entwicklungen oder den Zugang zu Bildungseinrichtungen. Speziell in diesen zwei Jahren der Coronapandemie hat man gesehen, wie wichtig die menschlichen Kontakte sind.“

Wie Steiner erzählt, war es nach einer Pause von zwei Jahren für alle schön,

Das heurige Thema bei Linden grüßt Linden war *Jugend mit Zukunft in Europa*.

sich wiederzusehen: „Es war eine angenehme Atmosphäre und das Treffen hat alle Erwartungen erfüllt." Das Thema war *Jugend mit Zukunft in Europa.* Auf dem Programm standen u.a. ein Besuch der Jugendtankstelle Mühlviertler Alm und des Jugendzentrums in Grein. Und daneben spielte das gemütliche Zusammensein eine zentrale Rolle. Wie immer waren alle Teilnehmer bei Gastfamilien untergebracht.

DAS ÜBERWINDEN VON FEINDBILDERN. Nirgendwo hat die Partnerschaft so geholfen alte Barrieren zu überwinden wie beim französischen Lalinde. Wie Christine Vergez, die Vorsitzende des Partnerschaftskomitees erzählt, waren Anfang der Sechziger die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg noch frisch. „Hier in der Dordogne hat es schwere Kämpfe gegeben. Ganze Dörfer waren niedergebrannt und viele Leute sind hingerichtet worden. Als die Gäste aus Deutschland kamen, wurden sie deswegen nicht überall mit offenen Armen empfangen." Gleichzeitig passte es zum Zeitgeist: „Damals fand die Annäherung zwischen de Gaulle und Adenauer statt und die Idee ein neues Europa zu schaffen lebte schon stark."

Letztendlich wurde die Partnerschaft aber ein Riesenerfolg: „Es ist es überhaupt kein Problem, Jugendliche zu finden, die an den Treffen teilnehmen wollen. Und daneben gibt es viele freundschaftliche Kontakte." Auch persönlich hat Vergez vieles gelernt von den Partnergemeinden: „Es war für mich interessant zu sehen, wie Altersheime in Deutschland funktionieren, wo die Leute nicht permanent wohnen, sondern nur tagsüber kommen." Umgekehrt hat Lalin vom französischen Beispiel profitiert, als Spanien 2008 von einer schlimmen Wirtschaftskrise getroffen wurde: „Es gab damals dort gar keine karitativen Einrichtungen, während es bei uns gut funktionierte."

VERSCHWINDENDE INFRASTRUKTUR. Trotzdem geben alle Teilnehmer zu, dass sich im Laufe der Zeit einiges geändert hat. „Eine Generation zurück war es noch etwas ganz Besonderes ins Ausland zu fahren, und zu sehen, wie Leute in Österreich oder Frankreich leben", erzählt Ton Keijzers aus dem niederländischen Linden. „In dem Sinne hat es an Bedeutung verloren." In einer Hinsicht funktioniert es aber besser: „Die Jugendarbeit findet auf Englisch statt. Das ist zwar etwas einförmig, ist aber auch ein Vorteil. Eine Generation zurück beherrschten die Leute oft nur eine Sprache."

Auch in Holland gibt es die gleichen demographischen Probleme wie in anderen Lindens. Heutzutage hat das Dorf Linden in der Nähe von Nimwegen weniger als 300 Bewohner. Schon 1942 hat es aufgehört eine Gemeinde zu sein. „Es gibt keine Infrastruktur mehr", erzählt Keijzers. „Es gibt kein Geschäft, keine öffentlichen Verkehrsmittel und keine Schule." Sein eigener Vater hatte als Schuldirektor noch an der Wiege der Partnerschaft gestanden. Trotzdem sieht Keijzers nicht alles negativ: „Wir sind ein kleines Dorf mit einer engen Gemeinschaft und einem guten Vereinsleben."

Wie in den anderen Lindens hat sich die Idee der Partnerschaft zwar gewandelt, aber sie ist immer noch lebendig. Und wie Keijzer glaubt, kann die persönliche Begegnung von keinen sozialen Medien ersetzt werden: „Für mich war es immer am lehrreichsten zu sehen, wie das tägliche Leben stattfindet. Was die Leute essen und trinken und wie sie ihre Freizeit verbringen." ■

Das Dorf Linden in der Nähe von Nimwegen in den Niederlanden hat weniger als 300 Bewohner.

MuseumsQuartier

Museumsdirektorin Mag. Bettina Leidl überreicht Saubermacher-Gründer Hans Roth offiziell die Baumpatenschaft.

Exklusiv-Baumpatenschaft

Hans Roth, Gründer von Saubermacher, übernimmt eine 2-jährige Patenschaft für den Maulbeerbaum „Buntspecht", einem der 16 kürzlich gepflanzten Bäume im Museumsquartier Wien. Der Name „Buntspecht" wurde von Rosalie, dem Enkerl von Saubermacher-Gründer Hans Roth, ausgesucht. Ziel von MQ-Direktorin Mag. Bettina Leidl ist, das MQ in den kommenden Jahren klimaneutral auszurichten. Die Baumpatenschaften und damit eine verstärkte Begrünung sind ein erster Schritt in diese Richtung sowie ein Beitrag zum Klimaschutz.Als nachhaltiges Abfall- und Recyclingunternehmen mit der Vision „Zero Waste" setzt sich Saubermacher stark für Umweltschutz ein und unterstützt aktiv Projekte und Initiativen zum Erhalt der Biodiversität und zum Schutz des Klimas.

» **www.saubermacher.at**

Eine Lösung für zukünftige Generationen

Energieunabhängigkeit und ein höherer Anteil erneuerbarer Energien – das sind wesentliche Themen unserer Zeit. In Österreich will man mit der Errichtung des Murkraftwerks Gratkorn einen weiteren Schritt in diese Richtung gehen. Im Kontext des Baus der Anlage nördlich von Graz muss die Oberflächenentwässerung in dem Bereich neu aufgestellt werden. Für den Transport des seitlich anfallenden Oberflächenwassers verlegt die Steiner-Bau GesmbH, Gratkorn, im Auftrag von VERBUND und Energie Steiermark derzeit GFK-Rohre von Amiblu, die ihre Produktvorteile unter Beweis stellen: Das geringe Eigengewicht und die Möglichkeit des Rohr-in- Rohr-Transports sorgen für eine einfache Handhabung, niedrige Transportkosten und weniger CO2-Ausstoß. Somit leisten die glasfaserverstärkten Kunststoffrohre im Sinne der Nachhaltigkeit einen zusätzlichen Projektbeitrag.

» **www.amiblu.com/de**

Sportgemeinderäte sollen neue Brücken bauen

Die SPORTUNION und die Volkspartei Burgenland präsentierten ein Konzept, um eine rasche Umsetzung der Sport-Initiative für Gemeinden mit einer Koordinationsstelle („Sportgemeinde Burgenland") bis zum kommenden Herbst zu schaffen. Ein entsprechender Entschließungsantrag für dieses Vorhaben wurde auf Initiative der ÖVP bereits am 18. November 2021 vom Burgenländischen Landtag mehrheitlich beschlossen.

Die letzten beiden Pandemie-Jahre haben das gesellschaftliche Leben und auch den Sport enorm eingeschränkt, wodurch der Bewegungsmangel laut Studien stark zugenommen hat und auch das Vereinsleben geschwächt wurde. Umso wichtiger ist es, Burgenlands Sport verstärkt zu fördern sowie vorhandene Strukturen besser zu nutzen und weiterzuentwickeln. Die SPORTUNION Österreich hat die Sportgemeinderäte-Idee bereits im Herbst 2021 angeregt, woraufhin die Volkspartei Burgenland eine entsprechende Initiative im Landtag eingebracht hat. Ein Antrag dazu wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ letzten November mehrheitlich abgesegnet. Ein entsprechendes inhaltliches Konzept für die Umsetzung wurde jetzt vom Sport-Dachverband gemeinsam mit der Volkspartei präsentiert, welches einen Anspruch über das Burgenland hinaus verfolgt. Neben der Einbindung der Gemeindevertretungsverbände sollen auch die Sportverbände bei diesem Projekt mitberücksichtigt und nachhaltig miteinbezogen werden. Ziel ist die Einrichtung eine Koordinationsstelle („Sportgemeinde Burgenland") – ähnlich wie bei den Europagemeinderäten – die informiert, koordiniert und als Brückenbauer zwischen dem organisierten Sport, dem Land, den Gemeinden und der Bevölkerung fungiert.

SPORTUNION Österreich
+43 1 / 513 771 421
sascha.krikler@sportunion.at

» **www.sportunion.at**

Zwei Gemeinden, ein Traktor

Völkermarkt und Diex kauften mit dem Bonus für Interkommunale Zusammenarbeit gemeinsam ein Fahrzeug für den Bauhof an. Für die Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) von Gemeinden gewährt das Gemeindereferat des Landes Kärnten einen Bonus von 40.000 Euro.

Diesen holten sich die Gemeinden Völkermarkt und Diex beim Ankauf eines gebrauchten Traktors samt Böschungsmäher und Schneestangensetzgerät ab. Nach Abzug des IKZ-Bonus für 2022 sowie der Hälfte für 2023 mussten die beiden Kommunen „nur“ mehr 17.500 Euro beisteuern.

Aktionsplan für die Energiewende

Der Dachverband Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) rief die Bundesländer erneut dazu auf, alle Hebel für einen Umbau der Energieversorgung in Bewegung zu setzen. Anlass war die Übernahme des Vorsitzes der Landeshauptleutekonferenz durch Michael Ludwig für das Land Wien.

„Nur erneuerbare Energien bieten mittel- und langfristig gesehen den Ausweg aus der Vielzahl an Problemen, die uns unsere hohe Abhängigkeit von fossiler Energie beschert. Sie bieten Unabhängigkeit, Versorgungssicherheit, Preisstabilität und wirken der Klimakrise entgegen!“, betont Christoph Wagner, Präsident des EEÖ, und ergänzt: „Wir appellieren daher an Bürgermeister Michael Ludwig, die Beschleunigung der Energiewende als Schwerpunkt seiner Vorsitzperiode zu setzen! Das, was sich die Länder bisher vornehmen, reicht in Summe noch bei Weitem nicht aus, um die Ziele der Bundesregierung zu erreichen und Österreich von fossilen Energieimporten, etwa aus Russland, unabhängig zu machen. Angesichts der aktuellen Energiekrise ist der Schulterschluss der Länder mit dem Bund längst überfällig!“

UMSETZUNGSKOMPETENZ LIEGT BEI DEN LÄNDERN. Martina Prechtl-Grundnig, Geschäftsführerin des EEÖ, unterstreicht die Verantwortung der Länder und ergänzt: „Bei den Ländern liegen die wesentlichen Kompetenzen für die konkrete Umsetzung der Energiewende. Sie sitzen an entscheidenden Schalthebeln, wie etwa der Raumordnung und Raumplanung, und sind federführend bei der Bauordnung und den Genehmigungsverfahren.
Nicht zuletzt sind die Länder wichtige Verbindungsstellen zu den Gemeinden, wo die Projekte auf den Boden gebracht werden. Wenn wir auf Landesebene nicht auf der Stelle mehr Ambitionen sehen, setzen wir Österreichs Energiezukunft aufs Spiel!“

Angesichts der Dringlichkeit fordert der EEÖ daher von den Bundesländern, dass sie noch innerhalb der Wiener Vorsitzführung einen gemeinsamen Aktionsplan beschließen, mit dem sie die derzeitigen Lücken rasch schließen.

Rückfragehinweis:
Martina Prechtl-Grundnig
+43 664 146 53 33
martina.prechtl@erneuerbare-energie.at

» **www.erneuerbare-energie.at**

3 Jahre FAUN-Austria

Nicht nur Entscheidungsträger aus der privaten und kommunalen heimischen Entsorgungsbranche, sondern auch unsere internationalen Kunden aus der Schweiz, Ungarn und Slowenien nutzten die Gelegenheit beim Firmenevent der Fa. FAUN die neuesten Kommunalfahrzeuge zu besichtigen, wobei das Highlight die beiden alternativ betriebene Müllsammelfahrzeuge darstellte.

Die Fa. FAUN – ein Vorreiter auf dem Gebiet wasserstoffbetriebener Fahrzeuge – setzt diese Fahrzeuge bereits in vielen Städten Deutschlands unter dem Markennamen ENGINIUS ein. FAUN zählt zur Kirchhoff Gruppe und ist weltweit einer der größten Hersteller von Müllsammelfahrzeugen und Straßenkehrmaschinen. Weiters begeisterte die Gäste ein elektrobetriebenes Müllsammelfahrzeug FUTURICUM vom DESIGNWERK Schweiz, das bereits in der Stadt Bern eingesetzt wird und extra nach Stockerau zur FAUN Ausstellung gebracht wurde.

So lautete unter den rund 300 Gästen der einhellige Tenor, dass FAUN AUSTRIA nach drei Jahren in Österreich am Markt nicht nur „angekommen“ ist, sondern nicht mehr wegzudenken ist.

Beigestellt

ID Austria – was, warum und wie?

Beigestellt/Song_about_summer - Adobe Stock

Anfang September wurde die „ID Austria“ mit dem 1. Platz beim E-Government Wettbewerb 2022, in der Kategorie „Bestes Projekt zum Einsatz innovativer Technologien und Infrastrukturen 2022“ ausgezeichnet!

Bereits seit 2003 gibt es in Österreich die Bürgerkarte, seit 2009 die Handy-Signatur. Diese zählt stolze 3 Millionen User. Warum also eine ID Austria? Was steckt tatsächlich dahinter und was ist dran an der digitalen Identität?

- Was ist die ID Austria und was ändert sich gegenüber der Handy-Signatur?
- Wer braucht die ID Austria konkret und wie?
- Welche Anwendungsfälle gibt es konkret auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene?
- Was braucht es dafür intern (organisatorisch/prozessual/personell)?
- Wie können wir die ID Austria in die Breite bringen?
- Was bringt's?

Diese und weitere Fragen sind Thema bei den **14. Public Management Impulsen der FH Oberösterreich, Linz, am 29. November 2022.**

Vorweg, die ID Austria ist ein modernes, sicheres Verfahren zur Identifikation von Personen. Sie ermöglicht Menschen, sich sicher online auszuweisen und digitale Services der öffentlichen Verwaltung zu nutzen oder Geschäfte abzuschließen. Nahezu täglich berichten die Medien von digitalen Betrugsfällen bei Privatpersonen oder Unternehmen, die mit Hilfe von elektronischen Signaturen oder digitalen ID´s so nicht möglich wären.

Es gibt sowohl in der Verwaltung als auch in der Wirtschaft Vorbehalte, unter anderem weil die Identität beim Staat gehalten werden muss. Im Gegensatz dazu haben viele Menschen kein Problem, ihre Identität z.B. bei Internetkäufen offenzulegen und ihre persönlichen Daten freiwillig und kostenlos (!) dem internationalen Datenhandel zur Verfügung zu stellen.

Die ID Austria ist demgegenüber ein Verfahren, wo keinerlei Daten „gehandelt oder verkauft“ werden und erfüllt höchste Sicherheits- und Datenschutzstandards. Sie ist kostenlos und ermöglicht die einfache und sichere Unterschrift digitaler Dokumente und ist die Basis für die digitale Ausweisplattform (Führerschein, Personalausweis, etc.). Ab 2023 ist sie auch EU-weit nutzbar.

Die 14. Public Management Impulse, der FH Oberösterreich, gehen besonders auf die Chancen der ID Austria in den Prozessen der öffentlichen Verwaltung auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene ein. Konkrete Anwendungsbeispiele und Umsetzungsszenarien zeigen das Potenzial einer digitalen Identität an der Schnittstelle zwischen Bürger*innen/Wirtschaft und öffentlichen Einrichtungen. Und natürlich ist auch wieder Raum zur Diskussion für Ihre Fragen, Perspektiven, Erfahrungen!

Die jährliche Veranstaltung der FH Oberösterreich, Arbeitsbereich Public Management, richtet sich an Entscheidungsträgern und Mitarbeiter aus Politik, Verwaltung, ausgegliederten Rechtsträgern und Interessensverbänden sowie Interessierte an der Thematik rund um die ID Austria. ■

GASTBEITRAG

Beigestellt

FH-Prof. MMag. Dr. Franziska Cecon
Professorin für Public Management

Details zur Veranstaltung

- Dienstag, 29. November 2022, 8:30 – 13:00 Uhr
- **Präsent:** FH OÖ, Garnisonstraße 21, 4020 Linz
- **Online:** Die Teilnehmer*innen der online Veranstaltung erhalten die Zugangslinks in einer gesonderten E-Mail.
- **Programmdetails:**
  » **www.fh-ooe.at/campus-linz/pmi2022**
- **Teilnahmegebühr:** € 70,00 inkl. aller Unterlagen bzw. € 35,00 ermäßigt für Studierende und Absolvent*innen der FH OÖ
- **Anmeldung:**
  ab sofort bis zum 23. November 2022 unter:
  » https://forms.office.com/r/2EKJQwCMky
  oder mit dem QR-Code.
- **Weitere Informationen** bzw. Auskünfte erhalten Sie unter puma@fh-linz.at

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und einen spannenden Erfahrungsaustausch!

Geschichte verbindet

Ehrenamtliche schaffen eine öffentliche Gedächtnis-Infrastruktur – wie die Topothek Bürgerinnen und Bürger mit ihren Gemeinden in Beziehung bringt.

Ob es Fotos vom eigenen Urgroßvater gibt? Wer war beim Gründungsfest der Feuerwehr im Jahr 1903 dabei? Oder: welche Traktoren sind bei uns in den 1960er-Jahren gefahren? All das sind Fragen, die sich in einer Topothek mit einem Mausklick beantworten lassen. Und wie ist das möglich?

Alexander Schatek, der Initiator der Topotheken, erklärt: „Verwirklichen lässt sich eine Topothek eigentlich ganz einfach. Nämlich mit der Freude an der Arbeit." Dazu braucht es in den Gemeinden die ehrenamtlichen Topothekarinnen und Topothekare, die das Bild- und Filmmaterial sammeln, digitalisieren, hochladen und konsequent beschlagworten, sodass die virtuelle heimatkundliche Sammlung auch einfach durchsuchbar wird.

VERNETZUNG ALS CHANCE

Mittlerweile sind es über 450 Gemeinden, ausgehend von Niederösterreich und schon in den anderen Bundesländern, die erfolgreich die Struktur einer Topothek nutzen und damit den Bürgerinnen und Bürgern die Chance geben, sich an einer gemeinsamen digitalen Sammlung zur Ortsgeschichte zu beteiligen. Im virtuellen Raum ist es ja ganz einfach, Einblick in die Fotos zu geben, die in der Wirklichkeit in einem Schuhkarton daheim am Dachboden lagern, ohne die Bilder aus der Hand geben zu müssen.

So können sie in der Topothek mit dem anderen Material, das die Gemeindegeschichte dokumentiert, vernetzt werden. Wer weiß, wer auf einem Foto aus dem eigenen Fundus einen längst verstorbenen Vorfahren findet? Diese Fälle gab es schon oft und die Freude war groß, wenn so ein neuer, vielleicht sogar lang gesuchter Baustein der eigenen Familiengeschichte aufgetaucht ist. Auch im Hinblick auf den Denkmalschutz gab es Informationen, die nur in privaten Quellen gesichert waren. So etwa konnte ein Privatfoto den Nachweis erbringen, dass eine denkmalgeschützte Mauer doch aufgebrochen werden durfte, weil sie viel jünger war, als man angenommen hatte.

Wer sich für die Geschichte des Hauses Kirchengasse 3 interessiert, würde dieses Bild ohne digitale Erfassung wohl schwerlich finden, denn das Haus befindet sich im Hintergrund. In einer Topothek erscheint es einfach als Suchergebnis nach „Kirchengasse 3". Zu finden in der https://wilhelmsburg.topothek.at

DIE WERTVOLLE ROLLE DER GEMEINDE

„Die Topothek ist eine Gedächtnisinfrastruktur im doppelten Sinn", erklärt Alexander Schatek. „Einerseits dient sie zur Informationsbeschaffung, andererseits ermöglicht sie einen reibungslosen Ablauf des Materialflusses. Denn Menschen, die historisches Material daheim haben, wissen mittlerweile, dass sie es digital ihrer Gemeinde übergeben können."

So leistet die Topothek einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung von privatem Kulturgut, das sonst verloren gehen würde. „Es ist eine wichtige Rolle der Gemeinden, dass sie als öffentliche Institution die Topotheken betreiben und so die Nachhaltigkeit und Seriosität garantieren", so Schatek. „Öffentlich bedeutet nicht nur, dass die Suche für alle möglich ist, sondern auch, dass das wichtige private Kulturgut von einer öffentlichen Stelle verwaltet wird".

VERGANGENHEIT BEGINNT HEUTE

Der Kremser Topothekar Thomas Müller, ehemaliger Mathematiklehrer und Koordinator eines 30-köpfigen Freiwilligenteams rund um die Topothek Krems, kann darin schon über 11.000 Einträge vorweisen. Aus seiner Erfahrung kann er berichten, dass in den letzten Jahren Universitäten, Archive, Museen und auch Autorinnen und Autoren sowie Journalistinnen und Journalisten Anfragen an die Topothek stellten. Hier hat man den Anspruch, die Topothek als eine Art „Stadtchronik" auch in die Zukunft zu führen. „Wird ein Gasthaus zugesperrt, so dokumentieren wir das, denn die Gegenwart von heute ist die Vergangenheit von morgen", definiert Müller. Neben dem schnellen Auffinden von Kulturgut und Ereignissen werden in manchen Topotheken auch Flora und Fauna, die derzeit einem schnellen Wandel unterliegen, dokumentiert.

IDENTITÄTSSTIFTUNG

Zuletzt stellt die Topothek auch eine Art „soziale Infrastruktur" dar. „Durch die Topothek kann es BürgermeisterInnen gelingen, Menschen im Ort wieder mehr für die Anliegen der Gemeinde zu interessieren und sich an die Geschichte, Entwicklung und Bedeutung ihrer ‚Heimat' zu erinnern", erklärt der Historiker und Topothekar Dr. Gerhard Floßmann.

Es sei ein lebendiges Zusammenarbeiten, das gemeinschaftsbildend und sogar über die Ortsgrenzen hinweg verbindend ist. Floßmann verweist auf das Beispiel mehrerer eher distanzierter Ortschaften, die sich durch eine gemeinsame Topothek wieder annähern.

„Ich kann nur jeder Gemeinde raten, eine Topothek zu eröffnen", so der Experte, „denn sie bringt die Beziehung unter den Bürgern auf eine sehr persönliche Ebene."

Promotion

Geld

Marlene Engelhorn
Kremayr & Scheriau

160 Seiten
ISBN 978-3-2180-1327-7
Preis: EUR 20,00

Das Fluchtparadox

Judith Kohlenberger
Kremayr & Scheriau

240 Seiten
ISBN 978-3-2180-1345-1
Preis: EUR 24,00

Das Feuer des Wassers

Timm Koch
Westend Verlag

240 Seiten
ISBN 978-3-8648-9916-4
Preis: EUR 13,00

Vermögen

Es geht um Recht, Macht und die Verteilung von Ressourcen.

Marlene Engelhorn tut etwas, was so einigen Schweiß auf die Stirn treibt: Als Erbin eines beträchtlichen Vermögens redet sie über Geld – und besteht darauf, dass wir alle es tun.

Wie viel ist genug? Was ist das gute Leben für alle? Wie wollen wir teilen? In wessen Händen liegt das Recht, zu entscheiden? Wenn wir nachhaltige Antworten wollen, müssen wir uns persönlich sowie gesellschaftlich damit auseinandersetzen, was Geld eigentlich ist.

Widerspruch

Analyse unseres Umgangs mit Vertreibung und Vertriebenen

Flucht ist ein Widerspruch: Man will bleiben, muss aber weg.

Flucht ist traumatisierend: Man sucht Sicherheit, muss dafür aber sein Leben aufs Spiel setzen.

Und Flucht (nach Europa) ist paradox: Man muss Recht brechen, nämlich „illegal" Grenzen passieren, um zu seinem Recht auf Asyl zu kommen. Nur um sich im Aufnahmeland abermals mit widersprüchlichen Anforderungen und unerfüllbaren Zuschreibungen der Integration auseinandersetzen zu müssen.

Energiewende

Wasserstoff jetzt! Die Lösung unseres Energieproblems

Die Welt von morgen könnte eine Welt sein, in der durch Feuer Wasser entsteht.
Wer die Kraft des Windes und der Sonne erntet und in Form von Wasserstoff konserviert, der hält das irdische Perpetuum mobile in den Händen. Mit grünem Wasserstoff lässt sich der komplette Verkehr sauber machen, lässt sich Stahl schmelzen, lassen sich Kunstdünger und Sprengstoff herstellen und Gebäude beheizen.
Mit ihm können wir uns aus der energetischen Abhängigkeit befreien und den gigantischen Umweltsauereien der fossilen Energie ein Ende bereiten.

Doch anstatt so schnell wie möglich und auf breiter Front die Potenziale des Wasserstoffs zu entfesseln, werden batteriebetriebene Autos als umweltfreundlich verkauft.

public APP

Drohnen Info App

Mit der Drohnen-Info App gibt der ÖAMTC Drohnenpiloten mittels einer interaktiven Landkarte für jeden Standort Auskunft darüber, in welchen Gebieten Drohnen sicher und legal aufsteigen können und wo Einschränkungen und Verbote existieren. Die App bietet umfassende Informationen über geltende Regeln und Vorschriften für die unterschiedlichen Kategorien nach dem neuen EU-Drohnenregulativ sowie spannende Neuigkeiten aus der Welt der unbemannten Luftfahrzeuge.

Light + Building

Unter dem Motto „Breaking new ground“ findet vom 2. bis 6. Oktober das Branchentreffen der Light + Building Autumn Edition in Frankfurt am Main statt. Über 1.300 Aussteller aus 46 Ländern stehen im Herbst zusammen für den Restart der Licht- und Gebäudetechnikbranche.
Erstmals präsentiert der Branchentreffpunkt über die physische Veranstaltung hinaus die digitale Plattform „Light + Building Digital Extension“. Die Digital Extension bietet vom 2. bis 14. Oktober 2022 neue Möglichkeiten der Vernetzung, des Wissensaustauschs und der Begegnung.

MESSE FRANKFURT
Ludwig-Erhard-Anlage 1, D-60327 Frankfurt am Main
2. bis 6. Oktober 2022

» **www.light-building.messefrankfurt.com**

PITS – Public-IT-Security 2022

Der Kongress widmet sich vollumfänglich der neuen Ära der IT-Sicherheit. Im Fokus stehen die elementaren Fragen der Cyber-Sicherheit für Staat und Verwaltung. Ausgewählte Schwerpunkte in diesem Jahr sind:

- Cyber-Sicherheit in der EU und Erfahrungsaustausch
- Cyber-Angriffe auf kommunale Einrichtungen als Katastrophenfall
- Datensicherheit als Grundvoraussetzung für Datensouveränität
- Resilienz in der IT-Sicherheit
- Sicherheit im Netzwerk, in der mobilen Kommunikation und der Cloud
- Cyber-Angriffe in kriegerischen Auseinandersetzungen

Als Treffpunkt der IT-Verantwortlichen von Bund, Ländern, Kommunen, den Streitkräften, Europäischen Polizeibehörden, den Nachrichtendiensten, der NATO, den Anbietern von Sicherheitslösungen und der Wissenschaft ist die PITS seit über zehn Jahren eine entscheidende Plattform für den Austausch über neue Trends in IT-Sicherheit und Cyber-Security.

HOTEL ADLON BERLIN
4. bis 5. Oktober 2022
» **www.public-it-security.de**

Vorzeigeregion Energie 2022

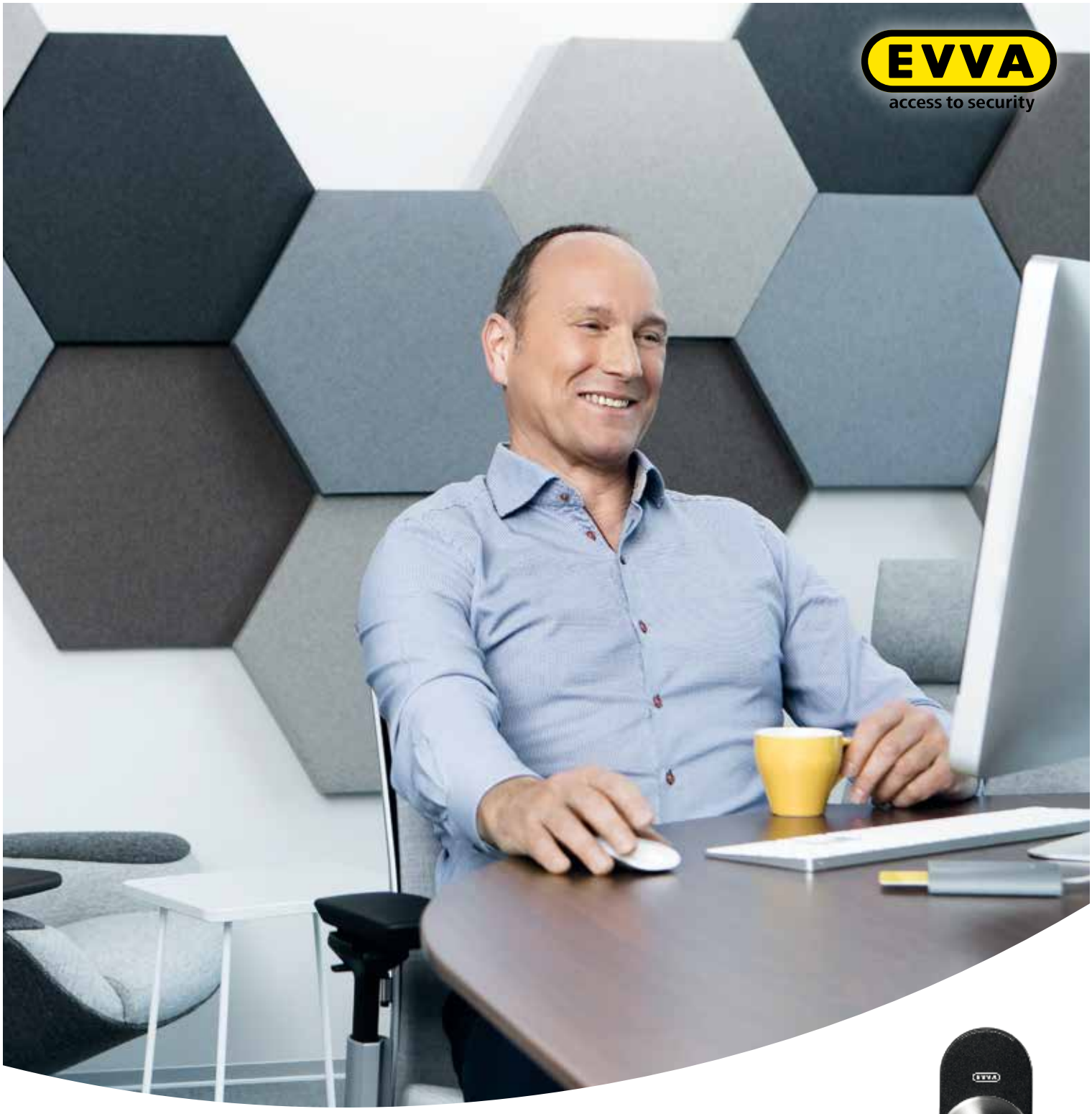
„Vorzeigeregion Energie 2022 – Innovator:innen für die Energiewende“ lautet das Motto der Jahresveranstaltung, die am 7. November 2022 in Salzburg stattfindet. Dieses Jahr gehört die Bühne den Frauen, die in den Vorzeigeregionen aktiv sind.

Nach der Begrüßung mit Bundesministerin Leonore Gewessler berichten Forscher und Unternehmer über aktuelle Entwicklungen und Projekterfolge der Vorzeigeregionen mit anschließenden Q&A Sessions mit dem Publikum.

IMLAUER HOTEL PITTER
Rainerstraße 6, 5020 Salzburg
7. November 2022, 11:00 - 16:00

» **www.vorzeigeregion-energie.at**

EVVA
access to security



Xesar

Einfach vielfältig

Das elektronische Zutrittssystem Xesar bietet Ihnen eine große Produktauswahl.
Das Interface der Verwaltungssoftware ist benutzerfreundlich gestaltet.
Für große und kleine Schließanlagen geeignet.

www.evva.com